Wer macht die Ölpreise? Seite 12

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Lander und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 6 vom 8. Februar 1980 — 14. Jahrgang — 1 DM

10 000 Lehrstellen fehlen in Hamburg. Das geht aus einem Flugblatt der Roten Garde hervor, das zur Teilnahme an einer Demonstration der DGB-Jugend gegen Jugendarbeitslosigkeit und Bildungsmisere aufruft, die am 1. Februar in Hamburg stattfand. Die etwa 5 000 Teilnehmer trugen ebenfalls Transparente gegen die Aussperrung mit. Andere Transparente und Schilder verurteilten Strauß als Gewerkschaftsfeind Nr. 1 — ein Beweis, daß es den DGB-Bonzen kaum gelingen dürfte, den Kampf gegen Strauß in den Gewerkschaften abzuwürgen.

Stromkunden, Mieter, Flugreisende...

Millionen Werktätige vom BKA überprüft

Rasterfahndung des Bundeskriminalamts

Riesige Ausmaße hat die systematische Schnüffelei des Bundeskriminalamtes (BKA) angenommen. Die Zahl der Menschen in unserem Land, deren persönliche Daten von den BKA-Computern erfaßt wurden, geht mittlerweile in die Millionen. In der vergangenen Woche wurden neue Einzelheiten dieser skandalösen Schnüffelei bekannt.

Begonnen hatte es damit, daß in einigen Zeitungen Berichte über die Weitergabe von Kundendaten des Hamburger Elektrizitätswerks HEW an das BKA erschienen. Die HEW hatte sich zunächst geweigert, die geforderten Daten zu liefern und rechtliche Bedenken geltend gemacht. Daraufhin ordnete der Bundesgerichtshof eine Beschlagnahme aller Datenbänder des E-Werks an und erzwang so die Auslieferung der gewünschten Informationen an das BKA.

Wenig später wurde dann bekannt, daß auch Daten von Stromkunden in vielen anderen Großstädten in die BKA-Computer eingespeichert wurden. Und damit nicht genug: Die Fahnder vom Bundeskriminalamt haben sich auch — unter Bruch des Bankgeheimnisses — in verschiedenen Städten Angaben über Mieteinzahlungen auf Bankkonten besorgt. Sie haben systematisch Flugreisende überprüft, zum Teil sogar auf ausländischen Flughäfen. Es gibt kaum noch einen Bereich, dessen Daten nicht vom BKA angezapft würden. Auch „Rentenanstalten, Grundbuchämter und Hochschulverwaltungen spielen mit", berichtet der „Spiegel" in seiner jüngsten Ausgabe.

Über unser ganzes Land ist das Netz dieser „Rasterfahndung" ausgebreitet, wie die systematische Überprüfung von Millionen Menschen im Polizeijargon heißt. „Rasterfahndung" — das bedeutet: möglichst viele Daten sollen durch die Computer laufen, in der Hoffnung, daß irgendetwas „Verdächtiges" hängenbleibt. Und wo immer ein solcher Verdacht auftaucht, da setzt das BKA sein Heer von beamteten Spitzeln und Schnüfflern in Bewegung. Dieses Heer hat dann den Auftrag, die Verdächtigen einzukreisen und — so heißt es in einem internen Papier des BKA — „Briefträger, Hausmeister, Nachbarn oder vergleichbare Personen" auszuhorchen.

So geht der Bonner Staat daran, die Werktätigen unseres Landes mit preußischer Gründlichkeit und dem vollen Einsatz moderner Elektronik zu überwachen, jede „verdächtige" sprich oppositionelle Regung genau zu registrieren. Und all das geschieht im Dunstkreis einer geheimdienstlichen Tätigkeit, die das Licht der Öffentlichkeit scheut. In dem oben erwähnten BKA-Papier werden die Fahnder ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sie die von ihnen ausgehorchten Personen „zur Verschwiegenheit aufzufordern" haben. Der Bespitzelte soll nichts davon merken, daß sich über ihm das Netz der BKA-Fahndung zusammengezogen hat. Ihm soll so von vornherein jede Möglichkeit genommen werden, sich gegen Verdächtigungen und Schnüffelei zu wehren.

Diese systematische Schnüffelei darf nicht hingenommen werden. Die Datenbänke des BKA müssen vernichtet werden!

Unternehmer attackieren das Streikrecht!

Kampfaktionen der Metaller und Holzarbeiter

STUTTGART.— Über 100 000 Metallarbeiter Baden-Württembergs, die in den letzten Wochen ihrer Forderung nach einem höheren Lohn durch verschiedene Aktionen Nachdruck verliehen haben, sollen durch eine einstweilige Verfügung zu Rechtsbrechern gestempelt werden. Der Gang der Metallkapitalisten zum Gericht wird ebenso von einer intensiven Propagandakampagne begleitet, wie das Ergebnis der Urabstimmung der Holzarbeiter Niedersachsens, die sich mit über 90 Prozent für Streik ausgesprochen hatten.

Vor den nächsten Tarifverhandlungen am 6. und 7. Februar in NRW und Nordwürttemberg in der Metallindustrie haben die Kapitalisten das Tischtuch des Verhandlungstisches zerschnitten. Ihre Klage gegen die Warnstreiks ist ein offener Angriff auf das Streikrecht — es steht zu hoffen, daß die IG Metall die passende Antwort erteilen wird.

Die passende Antwort ist sicher nicht, wie es die Gewerkschaft Holz und Kunststoff getan hat, einen bereits beschlossenen Streik wieder auszusetzen. Das neue Angebot der Unternehmer der holzverarbeitenden Industrie, das über dem bisher von ihnen abgelehnten Schlichtungsvorschlag liegt, war doch genau ein Zeichen dafür, daß sie von der Kampfbereitschaft der Belegschaften überrascht und vor ihr erschrocken waren.

Die Furcht davor, die Rechnung für ihre maßlose Preistreiberei im letzten Jahr zu bekommen, ist es auch, die das Handeln der Metallkapitalisten diktier. Gerade deshalb ist der Einsatz der vollen gewerkschaftlichen Kampfkraft der Weg, der jetzt gegangen werden muß.

Aktion gegen Strauß

Neumünster. Trotz aller Versuche des Kanzlerkandidaten Strauß in der letzten Zeit, sich als maßvoller und seriöser Politiker zu geben, lösen seine Auftritte nach wie vor breite Proteste aus. Das mußte Strauß am Wochenende in Neumünster erleben, wo mehrere hundert Bürger der Stadt unter der Parole „Stoppt Strauß!" gegen den Kanzlerkandidaten demonstrierten.

IG-Chemie-Vorsitzender für hohe Benzinpreise

Baden-Baden. Als Fürsprecher des Preisterrors der Ölmultis hat sich Karl Hauenschild, der Vorsitzende der IG Chemie hervorgetan. Er verteidigte die neuerlichen unverschämten Preiserhöhungen bei Benzin und erklärte, ein Verzicht der Multis auf Gewinn sei gegenwärtig nicht gerechtfertigt. Hauenschild gehört zum Aufsichtsrat des westdeutschen Energiekonzerns Veba, der auch die Aral-Tankstellen betreibt.

US-Terror in Guatemala

Die Massaker sind vom CIA organisiert!

GUATEMALA CITY.— Der brutale Mordterror der guatemaltekischen Militärdiktatur rast weiter. Bei der Beerdigung der 39 Todesopfer des Polizeiüberfalls auf die spanische Botschaft eröffnete die Polizei abermals das Feuer und tötete mindestens zwei Trauergäste. Das sind die wahren Verhältnisse in einer Zone, die von den USA-Imperialisten seit langem als „Interessengebiet" beansprucht wird.

Was die Bevölkerung eines Landes oder einer ganzen Region davon zu erwarten hat, wenn sie zum strategischen Interessengebiet des USA-Imperialismus erklärt wird, kann man heute an den Völkern der Staaten des — vom Pentagon gesteuerten — Condeca-Paktes sehen. El Salvador und nun auch Guatemala: **Dort wird nur noch mit Massenmord regiert.**

Die Länder Mittelamerikas, seit Generationen in der Hand der Yankees, und vor allem Guatemala selbst, früher oft direkt als Verwaltungsgebiet der berüchtigten United Fruits Company bezeichnet, befinden sich seit Monaten in Aufruhr. Gerade in diesen Tagen werden große Demonstrationen auch aus Tegucigalpa, der Hauptstadt des dritten Condeca-Staates, Honduras, gemeldet. In diesen Ländern gibt es außer feudalen Großgrundbesitzern und der faschistischen Generalität nur einen Faktor: den nordamerikanischen Imperialismus, der die Wirtschaft offen und die Politik verdeckt vollkommen kontrolliert.

Britannien

Der Stahlarbeiterstreik ausgeweitet

Gerichtsentscheidung revidiert

LONDON.— In der letzten Woche haben die Lordrichter des Londoner Oberhauses dem starken öffentlichen Druck nachgegeben und das Gerichtsurteil, das es der Stahlarbeitergewerkschaft ISTC verbot, den Streik auf private Betriebe auszudehnen, wieder aufgehoben. Damit sind die Streikaktionen in der privaten Stahlindustrie legalisiert.

Die Zahl der streikenden Stahlarbeiter hat jetzt endgültig die 150 000 überschritten. Schon vorher hatten trotz des gerichtlichen Verbots Tausende von Arbeitern der privaten Stahlindustrie ihren Solidaritätsstreik begonnen.

Neben dem Streik der Bergarbeiter in Wales, den Streikvorbereitungen der Arbeiter des öffentlichen Dienstes in England gibt es noch eine ganze Anzahl weiterer Ereignisse der letzten Woche, die zeigen, wie sehr sich dieser Kampf verschärft, wie er immer mehr einen politischen Charakter bekommt, weil sich die Arbeiter gegen die Regierung verteidigen müssen. So hat am letzten Wochenende erneut eine Konferenz der Stahlarbeitergewerkschaft mit den Gewerkschaften der Hafenarbeiter, der Eisenbahner und des Transportgewerbes stattgefunden, bei der endgültig und offiziell der totale Boykott jeder ausländischen Stahllieferung beschlossen wurde.

Die Versuche von Bill Sirs, dem Vorsitzenden der Stahlarbeitergewerkschaft, die Kampfbereitschaft zu unterminieren, indem die Ausdehnung des Streiks auf private Betriebe um eine Woche verzögert werden sollte, scheiterten an den Kampfaktionen Tausender Gewerkschafter, die den Streik ohne Sirs' Erlaubnis organisierten. Angesichts dieser Entwicklung tobt die britische Reaktion, Premierminister Thatchers Sparprogramm sei gefährdet — das wäre ein großer Sieg der werktätigen Bevölkerung Britanniens! (Siehe auch den großen Bericht auf Seite 9 und 10)



Polizeieinsatz gegen Stahlarbeiter in Sheffield

„Unsere Demokratie wird überwiegend von den 72 000 Linksextremisten gefährdet." Mit dieser fett gesetzten Erklärung unter dem Leitgedanken „Braun oder rot — wer bedroht uns wirklich?" machten die „BILD"-Schreiberlinge dem Millionenpublikum klar, was sie vom Verbot der Wehrsportgruppe Hoffmann halten. „Die Gefahr von rechtsaußen muß man ernst nehmen", dieses Zugeständnis müssen sie der Leserschaft schon machen, fahren dann jedoch unmißverständlich fort, „aber eine wirkliche Gefahr für den Staat ist sie nicht."

Nach Hoffmann-Verbot Attacke gegen links

Bundesinnenminister Baum sagte auf einer Pressekonferenz, der Rechtsextremismus sei weiterhin nicht als Gefahr für unser Land anzusehen, und der bayrische Innenminister Tandler, selber ein Rechtsaußen, ließ sich vor dem Landesparlament in München vernehmen, die Wehrsportgruppe Hoffmann sei nun endgültig zerstört, man habe einen nachhaltigen Schlag gegen den Rechtsextremismus geführt, man dürfe aber die Linksextremisten nicht vergessen.

Ferner sei darauf hingewiesen, daß der mahnende Hinweis auf den staatsgefährdenden Linksextremismus keineswegs nur aus ausgesprochen rechten Kreisen kommt, auch der Chefredakteur der SPD-nahen „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" sah sich bemüßigt, die Hälfte eines Leitartikels über das Hoffmann-Verbot taktischen Überlegungen zum Für und Wider des Verbots von „K-Gruppen" zu widmen.

Kaum ist ein erster Schritt gegen das organisierte Neonaziwesen getan, wird die öffentliche Meinung auf die Attacke gegen links eingeschworen!

Hier braucht kaum der Nachweis geführt zu werden, auf welchem Auge der Staat und die Gerichte blind sind. Hier braucht ebenfalls kaum gezeigt werden, was Politiker wie Tandler und Baum meinen, wenn sie von extremistischer Gefahr reden.

Die gewerkschaftsfeindliche Kampagne, die aus der CSU-Zentrale heraus gesteuert wird, beweist, wen die Reaktion angreifen will, wenn sie vom Linksextremismus spricht, nämlich die organisierte Arbeiterklasse, die in zunehmendem Maße im Kampf gegen ein neue '33 ihre politische Aufgabe erblickt.

Der Vorsitzende der KPD/ML, Genosse Ernst Aust, schrieb anläßlich der Wahl von Strauß zum Kanzlerkandidaten:

„Nicht, daß wir sie (die Nazis, Red.) ungestört wirken lassen sollten, daß es nicht richtig wäre, ein Verbot dieser offen faschistischen Organisationen zu verlangen, doch der Hauptfeind sind sie nicht. Der sitzt in Bonn. Der sitzt in den Palästen und Villen, den Chefetagen der Konzernverwaltungen und Banken. Der Hauptfeind ist das Finanzkapital, die Herren der Monopole und Banken."

Sie haben den Faschisten Hoffmann aus taktischen Erwägungen fallenlassen. Nun werden sie sagen: „Seht her! Wir haben den schlimmsten Nazi verboten, wir sind nicht auf dem rechten Auge blind, aber um der Gerechtigkeit willen dürfen wir die Linken nicht ungeschoren lassen!" So wollen sie sich eine günstige öffentliche Meinung für ein schärferes Vorgehen gegen Antifaschisten und vor allem Kommunisten erschleichen, denn in ihnen sehen sie — wohl zu Recht — Kristallisationspunkte des antifaschistischen Kampfes.

Die Hoffmann-Truppe ist verboten, zwar nicht als kriminelle Vereinigung, aber immerhin; Strauß aber ist noch da, der Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, gegen ein neues '33 muß und wird weitergehen. Ausgerechnet Tandler, einer der engsten Mitarbeiter von Strauß, lobte die staatlichen Maßnahmen gegen Hoffmann und seine Spießgesellen als nachhaltigen Schlag gegen den Rechtsextremismus. Sollte uns das nicht nachdenklich machen?

AUS DEM INHALT

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Bonn bekräftigt Solidarität mit den USA

Carter: BRD muß in Mittelost aktiv werden

Verstärkte Militarisierung in der Bundesrepublik

Immer unverhüllter wird der Druck Washingtons auf die Bundesrepublik, der darauf abzielt, unser Land noch tiefer in die amerikanischen Kriegsabenteuer zu verstricken. Präsident Carter erklärte in der vergangenen Woche, die USA könnten den Persischen Golf nicht allein „verteidigen". Die Mithilfe Westeuropas und Japans dabei sei eine unabdingbare Notwendigkeit.

Washington hat ja bekanntlich den Persischen Golf in aller Offenheit zum Interessengebiet der amerikanischen Supermacht erklärt. Wenn jetzt Carter von der „Verteidigung" des Golfes spricht, so meint er damit nichts anderes als die Verteidigung der imperialistischen US-Interessen — notfalls mit militärischer Gewalt. Und dabei sollen die Verbündeten in Westeuropa und Japan mitziehen. Schließlich — so Carter — würden sie ja auch ihr Öl aus dieser Region beziehen. Hinter diesem Hinweis verbirgt sich unübersehbar die Drohung mit einer Störung der Ölversorgung. Denn es sind ja in erster Linie die amerikanischen Multis, die diese Versorgung organisieren.

Nach Carter meldete sich auch gleich dessen Konkurrent bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen, Edward Kennedy, zu Wort und machte klar, was die amerikanische Supermacht von ihren Partnern erwartet: „Sind die europäischen Länder bereit, ihre jungen Leute dorthin zu schikken?" Und wenig später richtete der US-Kriegsminister Brown massive Forderungen an die Adresse Bonns. Die Bundesrepublik müsse jetzt mehr Lasten im Rahmen der NATO und darüber hinaus tragen. Außerdem müsse die Bundeswehr Transportaufgaben für die amerikanische Armee für deren Einsatz außerhalb des NATO-Bereichs übernehmen.

All diese Forderungen aus Washington sind eine direkte Einmischung in die Angelegenheiten unseres Landes, wie man sie in solcher Dreistigkeit noch nicht erlebt hat. Aber dennoch hat die Bundesregierung nicht den geringsten Versuch unternommen, diese Einmischungen zurückzuweisen. Im Gegenteil — die Politiker aller Bonner Parteien überbieten sich gegenwärtig mit Treuebekenntnissen und Solidaritätserklärungen für die amerikanische Supermacht, für eine Supermacht wohlgemerkt, die immer deutlicher auf einen offenen Kriegskurs geht.

Die Straußpartei versucht dabei sogar die Carter und Brzezinski noch an aggressiver Militanz zu übertreffen. Diese Partei hat ja schon vor Wochen die Ausweitung der NATO auf den Persischen Golf gefordert. Demgegenüber taktieren die Regierungsparteien vorsichtiger. Zum einen haben sie Moskau ihr Interesse an der Aufrechterhaltung der Beziehungen zu verstehen gegeben. Zum anderen versuchen sie, solche Forderungen aus Washington wie die oben erwähnten abzuschwächen oder auf die lange Bank von Beratungen und Verhandlungen zu schieben.

Für diese Taktik hat Genscher jetzt die Formel von einem „arbeitsteiligen Zusammenwirken" des westlichen Lagers gefunden. Und nach dem, was bislang aus Bonn bekanntgeworden ist, soll die Bundesrepublik die folgende Rolle in diesem „Zusammenwirken" spielen: Bonn hat es übernommen, die Türkei als äußeren Vorposten der NATO im Nahen Osten zu „stabilisieren". Und das bedeutet in erster Linie eine massive militärische Aufrüstung des dortigen Regimes. Rüstungsgüter im Wert von einer Milliarde Mark sollen allein in diesem Jahr in die Türkei gehen. Darüber hinaus sind 400 Millionen an Wirtschaftsunterstützung für Ankara bereitgestellt worden. Beides wird den imperialistischen Einfluß Bonns in der von Krisen geschüttelten Türkei erheblich verstärken.

Die zweite Maßnahme im Rahmen des „arbeitsteiligen Zusammenwirkens" besteht in der weiteren Stärkung der Bundeswehr. Eine zusätzliche Erhöhung des schon verabschiedeten Rüstungshaushalts (der real die gewaltige Summe von 60 Milliarden Mark umfaßt) ist beschlossene Sache. Kriegsminister Apel kündigte jetzt an, die Bundeswehr werde „zusätzliche maritime Aufgaben in der Nordsee und im Atlantik" übernehmen, also ihre Verbände in diesen Gewässern verstärken.

Einher mit dem Ausbau der Bundeswehr geht eine neue Stufe der Militarisierung. In diesem Zusammenhang müssen die Ankündigungen des Wehrbeauftragten Berkhahn über eine Verlängerung des Kriegsdienstes und über die verstärkte Einberufung von Reservisten gesehen werden. Ein anderes Zeichen für diese verschärfte Militarisierung ist auch der Fall des Generals Bastian, der von Apel kurzerhand seines Postens enthoben wurde. Bastian, der die geplante Stationierung neuer US-Atomraketen in der Bundesrepublik kritisiert hatte, mußte erkennen, daß heute im Offizierskorps der Bundeswehr nur noch Platz für die uneingeschränkten Verfechter eines aggressiven Kriegskurses Platz ist.

Die hier dargestellte Entwicklung birgt für die Menschen in unserem Land große Gefahren in sich. Wenn sich auch die Bundesregierung nicht die Forderungen der offenen Kriegstreiber aus der Straußpartei zu eigen gemacht hat, so unternimmt sie auf der anderen Seite auch nichts, um unser Land aus der verhängnisvollen Bindung an die Kriegsabenteuer der amerikanischen Supermacht zu lösen. Nur eine solche Loslösung kann aber der Gefahr entgegenwirken, daß unser Land an der Seite der amerikanischen Imperialisten in eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen den beiden Supermächten hineingezogen wird. Unter diesen Umständen wird es immer dringlicher, den Kampf für den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO zu führen.

Sundwinger Messingwerke bei Iserlohn:

Wegen „Stoppt-Strauß"-Plakette fristlos gekündigt

Arbeitsgericht bestätigt politische Entlassung

ISERLOHN.— Weil der 26jährige Arbeiter Erhard Sieland mit einer „Stoppt-Strauß"-Plakette zur Schicht erschien, wurde ihm fristlos gekündigt. In einem Verfahren vor dem Iserlohner Arbeitsgericht schloß sich der Richter der Argumentation des Unternehmers an und erkannte im Namen des Volkes, die fristlose Kündigung sei zu Recht ergangen.

Unternehmer und Arbeitsrichter vertraten übereinstimmend die Meinung, Erhard Sieland habe den Betriebsfrieden in erheblichem Maße gestört. Zwar sei es durchaus erlaubt, am Arbeitsplatz über politische Tagesfragen zu sprechen (wie großzügig!), doch das demonstrative Zurschautragen einer Parole am Arbeitsplatz als Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner sei als „fortwährende Provokation" zu betrachten.

Dieser neue Fall von politischer Unterdrückung im Betrieb zeigt deutlich, wo es nach Meinung der Unternehmer langgehen soll. Sie wünschen die politische Friedhofsruhe am Arbeitsplatz, sie fürchten das politische Engagement der Arbeiterklasse und wollen es schon im Keim ersticken.

Dabei schrecken sie nicht davor zurück, gegen die elementarsten Rechte — wie hier die Meinungsfreiheit — vorzugehen. Daß dies keine Ausnahmeaktion eines besonders reaktionären Unternehmers ist, zeigt die Rechtsprechung des Arbeitsgerichts. Fristlose Kündigung und Arbeitsgerichtsurteil sind ein handfester Skandal und verlangen nach einer gebührenden Antwort.



Entlassener Arbeiter Sieland bei einer Protestaktion vor seinem Betrieb.

CSU-Mann fordert Verbot von „Linksextremisten"

BONN.— Anläßlich des Verbots der „Wehrsportgruppe Hoffmann" durch Innenminister Baum (FDP) hat der Bundestagsabgeordnete Paul Gerlach (CSU) einen bemerkenswerten historischen Vergleich gezogen.

Dem Verbot der Sozialistischen Reichspartei als Nachfolgeorganisation der NSDAP Anfang der 50er Jahre sei „folgerichtig" das Verbot der KPD im Jahre 1956 gefolgt. Nun steht Gerlach auf dem Standpunkt, mit dem Verbot der „Wehrsportgruppe Hoffmann" sei der erste Schritt getan. „Folgerichtig" ließ er an Bundesinnenminister Baum die Aufforderung ergehen, ebenfalls Maßnahmen gegen „linksextremistische Gruppen kommunistischer Prägung" zu ergreifen

(Siehe auch Kommentar auf dieser Seite)

Verschuldung der Bauern wächst

DÜSSELDORF.— Wie aus einer Untersuchung der Landwirtschaftskammer Rheinland hervorgeht, haben sich die Banken weitere Teile des bäuerlichen Eigentums angeeignet.

Statistiken weisen aus, daß gegenwärtig jeder Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche in der bäuerlichen Landwirtschaft des Rheinlands mit 3 650 Mark belastet ist.

Das weiter schrumpfende Realeinkommen der bäuerlichen Landwirtschaft treibt die kleinen und mittleren Bauern immer weiter in die Abhängigkeit des großen Geldes und letztlich in den Ruin.

In Bayern weiter Regelanfrage

MÜNCHEN.— Während auf Bundesebene und in einigen Ländern aufgrund der breiten und heftigen Proteste im In- und Ausland die Regelanfrage beim Verfassungsschutz für Bewerber zum öffentlichen Dienst abgeschafft wurde, wird in Bayern alles beim alten bleiben.

Am Donnerstag, den 31. Januar mußte sich der bayrische Landtag auf Antrag der Opposition mit diesem Problem befassen. SPD und FDP hatten die Abschaffung der Regelanfrage gefordert.

Nach längerer kontrovers geführter Debatte verteidigte die CSU-Fraktion einmütig die alte und nach ihrer Meinung bewährte Regelung.

„BILD"-Auflage sinkt

BONN.— Wie aus einer Meldung der DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit" hervorgeht, hat die „BILD"-Zeitung derzeit 150 000 Leser weniger als im dritten Quartal 1979. Die Auflage von „BILD am Sonntag" ging in derselben Zeit ebenfalls um 150 000 zurück.

Auch mit Springers „Welt" geht es, seit der ehemalige „BILD"-Chefredakteur die Leitung übernommen hat, abwärts. Die Auflage von „BILD" beträgt nach dem Rückgang „nur" noch 4,9 Millionen. Fazit: Die Machtkonstellationen am Pressehimmel werden weiterhin von Springer bestimmt.



Lassen die Kriegstreiber die olympische Flamme erlöschen?

Der nachfolgende Artikel zum Olympia-Boykott ist in einem RM-Extrablatt enthalten, das gegenwärtig von unserer Partei verbreitet wird. In dem Extrablatt wird die Kriegspolitik der Supermächte im Mittleren Osten verurteilt und angesichts der Gefahr eines neuen Weltkriegs unter anderem die Forderung erhoben: „Bundesrepublik raus aus der NATO! DDR raus aus dem Warschauer Pakt!"

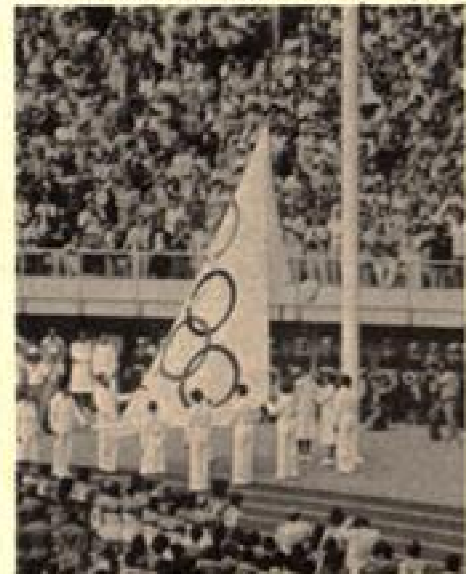
Olympia-Boykott? Nein!

Offensichtlich ist USA-Präsident Carters ultimative Boykottdrohung gegen die Olympischen Sommerspiele in Moskau international bisher auf wenig Zustimmung gestoßen. Nur seine Lakaien im deutschen Bundesstaat hatten es eilig, ihrem neuen Führer treue Gefolgschaft zu versichern. Das CDU-Präsidium sprach sich gegen eine Beteiligung an den Spielen in Moskau aus, F.J. Strauß forderte volle Solidarität mit allen Maßnahmen der USA und der Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jenninger, erklärte, er könne sich „nur schwer vorstellen, daß in Afghanistan mit Kampfhubschraubern und Napalmbomben Jagd auf die Aufständischen gemacht wird, während in Moskau die Friedenstauben aufsteigen."

Diese Heuchler!

Diese Heuchler! Hatten sie diese Bedenken auch, als in Vietnam US-Kampfhubschrauber unschuldige Menschen, sogar Frauen und Kinder, mit Napalm und Raketen mordeten? Haben sie sich da etwa gegen die Abhaltung internationaler Sportveranstaltungen in den Vereinigten Staaten ausgesprochen? Wo war ihr Boykott gegen die Teilnahme der US-Mannschaft an den Olympischen Spielen 1968 in Mexiko? Wo war ihr Protest, als im „Mörderstaat" Argentinien, in dem seit 1976 allein 15 000 politisch mißliebige Personen „spurlos verschwanden", d.h. von den Behörden ermordet wurden, die Fußballweltmeisterschaften stattfanden?

Wir sind nicht so naiv, anzunehmen, Sport, die Olympiade, hätte mit Politik nichts zu tun. Immer haben die veranstaltenden Nationen versucht, sich gegenüber der Weltöffentlichkeit ins beste Licht zu rükken. Immer waren auch die Olympischen Spiele eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Doch das ist nur die eine Seite der Medaille, die der Veranstalter, der Politiker, der Geschäftemacher. Aber es gibt noch die andere Seite, die Seite der Athleten, der zig Millionen sportbegeisterter einfacher Menschen in aller Welt. Und die ist tausendmal wichtiger als die der Herrschenden. Ihnen geht



es nicht um Macht, Geschäft, Prestige, Politik, ihnen geht es um den Sport, das Spiel, den offenen fairen Wettkampf der Athleten. Für sie ist die Olympiade ein Fest der Freundschaft der sportbegeisterten Jugend der Welt. Trotz aller Mängel, die jedoch nicht sie, sondern die Regierenden der Länder zu verantworten haben.

Sie brauchen den Haß

Gegen diesen Geist der Freundschaft der Völker richtet sich der Angriff der Carter und Strauß. Sie brauchen nicht Freundschaft, sondern den Haß der Völker gegeneinander. Wie sollte man sie sonst auf die Schlachtbank neuer Kriege treiben können. Deshalb lügt die „Bild"-Zeitung vom 25.1.80: Die 28 Prozent Bundesbürger, die laut „Welt" vom 19.1.80 für einen Boykott der Olympiade waren, verwandelten sie flugs in 71 Prozent. Grund für diesen angeblichen enormen Stimmungsumschwung sei der Sacharow, den die Herren im Kreml von Moskau nach Gorki umsiedelten. Als wenn man bei der Vergabe der Olympischen Spiele nach Moskau nichts von den Verfolgungen mißliebiger Bürger in der Sowjetunion gewußt hätte.

Aber den Einfall sowjetischer Truppen in Afghanistan? Wir verurteilen ihn aufs schärfste! Doch würde ein Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau dazu führen, daß auch nur ein Sowjetsoldat Afghanistan verläßt? Sicherlich nicht. Was also soll's. Eine Bestrafung der sowjetischen Sozialimperialisten? Durch wen? Durch die nicht minder aggressiven USA-Imperialisten? Das ist doch, als wenn ein Dieb „Haltet den Dieb!" schreit. Niemand von uns sollte sich als Werkzeug in den Konkurrenzkampf der beiden imperialistischen Supermächte USA und UdSSR einspannen lassen.

Kämpfen wir im olympischen Sinne

Und was Bonn betrifft: Ja, wenn man, wie das kleine Albanien, jegliche, sowohl diplomatische als auch sportliche Beziehungen zu den zwei räuberischen Supermächten ablehnen würde, das wäre konsequent. Doch das zu erwarten, ist angesichts der Politik des westdeutschen Imperialismus eine Illusion. Lassen wir uns nicht irremachen. Kämpfen wir weiter im olympischen Sinne für Frieden, Freundschaft und Völkerverständigung gegen jene, die uns in ein neues Völkermorden hetzen wollen. Die Olympiade muß stattfinden im Interesse der Sportler, im Interesse der Völker.

Widerstand gegen Carters Boykottdrohungen

„Der Sport muß sich jetzt wehren!"

Der amerikanische Präsident Carter ist fest entschlossen, den Sportlern seines Landes und darüber hinaus der ganzen westlichen Welt den Boykott der Olympischen Spiele in Moskau aufzuzwingen. Bei nahezu allen nationalen und internationalen Sportorganisationen jedoch ist er damit auf Widerstand gestoßen.

So erklärte der Präsident des Olympischen Komitees der USA, Robert Kane, über seine Gespräche mit den entsprechenden Komitees anderer westlicher Länder: „Nicht ein einziges steht voll hinter der Boykott-Idee. Es gibt bislang keine wichtige Nation, die Amerika folgt." Im eigenen Land hat Carter wohl kaum Schwierigkeiten, den Widerstand des Olympischen Komitees, dessen Ehrenvorsitzender er zudem noch ist, niederzuwalzen. Ein rechtzeitig im vergangenen November fabriziertes Gesetz gibt der Regierung faktisch die Möglichkeit, über alle Belange des Komitees zu bestimmen.

Die olympische Charta legt zwar in ihrer Regel 24c fest, daß die nationalen Olympischen Komitees jeden politischen, wirtschaftlichen oder religiösen Druck zurückweisen müssen. Aber was schert sich ein Carter schon um internationale Verträge? Auch die Möglichkeit, daß die US-Sportler auf eigene Faust nach Moskau fahren konnten, ist im Weißen Haus schon bedacht worden. Für einen solchen Fall kündigte der Präsidentenberater Cutler jüngst öffentlich den Entzug der Reisepässe für die betreffenden Sportler an. Gerade diese Maßnahme zeigt eindringlich, daß die Herren in Washington der ihnen erzeugten Boykotthysterie nicht einmal in den USA selbst durchschlagende Erfolge zutrauen. Wer sich nicht „freiwillig" dem Boykottbefehl des Weißen Hauses unterordnet, dem wird eben der Paß entzogen. So einfach ist das bei der Führungsmacht der „freien Welt"!

Mit ähnlichen Methoden des brutalen Drucks geht Washington auch auf dem internationalen Feld vor. Dabei dürfte es in Chile, das sich jetzt als eines von wenigen Ländern dem Boykott angeschlossen hat, kaum Probleme gegeben haben. Schließlich hat der CIA den General Pinochet an die Macht geputscht und der Diktator reagiert prompt auf jeden Wink seiner Herren in Washington. Und ein Mann wie Pinochet weiß auch, wie man mit einem möglicherweise widerspenstigen Olympischen Komitee umzuspringen hat.

So einfach haben es die amerikanischen Boykotttreiber in unserem Land nicht, obwohl es auch hier nicht an massivem Druck fehlt. So etwa, wenn der US-Senator Eagleton öffentlich verkündet, daß Schmidt und der französische Präsident Giscard „mit einer Beteiligung an einem olympischen Boykott Gelegenheit erhalten würden, ihre Standfestigkeit zu beweisen." **Angesichts solcher Töne aus Washington muß man doch fragen, wer diesen Leuten das Recht gibt, sich derart unverschämt in die Angelegenheit unseres Landes einzumischen. Bekommt der westdeutsche Sport seine Kommandos aus dem Weißen Haus? Und ist Schmidt dabei der Befehlsüberbringer?**

Natürlich wollen wir hier nicht irgendwelchen Illusionen über eine Unabhängigkeit des Sports von der Politik das Wort reden. Angesichts der oben dargestellten Verhältnisse in den USA wäre das auch lächerlich. Und in unserem Land sieht es da nicht sehr viel anders aus. Selbstverständlich ist die Frage des Olympiaboykotts selbst auch eine politische Frage. Und diese Frage steht doch so: Soll sich der Sport zu einem Instrument der imperialistischen Politik Washingtons machen lassen? Carter hat den Boykott ins Spiel gebracht mit der erklärten Absicht, damit die andere Supermacht zu bestrafen. Er gebraucht diesen Boykott als ein Mittel, einen Bestandteil der allgemeinen Mobilmachung. Daß dabei die Olympischen Spiele vor die Hunde gehen, ist ihm nur recht. Denn im gegenwärtigen Stadium der militärischen und psychologischen Kriegsvorbereitung wird deren völkerverbindender Charakter nur als störend empfunden.

In unserem Land hat sich die Strauß-Partei sofort auf die Seite Carters geschlagen. Die Bundesregierung zögert eine Stellungnahme zum Boykott noch hinaus. Die Minister Baum und Lambsdorff haben jedoch schon zu verstehen gegeben, daß man „die amerikanischen Freunde" auch in dieser Frage nicht allein lassen wird. Bonn ist also letztlich bereit, sich dem Diktat Carters zu beugen.

Aber wie steht es mit den Sportorganisationen? Willi Daume, der Präsident des Olympischen Komitees der Bundesrepublik, hat sich entschieden gegen einen Boykott der Spiele in Moskau ausgesprochen. Und Willi Weyer, Präsident des Deutschen Sportbundes (mit 16,5 Millionen Mitgliedern der größte Verband in der Bundesrepublik) sagte zu den Carterschen Boykottdrohungen: „Der Sport ist kein Knüppel der Machtpolitik." Diese Stellungnahmen geben zweifellos das wieder, was die Mehrzahl der Sportler und auch der Werktätigen in unserem Land denken.

Sicher kann man in die Standfestigkeit der höchsten Sportfunktionäre nicht allzuviel Vertrauen haben. Um so notwendiger ist es deshalb, daß der Widerstand gegen alle Erpressungsversuche aus Washinton oder auch aus Bonn eine breite Basis bekommt und auch nachdrücklich geäußert wird. **Den imperialistischen Kriegshetzern darf nicht kampflos das Feld überlassen werden. In der gegenwärtigen Situtation gilt, was kürzlich Thomas Keller, der Präsident der internationalen Sportfachverbände forderte: „Der Sport muß sich jetzt wehren!"**

Fußballer gegen Olympia-Boykott



Bernd Dürnberger, FC Bayern München



Paul Breitner, FC Bayern München



Helmut Kremers, FC Schalke 04

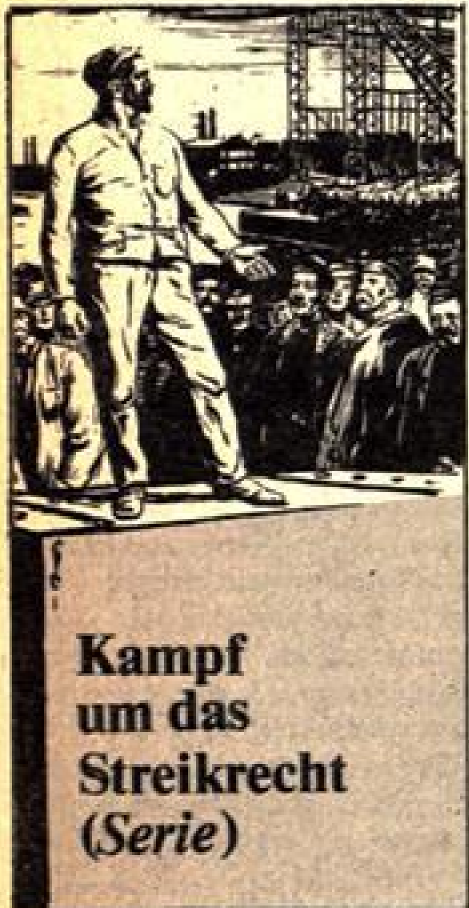
Nicht nur zahlreiche an der Olympiade beteiligte Sportler, sondern auch Sportler aus anderen Bereichen haben sich gegen die Carterschen Boykottdrohungen ausgesprochen. So heißt es etwa in einer Erklärung, die unter anderen von den Bundesligaspielern Bernd Dürnberger, Paul Breitner und Helmut Kremers unterzeichnet wurde:

„Wir wehren uns gegen die zunehmenden Versuche, mit politischen Boykottdrohungen gegen die Olympischen Spiele in Moskau die olympische Idee von Frieden und Völkerverständigung ad absurdum zu führen. Gerade jetzt, angesichts der zunehmenden internationalen Spannungen und der aktuellen Gefährdung des Weltfriedens, scheint es uns notwendiger denn je, das friedliche Miteinander der Völker, das auch im olympischen Gedanken seinen Ausdruck findet, zu fördern."

Bismarcks Sozialistengesetz

Die Streikführer wurden polizeilich ausgewiesen!

Mit Aussperrungsterror und Streikverbot greifen die Kapitalisten und ihre Politiker unsere Gewerkschaften und das Streikrecht an. Um den Kampf dagegen zu unterstützen, beschreiben wir in dieser Serie die schweren und häufig opferreichen Kämpfe, mit denen die deutsche Arbeiterklasse sich das Koalitions- und Streikrecht erkämpfen und in der Folge dann immer wieder gegen die Angriffe der Reaktion verteidigen mußte.



In den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, als sich in Deutschland der Übergang aus einem Agrarland in einen modernen Industriestaat vollzog, herrschten die deutschen Großkapitalisten und die mit ihnen verbündeten feudalen Großgrundbesitzer mit Hilfe des reaktionären Reichkanzlers Otto von Bismarck. Bismarcks Politik bestand darin, durch die rücksichtslose Unterdrückung der Arbeiterbewegung und aller demokratischen Kräfte für Deutschland den Weg zur kapitalistischen Weltmacht zu ebnen.

Dabei war ihm der wachsende Einfluß der antimilitaristischen und demokratischen Kräfte ein Dorn im Auge. Vor allem das unaufhaltsame Wachsen und Erstarken der revolutionären Arbeiterbewegung, das durch die stürmische Entwicklung der Industrie gefördert wurde, wurde für Bismarck und seine Hintermänner ein unerträgliches Hindernis.

Das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie"

Bismarck entschloß sich schließlich, den Weg der offenen Gewalt zu gehen. Am 19. Oktober 1878 peitschte er das *„Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie"*, auch „Sozialistengesetz" genannt, durch den Reichstag.

Dieses Ausnahmegesetz bedeutete, daß alle Organisationen der revolutionären sozialdemokratischen Partei verboten wurden und ebenso alle Gewerkschaften, die unter dem Einfluß der Partei standen. Sämtliche wichtigen sozialistischen Zeitungen wurden unterdrückt, jede Versammlung sozialistischen Charakters verboten. Gleichzeitig terrorisierten die Unternehmer die sozialdemokratischen Arbeiter durch politische Entlassungen. Über verschiedene Städte und Gebiete, darunter auch die Hauptstadt Berlin und Umgebung, wurde der sogenannte Kleine Belagerungszustand verhängt. Dadurch erhielt die Polizei die Möglichkeit, willkürlich sozialdemokratische Arbeiter und Funktionäre aus diesem Gebiet auszuweisen.

Bismarck und Konsorten wollten mit dieser brutalen Politik der Arbeiterklasse das Rückgrat brechen. Aber sie hatten sich verrechnet. Die revolutionären Arbeiter nutzten geschickt alle legalen Möglichkeiten aus und verbanden den legalen mit dem illegalen Kampf.

Auch wenn alle klassenkämpferischen Gewerkschaftsverbände verboten waren (nur die bürgerlichen bzw. „gelben" Gewerkschaften waren zugelassen), organisierten sich die Arbeiter für ihren gewerkschaftlichen Kampf. Zum Beispiel durch die Bildung von Unterstützungskassen. Die sozialdemokratische Partei, die ihr Zentralorgan „Sozialdemokrat" Woche für Woche illegal in ganz Deutschland verbreitete, wurde trotz des ständigen Terrors, trotz der Unterdrückungsmaßnahmen der Polizei und Justiz immer stärker. Damals ging unter den Arbeitern ein Spottvers auf Bismarck um:

Den Sozialismus in seinem Lauf
hält weder Ochs noch Esel auf.

Der Streikerlaß

Als es im Sommer 1895 zu einem neuen Höhepunkt der Streikbewegung kam, suchte Bismarck sein Heil in einem noch schärferen Kurs der Unterdrückung. Der preußische Innenminister verhängte am 11. April 1886 den sogenannten Streikerlaß: Von Sozialdemokraten geführte Streikbewegungen würden die *„Kluft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu einer unüberbrückbaren erweitern"*; dadurch werde *„der Haß gegen die Gesamtheit unserer politischen und gesellschaftlichen Zustände"* angefacht.

Der Innenminister ordnete für den Fall von Streiks scharfe Überwachungsmaßnahmen und rigoroses Vorgehen der Polizei an. Streikführer seien sofort auszuweisen; im Falle eines *„durch Arbeitseinstellung verursachten Aufruhrs"* sei sofort beim obersten Militärbefehlshaber die Erklärung des Belagerungszustands zu beantragen.

Aber auch dieser Terror konnte die revolutionäre Arbeiterbewegung nicht zerschlagen. Eine neue Streikwelle ging durch das Land, deren Höhepunkt der gesamtdeutsche Streik der Bergarbeiter im Mai 1888 wurde. Es war der bis dahin größte Streik in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Zentrum war das Ruhrgebiet, wo allein an die 100000 Kumpel an dem Streik teilnahmen. Insgesamt streikten etwa 150000 Bergarbeiter. Ihre Forderungen: Lohnerhöhung, der Achtstundentag und die Zulassung von Arbeiterausschüssen.

Sieg der Arbeiter!

Die Regierung setzte gegen die Arbeiter Militär ein. Bei Zusammenstößen wurden sieben Bergarbeiter getötet. Zwar mußten die Arbeiter den Streik im Juni abbrechen, ohne daß ihre Forderungen erfüllt wurden. Eine große Schwäche in ihrem Kampf war es, daß es im Bergbau bis dahin noch keine Gewerkschaft gab. Aber trotzdem war ihr Kampf ein gewaltiger Schlag gegen die Reaktion und das Großkapital.

Hatte bis dahin die revolutionäre Sozialdemokratie unter den Bergarbeitern kaum einen Einfluß gehabt, so änderte sich dies jetzt. In der Folge des Streiks entstand ferner die Bergarbeitergewerkschaft. Und das Bismarckregime wurde durch den Streik nachhaltig erschüttert.

Am 25. Januar zeigte der mächtige Druck der proletarischen Massenbewegung seine Wirkung: Das Sozialistengesetz wurde aufgehoben. Bismarck mußte seine Ämter niederlegen und das Scheitern seines Feldzuges gegen die Arbeiterbewegung eingestehen. Gleichzeitig erwies sich die revolutionäre Sozialdemokratie bei den Wahlen als die stärkste Partei in Deutschland.



Metallarbeiter haben das Verhandlungszimmer in Nordwürttemberg betreten, um dort ihre Forderungen den Herren zu unterbreiten. Aktionen wie diese nehmen die Provokateure vom Verband der Metallkapitalisten als Vorwand für neue Angriffe auf das Streikrecht.



Vor der Großveranstaltung des DGB in Hannover gegen die Aussperrung unterstreichen Gewerkschafter ihre berechtigte Forderung — das wird jetzt von Richtern beklagt, die sich angeblich unter Druck fühlen.

Hetzkampagne für Aussperrung

Richterbund gegen DGB

BDA zuversichtlich

Im selben Tonfall äußerten sich im Laufe der letzten Woche der Deutsche Richterbund, der Wirtschaftsrat der CDU und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) über die Kampagne des DGB gegen die Aussperrung.

Während der Wirtschaftsrat der CDU den DGB aufforderte, seine „unsachliche und hetzerische Kampagne" einzustellen, verwahrte sich der Deutsche Richterbund gegen den „massiven Versuch", die Arbeitsgerichte „unter Druck zu setzen". Angesichts dieser Stellungnahme konnte dann der BDA-Präsident Esser guten Mutes betonen, er sehe dem Urteil mit „Gelassenheit und Zuversicht" entgegen, zumal ja bereits zweimal, in den Jahren 1955 und 1971, die deutschen Richter für die Aussperrung Stellung genommen hätten.

Diese Äußerungen, vor allem die des Deutschen Richterbundes, die von einer massiven Artikelfolge in großen Zeitungen begleitet waren, weisen bereits darauf hin, welchen Weg die Kapitalisten einschlagen wollen. **Indem sie mit der sogenannten „Unabhängigkeit der Gerichte" spekulieren, die stets ein Alibi für volksfeindliche Rechtssprechung war, wollen sie den erklärten Willen von Millionen von Gewerkschaftern dem Diktat jener Handvoll Monopolherren unterwerfen, die nicht auf die Straße gehen müssen, um den Richtern ihre Wünsche mitzuteilen.**

Das ist aber auch abermals ein Beweis dafür, daß der Kampf gegen den Aussperrungsterror der Kapitalisten niemals erfolgreich sein kann, wenn er auf den Weg der Gerichte beschränkt wird, wenn er nicht als ein politischer, demokratischer Kampf mit dem Ziel des gesetzlichen Verbots der Aussperrung geführt wird.

Metalltarifrunde Schlechte Abschlüsse

Die ersten Tarifabschlüsse dieses Jahres im Elektrohandwerk Rheinhessens und NRWs sind vollzogen.

Die Ergebnisse dieser Tarifverhandlungen lassen das Schlimmste befürchten. 6,5 bzw. 6,8 Prozent mehr Lohn. Das sind, angesichts der wirklichen Preissteigerungsraten, **in Wahrheit Lohnabbautarife.** Stellt sich die Frage, wer ein Interesse daran hat, mit dem Abschluß von Tarifen in kleineren Branchen offensichtlich eine 6-Prozent-Zahl ins allgemeine Bewußtsein festzuschreiben.

KPD/ML-Betriebszeitung prangert an:

Chlorgasausbruch bei Hoechst

Geschäftsleitung vertuscht das Ausmaß des Ausbruchs

Am 22. Januar war auf der Nordseite der Hoechst AG in S 13 abends gegen 20 Uhr ein Chlorgasausbruch. Die Flüssigchlorpumpe hatte ein Loch, aus dem Chlor ausströmte. Das Sicherheitsventil zum Chlortank schloß nicht und so strömte ca. eine halbe Stunde lang das unter Druck stehende Chlor aus.

Kollegen versuchten dann, sich Schutzanzüge anzuziehen und die Schieber von Hand zuzumachen. Das Einsteigen in diese Schutzanzüge ist kompliziert und die Kollegen haben zu wenig Übung, denn die Feuerwehr kommt nur einmal im Jahr zu einer theoretischen(!) Demonstration. So wurde auch ein Kollege beim Einsteigen in den Schutzanzug verätzt, weil der selbst schon voller Chlor war.

Zehn Kollegen wurden insgesamt verletzt. Drei mußten ins Krankenhaus, zwei davon sogar in die Intensivstation. Etliche Anwohner in Unterliederbach litten unter Übelkeit und Brechreiz und mußten vom Notarzt behandelt werden.

Noch an der Mauer zur Farbenstraße zeigten die Meßgeräte Werte, bei denen im Werk bereits eine Maske getragen werden muß. Ein Firmensprecher nannte das „Belästigung der Bevölkerung".

Außerdem behauptete er, es seien maximal 100 Kilogramm Chlorgas ausgetreten. Das stimmt nicht! Wir haben Informationen, daß es mindestens die 100 bis 200fache Menge, also 10 bis 20 Tonnen gewesen sein müssen. Anhand des Schreibers in der Meßwarte ließe es sich wohl auch feststellen. Aber den hat die Werksleitung unter Verschluß!

Die Kollegen wurden regelrechten Verhören unterzogen, um einen Schuldigen zu finden. Auch die Staatsanwaltschaft ermittelt. Wahrscheinlich finden sie dann auch einen Dummen, dem sie es in die Schuhe schieben.

Es stellt sich wohl jeder die Frage: Was ist, wenn einmal mehr Chlorgas ausbricht? Gibt es einen Alarmplan? Wie ist für die Sicherheit der Kollegen und der Bewohner der umliegenden Stadtteile gesorgt?

Zur Zeit ist ein Gesetz in Vorbereitung, das für die Orte, wo gefährliche Substanzen hergestellt und gelagert werden, Alarmpläne vorschreibt. Die Chemieindustrie wehrt sich dagegen, daß Chlor in dieses Gesetz aufgenommen wird. Und das, obwohl Chlor ein ganz starkes Lungengift ist, das Entzündungen und Verätzungen in den Atemwegen hervorruft, Krampfhusten, Lungenbluten, und tödliche Lungenödeme.

Chlor wurde im ersten Weltkrieg als Kampfgas eingesetzt! Trotzdem meint die chemische Industrie, es sei nicht so gefährlich. Im Augenblick existieren überhaupt keine Pläne für einen Katastrophenfall.

Beim Chlorgasausbruch am Dienstag hielten es die Farbwerke auch noch nicht mal für nötig, die städtische Feuerwehr zu benachrichtigen. Das taten erst Bewohner von Unterliederbach und Bedienstete der Bundesbahn!



Gewerkschaftstag wird vorbereitet

Bezirksversammlung der IG Chemie für mehr innergewerkschaftliche Demokratie

Zahlreiche positive Anträge

HANNOVERSCH-MÜNDEN. — Die Verwaltungsstelle Hannoversch-Münden der IG Chemie führte am 19. Januar als erste der fast siebzig Verwaltungsstellen ihre Delegiertenhauptversammlung zur Vorbereitung des Gewerkschaftstags im September 1980 durch. Dabei wurden zahlreiche Probleme des Wirkens der IG Chemie angesprochen und sowohl die Politik des Vorstands um Karl Hauenschild kritisiert als auch eine Reihe positiver Anträge an den Gewerkschaftstag gestellt.

Die Verwaltungsstelle, bundesweit bekannt geworden durch ihre Weigerung, die Kündigung ihres Geschäftsführers Patschkowski durch den Vorstand hinzunehmen, warf die Themen, die damals im Mittelpunkt der Auseinandersetzung standen, von neuem auf. Die Delegierten waren zu Recht der Überzeugung, daß diese Fragen noch längst nicht zufriedenstellend gelöst seien.

Neben dem Antrag, daß Vertrauensleute der Gewerkschaft wieder, wie vor der Satzungsänderung durch Hauenschild und seine Parteigänger im Vorstand, gewählt werden müssen und nicht einfach eingesetzt werden dürfen, gab es auch noch eine ganze Reihe weiterer Anträge, die eine Stärkung der innergewerkschaftlichen Demokratie forderten.

Wichtig dabei ist unter anderem ein Antrag auf die Änderung der Zusammensetzung des Gewerkschaftsbeirats. Es wurde gefordert, daß je 6000 Gewerkschaftsmitglieder einen Vertreter in den Beirat entsenden, während die Mitglieder der Haupt- und Bezirksvorstände dort kein Stimmrecht mehr haben sollen. Eine völlig berechtigte Forderung, da der Beirat ja ein gewerkschaftliches Kontrollorgan ist und die Mitglieder leitender Gremien sich bei der gegenwärtigen Zusammensetzung selbst kontrollieren.

Auch die Verbreitung von Beiratsbeschlüssen, von Anträgen und Beschlüssen der Delegiertenversammlungen in der Gewerkschaftspresse war eine der berechtigten Forderungen, die erhoben wurden, um so jedem Gewerkschaftsmitglied einen Überblick über Diskussionen innerhalb der Organisation zu ermöglichen.

Die Delegierten nahmen aber auch zu wichtigen Problemen politischer Art Stellung. Neben der entschieden erhobenen Forderung, den Kampf gegen den Neofaschismus zu führen, verlangten die Delegierten auch einen Verzicht auf Atomkraftwerke.

Karl Hauenschild, der Anfang Januar im Norddeutschen Rundfunk die Gewinne und die Preispolitik der Ölmultis verteidigt hatte, soll mit dieser Äußerung nach dem Willen der anwesenden Gewerkschafter alleine stehen.

Es wurde ein Initiativantrag beschlossen, der vom Gewerkschaftstag fordert, sich von dieser Äußerung zu distanzieren. Ein Antrag, den jedes Gewerkschaftsmitglied der IG Chemie begrüßen wird, denn man kann sich nicht vorstellen, daß die Chemiearbeiter sich zur Verteidigung des Raubzugs der Ölmonopole erheben werden — und die IG Chemie ist ja schließlich auch die Gewerkschaft der Raffineriearbeiter.



Die Verwaltungsstelle Hannoversch-Münden, bundesweit bekanntgeworden durch ihre Weigerung, die Kündigung ihres Geschäftsführers Patschkowski, hinzunehmen, führte jetzt ihre Delegiertenhauptversammlung durch.

Auf der Delegiertenversammlung der Verwaltungsstelle sprach auch das Vorstandsmitglied Paul Plumeyer, der im Gegensatz zur Gruppe um Hauenschild in zahlreichen Fragen positive Positionen bezieht.

So verteidigte Plumeyer in seiner Rede sowohl die Wahl der Vertrauensleute als demokratische Methode der Interessenvertretung wie er auch insgesamt verlangte, die „sozialpartnerschaftliche" Ausrichtung der Gewerkschaft zu überwinden. Er appellierte an die Delegierten:

„Nehmt die Gewerkschaft wieder in eure Hand!"

Die Delegierten der Verwaltungsstelle unterstützen diese Positionen mit Entschiedenheit, und ihre Anträge können für andere durchaus ein Beispiel sein.

Die Taktik der Leute um Hauenschild im Hauptvorstand dagegen scheint es zu sein, jeder Opposition, die sich in der Vorbereitung des Gewerkschaftstags oder auf dem Gewerkschaftstag selbst entwickeln könnte, von vornherein den Boden zu entziehen.

Auf einer Angestelltenkonferenz der IG Chemie in Duisburg Anfang Februar, wurde jedenfalls systematisch ausgestreut, die Forderung nach der 35-Stunden-Woche sei frühestens im Jahre 1984 beim nächsten Gewerkschaftstag ein Thema, für diesmal aber uninteressant.

Dementsprechend ist es richtig und notwendig, schon bei der Vorbereitung des Gewerkschaftstags für diejenigen Forderungen, die den Chemiearbeitern wichtig sind, eine breite Mobilisierungsarbeit zu organisieren, damit eine solche Taktik, bestimmte Dinge erst gar nicht zur Sprache kommen zu lassen, von vornherein zum Scheitern verurteilt wird.

Aus der Gewerkschaftspresse

WELT DER ARBEIT

Die für inoffizielle Dinge so sattsam bekannten Spatzen pfeifen es von den eisigen Winterdächern: Im März wird das Bundesarbeitsgericht ein Urteil in der Frage der Aussperrung fällen. Das Gericht bestätigt das zwar nicht, aber die Spatzen wissen es. Und flugs sehen eifrige und besorgte Schreiber das Bundesarbeitsgericht unter Druck gesetzt, weil der DGB sich zur Aussperrung äußert. Die Besorgten übersehen, daß ein wesentliches Recht der Republik in der freien Meinungsäußerung verankert ist. Die Republik gestattet sogar öffentliche Urteilsschelte von Nichtjuristen. Deshalb ist es durchaus statthaft, daß die Gewerkschaften öffentlich ihre Meinung äußern. Gerichte befinden sich ja nicht im konfliktfreien Raum, sonst wären sie ja bekanntlich überflüssig. Meinungsäußerung ist kein Druck, sie ist ein Recht. D.S.

Die Meinung der RM-Redaktion:

Der Chefredakteur von „Welt der Arbeit", Dieter Schmidt, der dies geschrieben hat, gab damit eine Antwort auf die unverschämten Versuche, dem DGB und der Arbeiterschaft das Recht auf freie Meinungsäußerung abzusprechen. Wir stimmen Dieter Schmidt in diesem Punkt voll zu. Zur Ergänzung möchten wir noch darauf hinweisen, daß es sehr schade ist, daß nicht auch DGB-Führer wie Vetter und Loderer in diesem Sinne die gewerkschafts- und demokratiefeindlichen Angriffe zurückgewiesen, sondern sich stattdessen beeilt haben, zu versichern: Der DGB wolle das Bundesarbeitsgericht nicht unter Druck setzen. Dadurch, daß die DGB-Führung sogar beschlossen hat, am 20. Februar die Kampagne gegen die Aussperrung abzubrechen, hat sie praktisch vor der antidemokratischen Attacke der Unternehmerverbände und der Reaktion kapituliert.

Der Gewerkschaftskommentar

Eine freche Herausforderung, die einer passenden Antwort bedarf

Stünde es nicht überall — schwarz auf weiß — zu lesen, man würde es kaum glauben wollen. Die Nachricht nämlich, daß der baden-württembergische Verband der Metallkapitalisten beim Stuttgarter Arbeitsgericht eine einstweilige Verfügung gegen die IG Metall beantragt hat. Mit diesem Antrag soll die IGM gezwungen werden, auf ihre Mitglieder einzuwirken, „die rechtswidrigen Arbeitsniederlegungen für die Dauer der Friedenspflicht" zu unterlassen. Andernfalls soll die IG Metall schadenersatzpflichtig gemacht werden!

Man fragt sich unwillkürlich: Wer, glauben denn diese Herren eigentlich, wer sie sind? Die über 100000 baden-württembergischen Metallarbeiter, die in zahlreichen Streikaktionen der letzten Tage nichts anderes taten als ihrer völlig berechtigten Forderung nach höherem Lohn Nachdruck zu verleihen, diese Männer und Frauen, die den Reichtum des Landes schaffen, sie seien Rechtsbrecher! Und die Gewerkschaftskassen möchten die Herren auch noch gerne ausplündern!

Nein, so weit darf es nicht kommen. Ein Herr Dürr, der jetzt schon 970000 Mark im Jahr verdient, der in Zukunft bei AEG noch größere Kopfprämien kassieren will, kann nicht einfach daherkommen und den Arbeitern das Recht auf Streik klauen wollen.

Jetzt ist es höchste Zeit für die IG Metall, nicht nur in Südwürttemberg und Rheinland/Pfalz die Tarifverhandlungen für gescheitert zu erklären, sondern überhaupt in allen Tarifbezirken zur Tat zu schreiten. Diesen Herren muß ihr Mütchen gekühlt werden.

Sie brauchen die passende Antwort auf ihr Verhalten. Gestern haben sie mit einer großen Kampagne begonnen, ihren Aussperrungsterror zu rechtfertigen, heute beginnen sie mit einer großen Kampagne gegen das Streikrecht — wer weiß, wozu sie sich morgen versteigen, wenn sie nicht die Kraft der gewerkschaftlich organisierten Millionen Arbeiter zu spüren bekommen.

Der Ton, den die Metaller im schwäbischen und badischen Land angeschlagen haben, der wird die richtige Musik hervorbringen. Als die plötzlich im Verhandlungssaal standen, da fühlte sich der Herr Dürr selbst im Nobelhotel Graf Zeppelin nicht mehr so recht heimisch.

Man muß hier in aller Deutlichkeit betonen, daß die Reaktionen auf die provokativen Unternehmerangebote, die mit ihrer vier vor dem Komma eine offene Lohnsenkung fordern, noch sehr zurückhaltend waren. Hier liegen noch gewaltige Kraftreserven.

Die Kommunisten, die revolutionären Gewerkschafter, die aktiven Gewerkschafter, jeder Arbeiter, der sich nicht zynisch beleidigen lassen will: sie alle müssen jetzt dafür sorgen, daß die bodenlose Frechheit der Unternehmer die passende Antwort erhält. Dürr und seine Kumpane vertrauen auf ihre Gerichte. Vertrauen wir auf unsere Kampf- und Organisationskraft!

Abschließend sollte man aber auch nicht vergessen, folgende wichtige Bemerkung zu machen: Es waren die Kommunisten, es waren die revolutionären und klassenbewußten Arbeiter, die sich schon im letzten Jahr gegen das neue Schlichtungsabkommen ausgesprochen haben, die überhaupt gegen ein solches Abkommen waren. Diejenigen, die damals unbedingt dieses Abkommen mit den Unternehmern treffen wollten, die sollte man jetzt fragen, ob es das war, was sie wollten? Genau dieses Abkommen dient den Unternehmern nun als Alibi für die scheinbare Berechtigung ihrer diktatorischen Vorgehensweise!

Die Kollegen, das hat sich überdeutlich gezeigt, haben so ein Abkommen nicht gewollt, und sich auch nicht daran gehalten. Das ist der richtige Weg.

Zur Vorbereitung des IG-Chemie-Papier-Keramik-Gewerkschaftstags

Eindeutige Beschlüsse im Interesse der Arbeiter tun dringend not!

Eine Reihe von Maßnahmen muß rückgängig gemacht werden

Der Gewerkschaftstag der IG Chemie Papier Keramik findet im September 1980 statt, vier Jahre nach dem letzten Gewerkschaftstag. Schon dieser zeitliche Abstand ist ein Ausdruck des Prozesses des Abbaus gewerkschaftlicher Mitgliederrechte, der in der IG Chemie in den letzten Jahren immer weiter vorangetrieben wurde.

Der Turnus war 1954 von zwei auf drei Jahre verlängert und 1976 sogar auf vier Jahre ausgedehnt worden.

Die Delegierten für diesen Gewerkschaftstag werden auch nicht von den Mitgliedern der Gewerkschaft, sondern von den betrieblichen Vertrauensleuten gewählt.

Dabei war mit der willkürlichen Satzungsänderung des Beirats vom 5. April 79 gerade die Rolle der Vertrauensleute ins Zentrum der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung gerückt. Hier entwickelte sich innerhalb der Gewerkschaft eine wachsende Opposition, die den Aufbau eines gewählten, gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörpers fordert — eine Forderung, die völlig berechtigt ist. Denn die Satzungsänderung, die die Praxis der Einsetzung der betrieblichen (also auch nichtgewerkschaftliche) Vertrauensleute legalisierte, hat der Rolle von V-Leuten in der IGCPK geschadet, ihre Bedeutung und ihre Rechte geschwächt. Ebenso ist es natürlich berechtigt, für die Tätigkeit solcher gewerkschaftlicher Vertrauensleute Kündigungsschutz und tarifliche Absicherung zu fordern. Zur Durchsetzung dieser berechtigten Forderungen, die die Kampfkraft der organisierten Arbeiter in diesen Branchen erhöhen würde, ist es vor allem nötig, daß der Gewerkschaftstag die Satzungsänderung vom April letzten Jahres verurteilt und zurücknimmt und daß die Abkommen über betriebliche Vertrauensleute gekündigt werden.

Diese Forderungen stehen heute im Zentrum der Auseinandersetzung aufgrund der Entwicklung im letzten Jahr bzw. in den letzten Jahren und müssen deshalb auch bei der Vorbereitung des Gewerkschaftstags entsprechend berücksichtigt werden.

Vor kurzem hat Egon Schäfer, Verantwortlicher für die Angestellten beim Hauptvorstand, sehr eifrig betont, die IGCPK sei gegen eine Nivellierung der Bezahlung. Die Diffamierung der Forderung nach gerechter Bezahlung, vor allem in unteren Lohngruppen, als „Nivellierung" ist aber ein Argument der Kapitalisten. Warum er dieses Argument der Kapitalisten so bereitwillig aufgegriffen hat, ist seine Sache: Sache des Gewerkschaftstags jedenfalls wird es sein, den Beschluß des letzten Gewerkschaftstags, einen gemeinsamen Entgelttarifvertrag für Arbeiter und Angestellte zu erringen, zu konkretisieren.

Die Schichtarbeit, die in der chemischen Industrie in den letzten Jahren immer weiter ausgebaut worden ist, stellt den Gewerkschaftstag vor eine weitere Forderung, die unter den Kollegen immer mehr Verbreitung findet. Der skandalöse Beschluß der 10. Bundesarbeitstagung, Zuschläge und Schichtzulagen abzubauen bzw. zu streichen, muß voll und ganz zurückgenommen werden. Die zynische Begründung für jenen Beschluß, so könne Schichtarbeit reduziert und dann neue Arbeitsplätze geschaffen werden, ist ein Schlag ins Gesicht jedes Schichtarbeiters. Es muß ein gewerkschaftliches Aktionsprogramm erarbeitet werden, das einerseits der weiteren Ausdehnung der Schichtarbeit einen Riegel vorschiebt, andererseits die zeitliche und finanzielle Entgeltung für Schichtarbeit verstärkt. In diesem Zusammenhang darf es nicht zugelassen werden, daß, aus welchen Gründen auch immer, die Losung der 35-Stunden-Woche und der 5. Schicht für Contischichtarbeiter nicht zur Sprache kommt — im Gegenteil, dies muß nachdrücklich bekräftigt werden.

Um aus der Vielzahl der anstehenden Probleme nur noch eines herauszugreifen, das aufgrund verschiedener Vorkommnisse der letzten Zeit sich als immer drängender erweist, muß betont werden, daß gerade die IG Chemie als Interessenvertretung derjenigen Arbeiter, die am meisten mit Giftstoffen und möglichen Giftstoffen zu tun haben, sich für einen besseren Gesundheitsschutz einsetzen muß.

Der Gewerkschaftstag muß mit aller Entschiedenheit den Einsatz der gewerkschaftlichen Kraft in der Auseinandersetzung um ein neues Chemikaliengesetz verlangen, geht es doch nicht zuletzt um die Gesundheit der Mitglieder dieser Gewerkschaft und ihrer Kollegen.

Bundesinnenminister verbietet Wehrsportgruppe Hoffmann

Die Faschisten sind auf freiem Fuß

Drei Fragen an den Herrn Minister

NÜRNBERG. — Am 30. Januar, dem 47. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers, fand eine Polizeiaktion gegen die faschistische Wehrsportgruppe Hoffmann statt. Der Hauptschlag richtete sich gegen Einrichtungen der rechtsradikalen Terrorvereinigung in Bayern. Allein in den Regierungsbezirken Mittelfranken, Oberfranken und Oberbayern wurden 23 Objekte durchsucht.



Der berüchtigte Faschist Hoffmann inspiziert seine Truppen.

Insgesamt eine seit Jahren überfällige Aktion, die jedoch eine Reihe höchst besorgniserregender Fragen offen läßt, die eine gehörige Portion Zweifel an der Ernsthaftigkeit der staatlichen Aktionen gegen Neonazis und ihr kriminelles Treiben aufkommen läßt bzw. solche bestätigt.

Die Durchsuchungsaktion, an der rund 500 Polizeibeamte beteiligt waren, förderte laut dpa „ganze Berge von Gerätezeug wie Stahlhelme, Gasmasken, Seitengewehre und Tarnanzüge" zutage.

Des weiteren stieß man auf ganze Waffenarsenale, darunter eine 2-Zentimeter-Flakkanone, ein ausgedienter 12-Tonnen-Schützenpanzer, Bundeswehrjeeps und Mannschaftswagen, Motorräder, Faust- und Handfeuerwaffen, Handgranaten, das ganze ausstaffiert mit Orden und Ehrenabzeichen, Uniformnachbildungen, verziert mit den in unserem Land verbotenen Emblemen und Symbolen der Hitler-Diktatur, fast selbstverständlich, daß sich unter dem Gerümpel aus einer leider noch nicht ganz vergangenen Zeit auch eine Hitler-Büste fand.

Bundesinnenminister Baum (FDP) wird sich einige kritische Fragen gefallen lassen müssen.

1. Warum wurde die Wehrsportgruppe Hoffmann ausdrücklich nicht als kriminelle Vereinigung verboten?

Baum äußerte sich gegenüber Journalisten, die Wehrsportgruppe Hoffmann sei auf Grundlage des Vereinsrechts verboten worden. Bisher sei sie jedoch keine kriminelle Vereinigung. Und der bayrische Innenminister Tandler (CSU) sekundierte, Hoffmanns Truppe habe „niemals eine echte Bedrohung unseres Staatsgefüges dargestellt."

2. Warum wurden Hoffmann und seine Spießgesellen nicht auf der Stelle in Haft genommen?

Die juristischen Voraussetzungen dafür sind geradezu übererfüllt. Hoffmann hatte die Polizisten, die in seine Villa eingedrungen waren, mit einer geladenen Pistole bedroht (was jedem anderen womöglich das Leben gekostet hätte); die Wehrsportgruppe hatte sich mit Symbolen aus der Nazizeit eingedeckt; sie hatte sich wie ein mittleres Bataillon bewaffnet; Hoffmann selbst wurde schon zu verschiedenen Freiheitsstrafen — allerdings auf Bewährung — verurteilt.

3. Warum sind die zuständigen staatlichen Stellen erst jetzt zum Verbot geschritten?

Die Wehrsportgruppe Hoffmann führte seit über zehn Jahren in aller Öffentlichkeit — unter den Augen der Behörden — ihre faschistischen Aufmärsche durch, ging mit Bundeswehrgerät ins Manöver und diente sich bei diversen Veranstaltungen der Neonazis als Schlägertrupp an.

Die zuständigen staatlichen Behörden, insbesondere die Innenminister Baum und Tandler, müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, nur der Optik wegen die Wehrsportgruppe Hoffmann verboten zu haben; denn ihre sonstigen Maßnahmen sind durchaus geeignet, den Neonazis um Hoffmann weitere Gelegenheit zu geben, ihre faschistische Wühltätigkeit fortzuführen. Ihnen ist erlaubt, sich neu zu organisieren, sie dürfen beispielsweise über ihre Zeitung „Kommando" verbreiten, der „Begriff Deutschland schließt alle annektierten Gebiete ein."

So kurios es auf den ersten Blick auch klingen mag, die „Verbotsaktion" steht letztlich in einer Reihe mit anderen staatlichen und gerichtlichen „Schutzaktionen", die die Wehrsportgruppe Hoffmann und andere Neonazis bisher vor der völligen Zerschlagung bewahrt hat. Wer in unserem Land kann es sich leisten, wegen eines Deliktes mehrmals zu Gefängnisstrafen mit Bewährung verurteilt zu werden, ohne je einen Tag im Gefängnis verbracht zu haben?

Doch auch die „optischen Maßnahmen" des Innenministers sollten der machtvoller werdenden antifaschistischen Bewegung in unserem Land weiteren Mut und Selbstbewußtsein einflößen. Nur ihr, nur der öffentlichen Empörung gerade über die Faschisten der Wehrsportgruppe Hoffmann ist es zu verdanken, daß der Innenminister sich überhaupt zum Handeln gedrängt fühlte.

Der Kampf für das Verbot aller faschistischen Organisationen muß verstärkt weitergeführt werden.



Unter seinen Leuten ließ Hoffmann sich wie der große Führer feiern.

Wehrsportgruppe Hoffmann — eine kriminelle Vereinigung

Ein beachtliches Vorstrafenregister

- **1963 Waffenschmuggel in der Türkei**
- **1968 Tragen von Uniformen und Emblemen aus der Nazi-Zeit — keine strafrechtlichen Folgen; Strafanzeige wegen „Verdachts der Bildung eines bewaffneten Haufens" — keinerlei Konsequenzen;**
- **1976 8 000 Mark Geldstrafe wegen verbotegen Uniformtragens**
- **1977 zehn Monate mit Bewährung und 2 000 Mark wegen Körperverletzung; Hoffmann und seine Schläger hatten eine Veranstaltung fortschrittlicher Studenten überfallen;**
- **1978 ein Jahr mit Bewährung und 5 000 Mark wegen verbotenen Uniformtragens;**
- **1979 ein Jahr mit Bewährung und 3 000 Mark wegen verbotenen Uniformtragens;**

Nach dem vereinsrechtlichen Verbot muß Hoffmann mit einem Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Verstoß gegen das Waffengesetz rechnen.

Haftentlassung am 22. März?

„Herzlichen Dank für die Solidarität!"

Interview mit Dieter Vogelmann

Dieter Vogelmann, der wegen seiner Teilnahme an einer Antikriegstagsdemonstration am 1. September 1972 in München zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde obwohl ihm in sämtlichen Instanzen durchaus zugebilligt wurde, nicht an strafrechtlich relevanten Handlungen beteiligt gewesen zu sein, hatte auf dem Kongreß gegen Reaktion und Faschismus am 26. Januar in Dortmund Gelegenheit, seinen Fall zu schildern.

Anschließend setzte sich das vieltausendköpfige Publikum durch Beifallskundgebung für Dieters vorzeitige Haftentlassung ein. Der „Rote Morgen" ergriff die Gelegenheit, Dieter ein paar Fragen zu stellen.

RM: Was für einen Eindruck hast Du von diesem Kongreß?

Dieter: Zum einen hat es mich persönlich sehr gefreut, hier zu sein und so viele Freunde und Bekannte zu treffen, zum anderen finde ich es wirklich sehr gut, daß auf einer solch breiten Basis eine Front gegen Reaktion und Faschismus aufgebaut wird und daß der Kongreß ein so großes Echo gefunden hat.

RM: Du hast eben hier auf dem Kongreß gesprochen. Wie siehst Du den konkreten Zusammenhang zwischem dem Kongreß und Deinem Fall?

Dieter: Ich habe immer darauf hingewiesen, daß man diesen Prozeß nicht als Einzelfall für meine Person sehen darf, sondern daß man den Zusammenhang sehen muß, wie die Herrschenden das politische Klima verschärfen wollen. Der Kongreß hat wirklich gut gezeigt, welche Entwicklung heute in der Bundesrepublik vor sich geht und wie wir uns gegen so eine Verschärfung zur Wehr setzen können.



Der Vorsitzende der Roten Hilfe Deutschlands, Jürgen Janz, begrüßt Dieter Vogelmann auf dem Kongreß gegen Reaktion und Faschismus.

RM: Du bist jetzt seit Juli letzten Jahres in Haft. Wie lange muß Du noch drin bleiben?

Dieter: Verurteilt wurde ich zu einem Jahr Gefängnis. Erstbestrafte kommen in der Regel nach zwei Dritteln der Haftzeit wieder raus. Das wäre bei mir der 22. März. Der Antrag dafür läuft; es ist allerdings ziemlich sicher, daß die Münchner Staatsanwaltschaft querschießen wird.

RM: Das heißt also, daß man die Solidarität noch einmal verstärken muß, daß Dir das letzte Drittel auch wirklich erlassen wird?

Dieter: Da muß man schon aufmerksam sein. Wenn abzusehen ist, daß die Entscheidung gegen die Zweidrittelfrist geht, sollte man auf jeden Fall all die vielen Leute ansprechen, die sich bisher schon eingesetzt haben.

RM: Wie würdest Du rückblikkend den Verlauf der Solidarität, die Dir bisher zuteil geworden ist, beurteilen?

Dieter: Zunächst möchte ich mich bei all jenen, die mich — auf welche Art auch immer — bisher unterstützt haben, ganz herzlich bedanken. Diese Solidarität bedeutet für mich eine große Stärkung im Gefängnis. Sie beweist, daß einen die Justiz und der Staat nicht unterkriegen können.

Als sehr wirksam hat sich die Unterstützung durch die Rote Hilfe Deutschlands erwiesen. Einmal haben mich die Roten Helfer gut auf die Zeit im Gefängnis vorbereitet; zum anderen wird mir finanzielle Unterstützung in Form von Mietbeihilfen und Zuschüsse für die Anwaltskosten gewährt.

Was mich sehr gefreut hat, war, daß das Kabarett „K" meinen Fall auf der Antikriegstagsveranstaltung der DGB-Jugend in Dortmund am 1. September 1979 bekanntgemacht hat. Daß kürzlich das Kritische Tagebuch im WDR III sehr objektiv auf meine Verurteilung eingegangen ist, hab ich wohl zwei Kolleginnen vom Essener Eisler-Chor zu verdanken, die schon im letzten Sommer der WDR-Redaktion von meiner Haftstrafe geschrieben haben.

Sehr wichtig für die Solidarität war auch die Unterstützung in meinem Betrieb, die wirklich nicht einfach war, weil von seiten der Geschäftsleitung ziemlicher Druck ausgeübt wurde. Gerade diese Unterstützung war für mich persönlich eine große Stärkung, daß die meisten Kollegen wirklich dahinter standen.

RM: Vielen Dank für das Interview!

****

Der „Rote Morgen" ruft seine Leser auf, unterstützt die Forderung nach vorzeitiger Haftentlassung. Schreibt Protestresolutionen an Peter Puk, Moltkestr. 11, 4630 Bochum 6; von dort könnt ihr auch eine Dokumentation über den „Fall Dieter Vogelmann" beziehen.

Herzlichen Glückwunsch!

Wie der „Rote Morgen" kürzlich erfahren hat, ist Dieter Vogelmann am Mittwoch, den 30. Januar, 36 Jahre alt geworden. Es ist bestimmt auch im Sinne unserer Leser, wenn wir ihm auf diesem Wege viele herzliche Glückwünsche aussprechen und damit die Hoffnung verbinden, daß er so schnell wie möglich aus der Haft entlassen wird, denn jeder Tag, den er im Gefängnis verbringt, ist ein Tag zuviel!

Für alle, die Geburtstagsgrüße nachträglich schicken wollen: D. Vogelmann, JVA Attendorn, Biggeweg 5 - 7, 5952 Attendorn.





Demonstration am 22. Januar in Köln.

Lischka-Prozeß geht dem Ende zu

Kompromißlose Bestrafung der Nazi-Mörder!

Antifaschistische Demonstrationen in Köln

KÖLN. — Der sogenannte Lischka-Prozeß — benannt nach dem Hauptangeklagten — geht seinem Ende zu. Drei ehemalige SS-Offiziere müssen sich für die Beihilfe zum Mord an 70 000 französischen Juden verantworten. Trotz lückenlos erwiesener Schuld jedoch forderte der Staatsanwalt für keinen der Angeklagten die Höchststrafe.

Die Prozeßtage in der vergangenen Woche waren begleitet von Demonstrationen, an denen sich deutsche und französische Antifaschisten beteiligten. Unter den Franzosen waren auch viele Angehörige der Opfer von Lischka und seinen Mitangeklagten Hagen und Heinrichsohn. Bei der Abschlußkundgebung der Demonstration am letzten Dienstag sagte Marie Claude Vaillant-Couturier, Präsidentin einer französischen Widerstandsorganisation und ehemaliger Häftling im KZ Auschwitz, unter anderem: **„Wir können nicht verstehen, daß diese Verbrecher in Freiheit leben, oft im öffentlichen Dienst in verantwortlichen Positionen. Nie haben sie Berufsverbot erhalten wie Söhne und Töchter antifaschistischer Widerstandskämpfer in der Bundesrepublik. Das beunruhigt uns!"**

Die Demonstranten, unter ihnen auch Genossen unserer Partei, forderten die unnachgiebige Bestrafung der angeklagten SS-Mörder. Am vergangenen Donnerstag zogen etwa tausend französische Juden, die mit Sonderzügen zum Lischka-Prozeß gekommen waren, in einem Schweigemarsch durch Köln.

Im Gerichtssaal allerdings wurden währenddessen viele Worte der Entschuldigung für die SS-Verbrecher gefunden. Die Staatsanwaltschaft stellte zwar in ihrem Plädoyer heraus, daß an der Schuld der Angeklagten kein Zweifel bestehen könnte. Lischka, Hagen und Heinrichsohn gehörten — wie der RM wiederholt berichtete — zu den führenden Organisatoren der Deportation von französischen Juden in die faschistischen Vernichtungslager, vor allem nach Auschwitz. Die ehemaligen SS-Offiziere hatten ihre Verteidigung darauf aufgebaut, daß sie behaupteten, das Bestimmungsziel der von ihnen zusammengestellten Judentransporte nicht gekannt zu haben. Demgegenüber führte die Staatsanwaltschaft die erdrükkende Fülle der Dokumente aus dem ehemaligen Pariser Büro der Angeklagten an. Darin wird das Ziel ihrer Aktionen immer wieder klar genannt: die „restlose Vernichtung der Juden".

Lischka, Hagen und Heinrichsohn haben also in voller Kenntnis des faschistischen Mordprogramms und mit voller Absicht die Vernichtung von 70 000 Menschenleben organisiert. Es gibt jetzt für sie kein Schlupfloch mehr angesichts der lückenlos bewiesenen Tatsachen: Alle drei sind bestialische Massenmörder. Und dennoch forderte der Staatsanwalt für keinen von ihnen eine lebenslängliche Haftstrafe. Nach




Herbert Martin Hagen (Kreuz) 1944 in Paris. Rechts vor ihm sein Chef, SS-General Carl Oberg im Gespräch mit dem Chef der französischen Miliz, der die Befehle der Deutschen vollstreckte.

seinem Antrag sollen der frühere SS-Obersturmbannführer Lischka und dessen engster Helfer Hagen 12 Jahre bekommen. Und der ehemalige SS-Unterscharführer Heinrichsohn soll gar mit fünf Jahren Haft davonkommen. Würde man hier eine makabre Rechnung aufmachen, so bedeutet das: 36 Minuten für einen ermordeten Juden!

Manchmal konnte man sich des Eindrucks nur schwer erwehren, hier würde nicht ein Staatsanwalt, sondern ein Verteidiger plädieren. So wenn den SS-Bestien Hagen und Heinrichsohn zugebilligt wurde, sie hätten sich „zeitweise anständig verhalten". So kann man es auch drehen! Und die seltsame Logik solcher Ausführungen ist doch dann wohl: je schrecklicher das Verbrechen, desto geringer die Strafe.

Demgegenüber forderte der Nebenklagevertreter Kaul aus der DDR für alle drei Angeklagten die Höchststrafe — lebenslänglich. Ein anderer Nebenklagevertreter, Dr. Ratz, erklärte in seinem Plädoyer, der frühere SS-Offizier und heutige CSU-Bürgermeister Heinrichsohn hätte im August 1944 eigenhändig fünf französische Widerstandskämpfer erschossen und das müsse bei der Strafzumessung berücksichtigt werden. Der Gerichtsvorsitzende Faßbender fuhr dem Anwalt unverschämt ins Wort und erteilte ihm sogar eine Rüge. Denn das — so Faßbender — gehöre nicht zum Prozeß, das habe mit der Sache überhaupt nichts zu tun.

Das ist eine der vielen Ungeheuerlichkeiten dieses Prozesses. Nicht nur der CSU-Mann Heinrichsohn, auch seine beiden Kumpane waren an der Ermordung von Tausenden Widerstandskämpfern in Frankreich beteiligt. Zumeist handelte es sich dabei um wehrlose Geiseln, die von diesen Henkern exekutiert wurden. Und die vorliegenden Dokumente beweisen auch, daß sich die drei SS-Bestien unter ihren Geiseln vorwiegend Kommunisten für die Ermordung ausgesucht haben. Aber diese Massaker waren zu keinem Zeitpunkt Gegenstand des Kölner Prozesses. Sie werden von den Gerichten dieses Staates nicht für strafwürdig gehalten. Und wer nur die Sprache darauf bringt, wie jetzt der Anwalt Ratz, der handelt sich damit auch noch eine Rüge ein.

Genausowenig wurden im Kölner Lischka-Prozeß die Mordtaten des Hauptangeklagten während seiner Zeit als Gestapo-Chef in Köln verhandelt. Direkt gegenüber dem Gerichtsgebäude liegt die ehemalige Gestapo-Zentrale, in der Lischka 1940 Kölner Antifaschisten zu Tode folterte. Aber über all diese Verbrechen will das Gericht noch heute den Mantel des Schweigens legen. All das gehört eben nach der Meinung des Herrn Faßbender „nicht zur Sache". Die systematische Ermordung von Kommunisten und anderen Antifaschisten während der Nazi-Diktatur war für diesen Bonner Staat und seine Vertreter nie etwas anderes als ein Kavaliersdelikt. Und die Mörder von gestern wurden mit dem Aufbau des Staatsschutzes von heute beauftragt. So auch der SS- und Gestapo-Henker Lischka. Für ihn fand man nach der Zerschlagung der Hitler-Diktatur einen neuen Aufgabenbereich — beim Verfassungsschutz.

Sowohl der Staatsanwalt wie auch die Nebenklagevertreter forderten die Inhaftierung der drei Angeklagten. Richter Faßbender setzte sich jedoch darüber hinweg. Er dachte gar nicht daran, die SS-Bestien wenigstens in Haft zu nehmen. Er gab ihnen einen väterlichen Rat: „Unternehmen Sie in Ihrem Interesse nichts, um sich diesem Verfahren räumlich zu entziehen. Bisher sind Sie ja in vorbildlicher Weise erschienen, tun Sie das auch weiterhin." Das ist doch nichts weiter als eine Empfehlung an die Angeklagten, bei Bedarf unterzutauchen. Und wenn sie es noch nicht getan haben, so ist das wohl nur auf ihr Vertrauen in dieses Gericht zurückzuführen.

Angesichts dieser skandalösen Ereignisse im Lischka-Prozeß fordern die Antifaschisten in unserem Land:

Sofortige Verhaftung von Lischka, Hagen und Heinrichsohn! Die gesetzliche Höchststrafe für alle drei Angeklagten!

Vom Kindermörder zum CSU-Bürgermeister



Ernst Heinrichsohn

1940 kam der SS-Unterscharführer Ernst Heinrichsohn nach Paris. Er wurde Mitarbeiter im Judenreferat des Sicherheitsdienstes (SD) in Frankreich. Seine Aufgabe: die Deportation der französischen Juden in die faschistischen Vernichtungslager zu organisieren.

Im KZ Drancy bei Paris wurden die für den Abtransport bestimmten Juden zusammengepfercht. Von hier aus wurden sie in Viehwaggons getrieben — je tausend in einen Zug. Und 47 solcher Güterzüge stellte Heinrichsohns Dienststelle zusammen. Ununterbrochen rollten sie in Richtung Osten nach Auschwitz und die anderen Todesfabriken der Faschisten.

Heinrichsohn überwachte in Drancy persönlich die Transporte. Augenzeugen berichten über dieses KZ:

„Im Lager waren zwischen 3 000 und 4 000 Kinder unter 12 Jahren, alle waren von ihren Eltern getrennt. Die Kinder waren verschmutzt, krank, schlecht ernährt und litten an Krätze und an Ruhr. Um die Kinder schwirrte eine Wolke von Insekten. Das war ein Bild, das mich heute noch Tag und Nacht verfolgt." (Olette Daltoff-Batick, Gefangene in Drancy)

„Ich habe Buchenwald erlebt! Ich habe Auschwitz erlebt! Das Abscheulichste jedoch, was ich erlebt habe, war das Elend der Kinder im Lager Drancy." (Professor Wellers, Gefangener in Drancy)

„Er (Heinrichsohn) kam oft so um fünf Uhr morgens. Schön und elegant stand er im Elend der Kinder, lachte uns Helferinnen aus. Er wurde ungehalten, wenn es nicht schnell genug ging. Ohne Rührung sah er zu (...) Wir alle kannten Heinrichsohn. Ein Mensch, vor dem man Angst hat, dessen Namen kennt man. Ich denke immer an ihn. Mein ganzes Leben!"

Dieser Mann, der ohne Erbarmen Tausende von Kindern in den Tod schickte, wurde nach dem Krieg Rechtsanwalt. Niemand ist jemals auf die Idee gekommen, diesem Mörder Berufsverbot zu erteilen. Heinrichsohn machte überdies noch politische Karriere. Er suchte sich nach der Zerschlagung des Faschismus eine neue Partei, eine Partei, in der sich seinesgleichen wohlfühlen kann — die CSU. Sie stellte ihn als Bürgermeisterkandidaten im fränkischen Bürgstadt auf. Heinrichsohn wurde gewählt, und er ist auch heute noch, wo seine Mordtaten in aller Öffentlichkeit bloßliegen, Bürgermeister.

„Unser bester Mann" — das sagt auch jetzt noch der CSU-Ortsvorsitzende von dem Kindermörder. Und Edmund Stoiber, Generalsekretär der Strauß-Partei, sprach ihm persönlich die Solidarität der CSU aus. Die „roten Ratten" will der Vorsitzende dieser Partei nach eigenem Bekunden in ihre Löcher jagen, wenn er erst einmal Kanzler ist. Parteifreund Heinrichsohn bringt dafür jedenfalls einige Erfahrungen mit.

Von der Gestapo zum Verfassungsschutz



Kurt Lischka

Lischka kann auf eine steile und über Jahrzehnte ungebrochene Karriere zurückblicken. 1933 trat er in die SS ein. Fünf Jahre später war er schon Chef des Judendezernats der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) in Berlin. Und in diesem Amt hatte er auch gleich Gelegenheit, sich zu bewähren.

Lischka organisierte die Massenverhaftung von Juden im Zuge der „Reichskristallnacht". Ein Jahr später rückte er zum Leiter der Reichszentrale für „jüdische Auswanderung" auf. Damit war er der Vorgänger des berüchtigten Judenmörders Eichmann in diesem Amt.

1940 wurde Lischka nach Köln versetzt, wo er die Leitung der Gestapo übernahm. Er organisierte das „Sonderkommando Kütter", eine Mordbande, deren Aufgabe die Zerschlagung des antifaschistischen Widerstands in Köln war. In Lischkas Zentrale, dem EL-DE-Haus, wurden unzählige Antifaschisten gefoltert und ermordet.

Im November 1940 wurde Lischka zum Sicherheitsdienst (SD) nach Paris abkommandiert. Er rückte zum Stellvertreter des Gestapo-Chefs Knochen auf. (Dieser Knochen lebt übrigens noch heute völlig unbehelligt in der Bundesrepublik. Gegen ihn ist nicht einmal ein Verfahren eröffnet worden.) Lischkas Aufgabe in Paris: die „Endlösung der Judenfrage in Frankreich".

Der SS-Obersturmbannführer war nicht der einfache Befehlsempfänger, als der er sich heute ausgibt. Ihm konnte es mit der Vernichtung der Juden nicht schnell genug gehen. Sogar seinen Berliner Amtsnachfolger Eichmann trieb er noch an. Am 26.2.42 etwa forderte er Eichmann auf: „Im Interesse der Stärkung der deutschen Autorität ist ein möglichst schneller Abschub von 1 000 verhafteten Juden erforderlich. Abgesehen davon, daß die hiesigen Dienststellen durch unzählige Eingaben für die Befreiung dieser Juden belästigt werden, ist festzustellen, daß französischerseits der bisher noch nicht erfolgte Abschluß als deutsche Schwäche ausgelegt wird (...)"

Nach der Zerschlagung des Faschismus, als das Adenauer-Regime darangeht, eine erneute Verfolgung und Verhaftung von Kommunisten zu organisieren, kommen auch die Talente des Massenmörders Lischka wieder zur Geltung. Er wird Mitarbeiter des Verfassungsschutzes — in Köln, der Stadt, deren staatsfeindliche Elemente er aus seiner Zeit als Gestapo-Chef noch bestens kennt.

Am Freitag, den 18. Januar, morgens um zehn Uhr traten 700 der 1400 Arbeiter und Angestellten in der Gabelstaplerfirma Still in Hamburg in den Streik. Damit reagierten die Kollegen auf den Versuch der Geschäftsleitung, ihnen das Recht auf freie Verfügung über ihren Urlaub zu nehmen und stattdessen einen festen Betriebsurlaub einzuführen. — Über den Streik berichteten wir bereits im „Roten Morgen" 4/80. Im folgenden drucken wir die lebendige Schilderung eines Korrespondenten des „Roten Morgen" ab, der — Arbeiter bei Still — selbst Teilnehmer des Streiks war.

Streik im Gabelstaplerwerk Still

„Direktor König war entsetzt!"

Volkskorrespondenz aus Hamburg

Kurz nach Arbeitsbeginn tauchen in verschiedenen Werkhallen Kleber auf: „Weg mit dem Betriebsurlaub!". Viele Kollegen heften sich Plaketten an die Brust mit der Aufschrift: „Ich bin gegen Betriebsurlaub." Doch nur einige wissen, wann es losgeht.

Die Stimmung ist gespannt. Nach dem Frühstück — das ist oft der entscheidende Zeitpunkt für solche Aktionen — fragen einige Meister: „Streikt ihr denn jetzt?" Die Antwort war jedoch immer nur: „Ich weiß von gar nichts". In der Halle 705, die oft den Anfang macht, läuft Abteilungsleiter Baier aufgeregt herum. Er hat davon Wind bekommen, daß heute etwas läuft ...

Die Halle 705 macht den Anfang

Wir beginnen in der Halle 705 die Aktion. Nichts passiert. Da — um zehn Uhr kommen einzelne Kollegen in die Halle. Dann immer mehr. Baier hat keine Chance. Binnen kurzem sind mehr als 700 Kollegen im Fahrzeugwerk, wo die Staplerbandmontage ist. Das sind mehr, als wir erwartet hatten; auch Angestellte sind sehr zahlreich erschienen...

Für Geschäftsführer Fehbach begann der Tag schlecht. Schon morgens landete er mit seinem Wagen im Graben. Dann beginnt kurz vor zehn verspätet die Verhandlung mit dem Betriebsrat über den Betriebsurlaub. Da kommt ein Anruf. Viele Kollegen gehen über den Hof ins Fahrzeugwerk. Geschäftsführer und Betriebsrat kommen in die Halle. „Weg mit dem Betriebsurlaub!" schallt es ihnen entgegen. Produktionsleiter Jung ist entsetzt. „Wie kommen denn die Leute hierher? Wer hat das überhaupt organisiert?" Herr Behr von der Rechtsabteilung bringt die üblichen Sprüche: „Wir fordern sie auf, sich wieder an ihre Arbeitsplätze zu begeben." Proteste und Parolen sind die Antwort. Es wird gerufen: „Wir wollen keine Verhandlungen!" Der Betriebsratsvorsitzende Baumann erklärt: „Kollegen, wir werden weiter verhandeln, die Verhandlungen haben doch gerade begonnen!" Da ergreift ein Kollege das Megaphon. „Ich glaube, ich spreche hier für alle. Wir wollen keine Verhandlungen. Wir wollen nur, daß einer von der Geschäftsführung kommt und erklärt: Es wird keinen Betriebsurlaub geben!"

Der starke Beifall zeigt: Genau das ist es, was alle wollen. Jetzt spricht wieder der Betriebsratsvorsitzende Baumann, der nervös wirkt: „Wir sind vom Gesetz her verpflichtet, zu verhandeln, und ich werde mich daran halten!" sagt er. Doch immer wieder ertönen die Rufe: „Wir wollen keine Verhandlungen!"

Als die Geschäftsführung abzieht, äußern die Herren gegenüber dem Betriebsrat: „Die werden sich wohl bald verlaufen." Doch die Kollegen bleiben zusammen und beraten. Was ist hier zu tun? „Demonstration durchs Werk — die restlichen Kollegen holen!" wird vorgeschlagen, oder: „Marsch ins Verwaltungsgebäude, wo im vierten Stock die Verhandlungen stattfinden!"

Zum Verwaltungsgebäude!

Der Zug setzt sich in Bewegung, über den Hof hinaus ins Verwaltungsgebäude. Die Stim-Verwaltungsgebäude. Die Stimmung ist klasse. Im Treppenhaus werden Kleber geklebt und Parolen gerufen. Im ersten Stock, aus den Fenstern, sehen wir, wie der lange Zug sich über den Hof bewegt. Wenn wir einig sind, sind wir stark — daran denken jetzt sicher viele.

Im vierten Stock herrscht Aufregung. Ein Geschäftsführer trauen sich vor die Glastür, die den Flur begrenzt, werden von den Kollegen bedrängt. Direktor König ist entsetzt, bleich im Gesicht. „Wir verhandeln doch, machen sie doch nicht so einen Radau. Was wollen sie denn?" „Keinen Betriebsurlaub!" ist die Antwort und ein türkischer Kollege ruft: „Die 900 Mark Nachschlag, die wollen wir auch noch!" Und der Türke fragt den Direktor auch noch nach seiner Speisekarte heute mittag. Und auf dessen ungläubigen Blick hin sagt er: „Ich will auch mal essen, was so einer immer ißt!" und zeigt auf den dicken Bauch des Direktors.

Direktor König sieht sich entrüstet um. Im vierten Stock werden nun die Türen abgeschlossen. Mittlerweile trägt Direktor König auch einen Aufkleber auf dem Rücken: „Weg mit dem Betriebsurlaub!" Die Kollegen versuchen, die Glastür zu öfffnen; aus der Menge ruft einer: „Nieder mit der Diktatur der Unternehmer!" Ein Nebenstehender jedoch rät ihm: „Jetzt mach Dich aber ganz klein." Aber das interessiert den Rufer nicht. Er hebt die Hand hoch und ruft: „Hier, ich war das! Ich hab das gerufen! Jeder kann das sehen!" — Endlich merkt die Geschäftsführung, wie weit sie die Kollegen bereits provoziert hat.

Klare Fronten

Die Situation ist klar: Auf der einen Seite die Geschäftsführung, aus der Fassung gebracht, gerade jetzt, wo eine Reihe von Kollegen schon auf dem Flur stehen. Und auf der anderen Seite die Arbeiter, Angestellten, Männer und Frauen, ausländische Kollegen, alle geeint gegen die Maßnahmen der Geschäftsführung. Und nun geht es hier nicht mehr nur um Betriebsurlaub. Das hier ist gleichzeitig die Antwort auf die verstärkte Ausbeutung durch die Hetze an den Bändern in der neuen Fahrzeughalle, wo nach dem Wertfaktorsystem gearbeitet wird; auf die Pläne der Geschäftsleitung, eine Betriebskrankenkasse einzuführen, um die Belegschaft noch besser zu kontrollieren; auf die Versuche, den Fahrgeldzuschuß zu kürzen usw.

Geschlossen, wie wir gekommen sind, ziehen wir uns jetzt wieder zurück aus dem Verwaltungsgebäude in die sogenannte Leichenhalle; dort stehen die halbfertigen Fahrzeuge, und dort finden auch die Betriebsversammlungen statt. Ein Betriebsrat berichtet, wie betroffen die Geschäftsführung von unserem Marsch in ihre Gefilde ist. Und sie gibt nach. Der Betriebsurlaub im Sommer 1980 ist gestrichen und damit — Zwangstage. Eine Betriebsversammlung ist zugesagt worden. Die Begeisterung ist groß. Doch nun wird bekannt, daß die Geschäftsführung noch die Frage der Weihnachtsschließung mit dem Betriebsrat beraten will; — wird bekannt, daß sie nicht bereit ist, auf die Einführung von Betriebsurlaub für 1981 und später zu verzichten. Das wird mit Pfiffen und Buhrufen bedacht. Die Rede des Betriebsrates wird von einem empörten Kollegen aus der Türkei unterbrochen. „Wohin fährt denn die Geschäftsführung in Urlaub? — Die fährt nach Hawai!" Der Zwischenruf möbelt die Stimmung wieder auf. „Wir bleiben, bis der Betriebsurlaub ganz vom Tisch ist!" heißt es.



Gebäude der Firma Still in Hamburg

Wie geht es weiter?

Mittlerweile ist es bereits zwölf Uhr. Obwohl alle Hunger haben, wird gepfiffen und gerufen: „Hierbleiben!", wenn einige Kollegen rausgehen wollen. Wir gehen geschlossen in die Kantine und bleiben dort. Nach dem Essen beraten wir an den Tischen, wie es weitergehen soll. Betriebsratsvorsitzender Baumann taucht schießlich auf und berichtet vom letzten Stand der Verhandlungen: Die Geschäftsleitung hat noch zusätzlich zugesagt, auch zu Weihnachten auf eine Betriebsschließung und damit auf Zwangsurlaub zu verzichten, wenn der Betriebsrat das wünscht. Der Betriebsratsvorsitzende fragt die Versammelten, ob sie eine Sonderregelung über Weihnachten haben wollen. Einmütige Antwort — hundertfach: Nein! Als der Vorsitzende jedoch bekannt gibt, daß die Geschäftsführung für 1981 an ihren Zwangsurlaubsplänen festhält, wird mit einem gellenden Pfeifkonzert geantwortet.

Dann wird beraten, wie der Streik weitergeführt werden soll. Die Meinung der Kollegen ist: Wenn auch bereits einige Zugeständnisse erkämpft wurden, die Geschäftsführung bleibt in ihrem eigentlichen Ziel stur. Also müssen auch wir hart bleiben. Schließlich wird beschlossen: „13 Uhr geh'n wir nach Hause, dann ist Feierabend!"

In den meisten wichtigen Abteilungen herrscht am Nachmittag gähnende Leere. Dort, wo nur wenige am Streik teilnehmen, wird jetzt diskutiert und kaum gearbeitet. Die Kollegen berichten, wie zum Beispiel Abteilungsleiter Krems herumläuft, um zu sehen, wer überhaupt noch arbeitet.

Dieser zweite Streik innerhalb von vier Monaten — zahlreicher, geschlossener und länger als die Aktion vom November — zeigt: Wir können Erfolge erringen. Der Streik hat das Vertrauen in die eigene Kraft gestärkt. Aufgabe der RGO-Gruppe — die sowohl bei der Vorbereitung als auch beim Streik auf Zack war — wird es jetzt sein, gemeinsam mit neuen Kollegen die Unsicherheit, die auch durch das Verhalten des Betriebsrates entstand, zu überwinden und so gestärkt weiterzuarbeiten.

Vier Tote bei Gasexplosion

Volkskorrespondenz aus Freiburg

Am 23.1.80 war in Freiburg aufgrund einer Gasexplosion ein Haus zusammengestürzt. Aus den Trümmern wurden vier Tote und mehrere — zum Teil schwer Verletzte — geborgen. Das Haus und die Nachbarhäuser gehören der Stadt und befinden sich in einem ziemlich verwahrlosten Zustand. Die Stadt hat für irgendwann eine Sanierung angekündigt und gibt jetzt an, die vorhandene Substanz ordnungsgemäß instandgehalten zu haben. Zur Beruhigung der Bewohner hat man die Gasleitungen überprüft, aber in allen Häusern wurden undichte Stellen gefunden. Obwohl angeblich keine Gefahr besteht, wurde die Gaszufuhr unterbrochen. Am Montag nun hat man bei der Überprüfung der Leitungen unter der Erde an einer Ecke des Hauses, das zusammengebrochen war, einen Bruch gefunden, von dem aus das Gas in den Keller gelangt sein könnte. Es bleibt abzuwarten, was die weiteren Nachforschungen noch ergeben. Wahrscheinlich wird irgendein Hausbewohner oder ein kleiner städtischer Angestellter gefunden, der dann für die Katastrophe verantwortlich gemacht wird.

Eine Beinahe-Katastrophe rückte die Stadt weiter in schlechtes Licht. Die Decke eines Hallenbades war eingestürzt, und rein zufällig befanden sich die Schüler, die dort Schwimmunterricht haben sollten, im Umkleideraum. Man fand, daß die Holzdecke des Hallenbades, das noch nicht sehr lange in Betrieb war, mit einfachen Nägeln befestigt war. Außerdem war das Dach undicht, so daß der Regen bis zur Holzkonstruktion durchsickern konnte und zur Verrottung der Nägel beitrug. Die Stadt muß sich die Verantwortung dafür mit dem Bauunternehmen teilen, weil die Behörden die ganze Konstruktion überprüft und sie für in Ordnung befunden hatten. Jetzt sind auch zwei Turnhallen, die zu Freiburger Schulen gehören, geschlossen worden. In beiden waren die Nägel der Deckenkonstruktion nicht richtig verankert. Die restlichen der fünf Schulen und zwölf Turnhallen, die derselbe Unternehmer gebaut hatte, sind angeblich sicher. Man befindet sich jetzt auf der Suche nach Verantwortlichen. Man darf gespannt sein, was sich in diesem Fall ergibt.

Aktion gegen einen Ehrenbürger

Volkskorrespondenz aus Witten

Ungewöhnliches tat sich am Sonnabend in der Wittener Einkaufszone. Einem geübten Auge konnte nicht entgehen, daß sich in den Eingängen der Kaufhäuser allerlei „unauffällige" Gestalten herumdrückten, die offenbar auf irgendetwas warteten. Um die Mittagszeit tauchte dann plötzlich eine Gruppe von jungen Leute auf, die einen großen mit einem weißen Tuch verhüllten Gegenstand mit sich trugen.

Aber kaum hatten sie diesen Gegenstand auf der Erde abgesetzt, kamen aus den Seitenstraßen uniformierte Polizisten herán. Und auch die erwähnten Gestalten waren mit einem Mal da — bei manchem von ihnen konnte man jetzt eine Pistole unter der kurzen Jacke hervorlugen sehen. Das Ergebnis dieses massiven Auftretens der Wittener Polizei war natürlich ein großer Menschenauflauf.

Was war geschehen? Die Kollegen von der VOLKSFRONT wollten an diesem Tag das „Denkmal" eines bekannten Wittener Ehrenbürgers enthüllen. Und als die Polizisten drangingen, den mit dem Tuch verdeckten Gegenstand zu beschlagnahmen, konnte es jeder sehen, wer dieser Ehrenbürger war — niemand anderes als Adolf Hitler. Die VOLKSFRONT protestierte mit dieser Aktion gegen die Tatsache, daß sich der Rat der Stadt bis heute geweigert hat, den faschistischen Massenmörder aus der Liste der Ehrenbürger zu streichen.



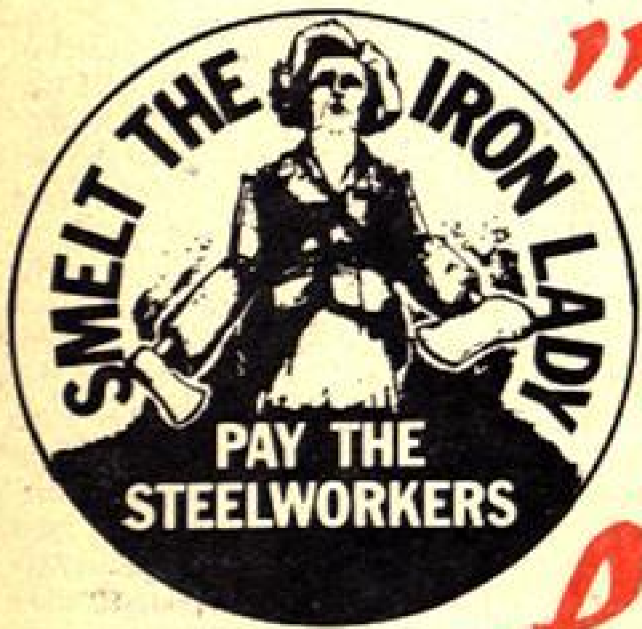
Polizisten beschlagnahmen das Hitler-„Denkmal"

Die Polizei jedoch beschlagnahmte nicht nur das „Denkmal", sie nahm auch gleich noch ein Transparent der VOLKSFRONT mit; sie stellte von mehreren Kollegen die Personalien fest, während einer der Zivilen alles fotografierte, was ihm vor die Linse kam. Die VOLKSFRONT-Kollegen ließen sich jedoch dadurch nicht einschüchtern. Sie diskutierten überall in den Menschentrauben über die Aktion. Viele Passanten wollten es gar nicht glauben, daß Hitler in ihrer Stadt noch immer Ehrenbürger ist. Bei allen stieß diese Tatsache auf große Empörung. Und die Forderung der VOLKSFRONT, daß Hitler sofort aus der Liste gestrichen werden müsse, fand breite Unterstützung.

Drüben in England — richtiger: in Britannien — stehen seit Jahresbeginn die Stahlarbeiter im Streik. Inzwischen gelang es den britischen Kollegen, die Streikfront entscheidend auszuweiten. Beispielsweise haben sich in Süd-Wales die Bergarbeiter in die Kampffront eingereiht. Die Lage spitzt sich Tag für Tag zu. Die reaktionäre Thatcher-Regierung versucht zunehmend, mit Polizeieinsätzen und Gerichtsurteilen die Front der Arbeiter zu zerschlagen. Unter den Streikposten ist bereits ein Toter zu beklagen. Viele Kollegen wurden verletzt, viele von der Polizei festgenommen. Um so mehr haben wir uns gefreut, als uns vor einigen Tagen ganz unverhofft ein „heißer" Bericht in die Redaktion geflattert kam. Er stammt von vier deutschen Kollegen, die sich kurzentschlossen Urlaub genommen und auf die Fahrt über den Kanal gemacht hatten. Den drei Stahlarbeitern aus Duisburg und dem Hafenarbeiter aus Bremen ging es darum, mit ihren britischen Klassenbrüdern tätige Solidarität zu üben. Andererseits aber hatten sie auch das Bedürfnis, von den kämpfenden „steelworkers" einiges zu lernen. Denn schließlich kann es nur eine Stärkung für unseren eigenen Kampf bedeuten, wenn wir sehen: So machen es die anderen! Im folgenden nun auszugsweise der Bericht. Leider hindert uns das leidige Platzproblem, den Bericht, den wir hochinteressant finden, vollständig abzudrucken.

Der Kampf der britischen Stahlarbeiter

„Schmelzt die Eiserne Lady ein!"



Stahlarbeiter von der Ruhr berichten von einem Besuch in England

In Dover angekommen begaben wir uns schnurstracks zu den Eastern-Docks, dem Güterhafen. Tatsächlich! Wir stießen dort auf streikende Stahlkocher, die eine picket-line, eine Streikpostenkette bildeten. Dabei gibt es doch in der ganzen Gegend keine Stahlindustrie! Wie erklärt sich das? Die Kumpels auf den Eastern-Docks waren sogenannte „flying-pickets", fliegende Streikposten.

Sie waren aus dem Zentrum der britischen Stahlindustrie nach Dover gekommen, aus Sheffield und Rotherham. In der Zeit, in der sie hier als „flying pickets" kämpfen, wohnen sie bei Bergarbeitern aus der Umgebung von Dover, wo sie kostenlos beherbergt und verköstigt werden.

Nun sind natürlich die Hafenarbeiter von Dover mit den streikenden Stahlkochern solidarisch. Durch die Hände der Docker wird nicht eine einzige Tonne Stahl entladen oder bewegt. Was aber, wenn von den ausländischen Schiffen (zum Beispiel aus Deutschland, Frankreich oder Holland) Lastwagen rollen, die mit Stahl beladen sind? Eben dazu sind die „flying pickets" aus Sheffield oder Rotherham nach Dover gekommen! Sie passen auf wie die Luchse.

Da war zum Beispiel — so berichteten sie uns — ein Lastzug, dessen Frachtpapiere als Ladung Elektrokabel angaben. Die Kollegen haben aber erst mal kontrolliert, ob das auch stimmt. Was stellt sich heraus? Der Kerl hatte nackten Stahl geladen! Er wurde natürlich nicht durchgelassen.

Die „flying pickets" am Dock gaben uns die Adresse von der Streikzentrale in Rotherham. Wie schon gesagt: Die Region von Sheffield und Rotherham ist in Britannien das Zentrum der Stahlindustrie. Da sind wir hingefahren.

In der Streikzentrale von Rotherham wurden wir sehr freundlich aufgenommen. Die Kollegen ließen es nicht zu, daß wir uns ein Hotel suchten. Wir wurden bei einem Stahlarbeiter untergebracht, der von den Bossen noch vor dem Streik wegen gewerkschaftlicher Aktivitäten gekündigt worden war. Er hatte sich bemüht, gemeinsame Versammlungen der verschiedenen in der Stahlindustrie bestehenden Gewerkschaften zu organisieren.

Der Divisions-Organisator Keith Jones

Die Kollegen vom örtlichen Streikkomitee von Rotherham machten uns mit Keith Jones bekannt, einem der wichtigsten Streikführer in diesem Kampf der britischen Stahlarbeiter. Keith Jones ist gewähltes Mitglied der Streikleitung für die Region South Yorkshire, der Region also, zu der vor allem die Stahlstädte Sheffield und Rotherham gehören.

Keith Jones ist außerdem hauptamtlicher Funktionär der größten Stahlarbeitergewerkschaft Britanniens, der „Iron & Steel Trades Confederation" (ISTC), die rund 100 000 Mitglieder hat. Insgesamt gibt es in der britischen Stahlindustrie 14 verschiedene Gewerkschaften. So zum Beispiel eine Gewerkschaft der Elektriker, eine der Handwerker, eine der Hochofenarbeiter usw.

In diesem Streik, dem ersten offiziellen Stahlarbeiterstreik in Britannien seit 54 Jahren, sind — ebenfalls zum ersten Mal — Einheitskomitees aller Stahlarbeitergewerkschaften gebildet worden, die den Streik leiten. Ein wichtiger Schritt zur Überwindung der Zersplitterung.

Die ISTC ist — vergleichbar mit der Organisationsstruktur unserer IG Metall — in Bezirken (dort werden sie Divisionen genannt) aufgeteilt. Die wichtigste Division ist die der Region South Yorkshire. Das ist die 3. Division der ISTC.

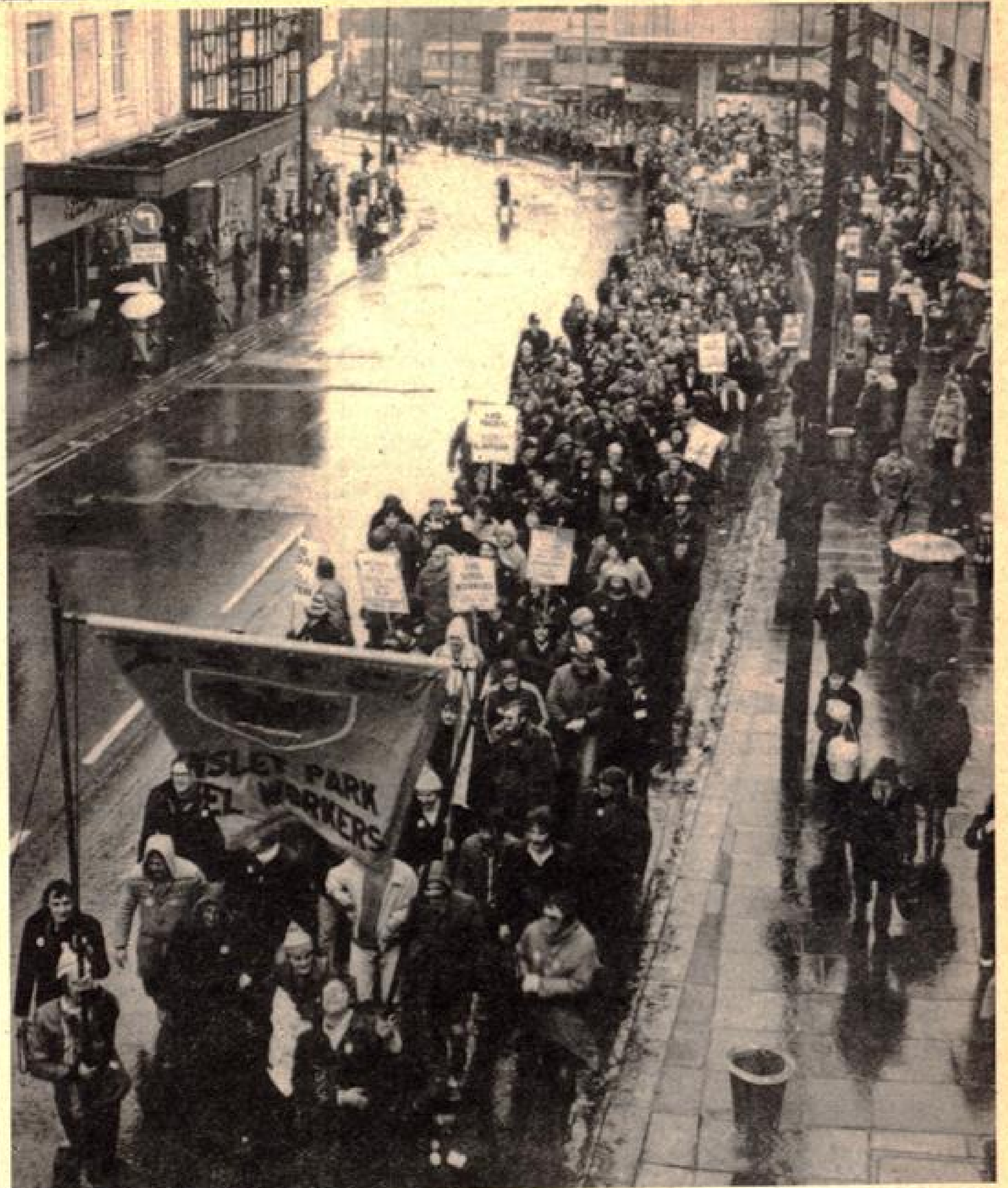
Keith Jones, ein sehr kämpferischer Kollege, ist der einzige von den fünf hauptamtlichen ISTC-Funktionären (sie werden Divisions-Organisatoren genannt) der 3. Division, der in das Streikkomitee der Region South Yorkshire gewählt worden ist.

Die Stahlarbeiter in South Yorkshire kann man als die vorantreibende Kraft in der gesamten Streikfront bezeichnen. Hier gibt es eine starke oppositionelle Bewegung gegen die abwieglerische Gewerkschaftsführung. So zum Beispiel gegen den Vorsitzenden der ISTC, gegen William (Bill) Sirs, der von sich selbst sagt, man nenne ihn den „moderat man", das heißt, den Gemäßigten oder Umgänglichen.

Keith Jones, der „divisonal organiser", hat uns die Möglichkeit verschafft, an Kampfaktionen der streikenden „steelworkers" teilzunehmen. Zum Beispiel an einem nächtlichen Großeinsatz fliegender Streikposten vor dem größten Stahllager Englands. An diesem Einsatz waren 300 Kollegen beteiligt. Keith hat uns auch viel über die Kampf- und Organisationsformen der britischen Gewerkschaftsbewegung erzählt. Vieles haben wir jedoch direkt von den Streikposten selbst gelernt und erfahren. Wir besuchten sie an verschiedenen Orten vor den Fabriktoren, wobei wir stets sehr herzlich empfangen wurden.

Keith Jones genießt — das merkten wir — unter den Streikposten ein echtes Ansehen. Sicher gerade deshalb, weil er einer der wenigen „Hauptamtlichen" ist, die sich konsequent für den Streik einsetzen. Die Kumpels wissen, daß er Tag und Nacht auf Achse ist.

Fortsetzung auf Seite 10



Demonstration der streikenden Stahlarbeiter in Sheffield. 3 000 Kollegen beteiligen sich an dem Protestmarsch. Mit Sprechchören wie „Was wollen wir? 20 Prozent!" brachten sie ihre Kampfentschlossenheit zum Ausdruck. Im Anschluß an die Demonstration fand eine Streikversammlung statt. An der Demonstration und der Streikversammlung nahmen auch die deutschen Kollegen teil, die uns den hier veröffentlichten Bericht geschickt haben.



Zu Besuch bei Streikposten. Rechts im Bild: zwei der vier deutschen Kollegen (drei Stahlarbeiter aus Duisburg und ein Hafenarbeiter aus Bremen), die diesen Bericht verfaßt haben.



Streikversammlung in Sheffield. Die Stimmung ist sehr kämpferisch. Auch die vier deutschen Arbeiter sind anwesend. Sie tragen eine Grußadresse vor und überreichen eine Solidaritätsspende von 500 Mark. Begeistert springen die Stahlarbeiter von ihren Stühlen auf.

Das Interview

Interview mit dem Streikführer Keith Jones



Der „divisional organiser" Keith Jones

Im folgenden bringen wir Auszüge aus einem Interview, das der „divisonal organiser" Keith Jones den vier deutschen Kollegen bei ihrem Solidaritätsbesuch in England gegeben hat. Wir haben das Interview der soeben erschienen Februarausgabe der Monatszeitung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition „RGO-Nachrichten" entnommen.

Kannst du uns etwas über die Ziele eures Streiks sagen?

Keith Jones: Nun, vor allem haben wir höhere Löhne verlangt, wegen den enorm gestiegenen Lebenshaltungskosten. Diese steigen jetzt in unserem Land um 19 Prozent. Deshalb haben wir Lohnerhöhungen um 20 Prozent gefordert. Das wäre uns — das muß gesagt werden — keine Verbesserung, sondern lediglich die Verteidigung dessen, was wir haben. Aber weil die britische Stahlindustrie zum größten Teil verstaatlicht ist, und der Staat, die Regierung, einen gewissen Einfluß auf die Finanzen hat, wurde die Entwicklung sehr schnell zu einer politischen.

Was sind die Hauptprobleme eures Streiks?

Keith Jones: Das kann ich mit einem Wort sagen: Finanzierung! Denn einen Streik dieses Ausmaßes zu finanzieren, ist sehr schwierig. Man hat uns gefragt, warum wir das machen. Ich sage, weil unsere Mitglieder, der allergrößte Teil unserer Mitglieder, diesen Streik aus vollem Herzen unterstützen. Wir haben hier in Yorkshire zahlreiche, nein zahllose Mitglieder, die jeden Tag auf Achse sind, Streikposten stehen, Picketing machen usw. Sie tragen diesen Streik!

Wie wird es weitergehen? Werden die Bergarbeiter auch streiken? Und was würde das bedeuten?

Keith Jones: Die Bergarbeiter werden eine angedrohte Schließung der Minen benutzen, um ihre Solidarität mit uns zu zeigen*. Wir haben auch zahlreiche Kontakte in andere Branchen geknüpft — zur Automobilindustrie vor allem — und der Streik wird im Laufe der Zeit ein allgemeiner Streik werden, viel eher ein Generalstreik als ein Stahlarbeiterstreik. Nicht weil wir es so wollen, sondern weil es ab diesem Wochenende so sein wird*. Ihr werdet sehen, daß diese Regierung und ihre Hintermänner eine Reihe juristischer Schritte gegen uns unternehmen und so den Kampf verschärfen werden***.

Welche Unterstützung könnt ihr brauchen?

Keith Jones: Vor allem brauchen wir Geld. Ihr könntet für uns sammeln, nicht nur einmal, sondern immer wieder. Wir werden euer Geld gut nutzen. Ebenso wäre es wichtig, uns Solidaritätsadressen an das Streikbüro zu senden. So können wir sehen, daß Kollegen in anderen Ländern unsere Sache unterstützen. Wir leben von der Hand in den Mund. Wir würden es auch begrüßen, wenn jemand herkommen will, um uns, wie auch immer, zu helfen. Wir könnten ihn für kürzere Zeit unterbringen. Es wäre gut, so eine Hilfe zu haben. Zum Schluß möchte ich euch allen unsere besten Grüße senden und euch bitten, unsere gerechte Sache bekanntzumachen.

„Schmelzt die Eiserne Lady ein!"

Fortsetzung von Seite 9

Streikversammlung in Sheffield

In Sheffield nahmen wir an einer Demonstration der Stahlarbeiter mit anschließender Streikversammlung teil. Das war eine wirklich ausgezeichnete Demonstration. Rund 3000 Kollegen marschierten durch die Stadt. Vorneweg eine kämpferische Kapelle. Im Gegensatz zu den Trauermarschkapellen, die uns häufig bei unseren DGB-Demonstrationen nerven, spielte diese Kapelle schmissige Arbeitermusik. Das ging richtig in die Beine! Da marschierten die Jungs dann auch entsprechend!

Dann waren da so kernige ältere Gewerkschafter mit Megaphonen. Das waren echte Aufreißer mit ihren Parolen! Und immer wieder fing einer an: „What do we want?" (Was wollen wir?) — „Twenty percent!" (Zwanzig Prozent!) antworteten die Kollegen dann im Chor.

Besonders in den Arbeitervierteln waren die Reaktionen auf unsere Demonstration stark. Überall gingen die Fenster auf. Viele reihten sich ein. Übrigens waren alle Banken, an denen wir vorbeizogen, von Bobbys bewacht.

Auf der anschließenden Streikversammlung ging es weit demokratischer zu, als wir es gewöhnlich von zentralen Streikversammlungen des DGB kennen. Zwar redeten zunächst auch Typen wie der „moderat man" William Sirs und verschiedene Labour-Abgeordnete. Aber im Prinzip hatte auch jeder einfache Arbeiter die Möglichkeit, ans Mikrophon zu kommen. Auf der Versammlung war echt Stimmung.

Keith Jones sprach auch und bekam mit am meisten Beifall. Ein Höhepunkt war es, als der berühmte Bergarbeiterführer, Arthur Scargill, genannt „King Arthur", sprach. Seit dem Bergarbeiterstreik von 1973, durch den damals die Regierung Edward Heath gestürzt wurde, ist „King Arthur" in South Yorkshire so eine Art Volksheld. Schon als er vom Versammlungsleiter angekündigt wurde, sprang der ganze Saal von den Stühlen auf vor Begeisterung.

Auch unsere Anwesenheit wurde dann — ebenfalls unter großem Beifall — bekanntgegeben. Wir trugen eine Grußadresse vor und überreichten eine Spende von 500 Mark. Unser Auftritt löste einen Begeisterungssturm aus. Die britischen Kollegen wissen offensichtlich genau, wie wichtig die internationale Solidarität der Arbeiterklasse ist.

Später erfuhren wir, daß im Rahmen der Berichterstattung über die Demonstration und Streikversammlung auch unser Auftritt in Presse, Funk und Fernsehen gemeldet wurde.

„Diese Träumer"

Die britischen Kollegen kämpfen wirklich vorbildlich. Ein beträchtlicher Teil von ihnen setzt sich als fliegende Streikposten ein. Ihre Maxime: **Keine Tonne Stahl darf sich mehr auf Britanniens Boden bewegen.** Dazu müssen alle Häfen dichtgemacht, muß auch der private Bereich der Stahlindustrie voll in den Streik einbezogen und es muß der Stahlhandel lahmgelegt werden.

Ein Streikposten bezahlte für seinen mutigen Einsatz mit dem Leben. Er wurde bei einem Zusammenstoß mit Polizei und Streikbrechern schwer verletzt und starb dann im Krankenhaus. Viele wurden schon verletzt. Dutzende sind bereits von der Polizei festgenommen worden.

Aber die Kollegen haben bisher die gesteckten Ziele erfolgreich erreicht. Inzwischen ist auch die private Stahlindustrie, entgegen der Absicht der Gewerkschaftsführung, in den Streik einbezogen.

Die Solidarität hat in der britischen Arbeiterklasse tiefe Wurzeln. Kein gewerkschaftlich organisierter Lastwagenfahrer wird versuchen, eine Streikpostenkette zu durchbrechen. Ein Speditionsunternehmer, der eine solche „line" zu durchbrechen versucht, hat kaum eine Chance, später je wieder in einem Stahlwerk auch nur eine Tonne Stahl ab- oder aufzuladen. Er stößt überall auf die eiserne Front der Arbeitersolidarität.

Die „steelworkers" wissen: Ihr Kampf geht nicht allein um den Lohn. Er geht auch gegen die geplante Vernichtung eines Drittels der Arbeitsplätze in der Stahlindustrie. Und darüber hinaus geht er auch gegen die äußerst arbeiterfeindliche und reaktionäre Regierung von Margret Thatcher, der sogenannten „eisernen Lady".



Der Höhepunkt der Stimmung auf der Streikversammlung wird erreicht, als Arthur Scargill, genannt „King Arthur", das Wort ergreift (Bild). Arthur Scargill ist der legendäre Führer des Bergarbeiterstreiks von 1973/74. Dieser Streik führte zum Sturz der reaktionären Regierung Edward Heath. Scargill ist der Führer der Gewerkschaft der Kohlenbergarbeiter vom Bezirk Yorkshire. Ein Ausspruch von „King Arthur": „Es herrscht noch immer Klassenkrieg zwischen denen und uns".

Nicht umsonst trugen Kollegen auf der Demonstration in Sheffield ein Schild mit der Aufschrift: **„Smelt the iron lady" — Schmelzt die eiserne Lady ein!**

Die Thatcher-Regierung und die hinter ihr stehenden Monopolherren haben die Stahlarbeiter bewußt provoziert. Rücksichtslos wollen sie ihnen den Reallohn kürzen. Die Stahlarbeitergewerkschaft galt bisher als die schlechteste der britischen Gewerkschaften. Mit dem Angriff auf dieses vermeintlich schwächste Kettenglied sollte der gesamten Arbeiterklasse ein Schlag versetzt werden.

Die Regierung liegt mit dem Entwurf für ein reaktionäres Arbeitsgesetz auf der Lauer. Mit diesem Gesetz — „Employement Acts" genannt — sollen die Rechte und Freiheiten der Gewerkschaften massiv eingeschränkt werden. Beispielsweise sollen die fliegenden Streikposten verboten werden. Streiks sollen nur noch durch Urabstimmung beschlossen werden können. Die Möglichkeiten der „shop stewarts", der wichtigsten betrieblichen Funktionäre und Kämpfer der Gewerkschaften, sollen einschneidend abgebaut werden usw.

Die Konzernherren und die Regierung glaubten, mit den Stahlarbeitern Schlitten fahren und damit eine Bresche für die Verwirklichung dieses Antistreikgesetzes in die Arbeiterfront schlagen zu können. Aber es kam anders. Keith Jones drückte das so aus: **„Die Schwachen haben sich als Starke entpuppt".** Auf einem Streikschild höhnten die Streikposten über den Plan der „eisernen Lady" und ihrer Komplizen: **„Diese Träumer!"**

Ein sehr wichtiger Aspekt im Kampf unserer britischen Kollegen ist die Frage der Gewerkschaftseinheit. Der Kampf um eine einheitliche Organisierung, gegen die Zersplitterung in -zig Gewerkschaften, erstarkt in diesem Streik. Noch nie ist der Wille zur Einheit so stark hervorgetreten, wie in diesem Kampf.

Wir sprachen darüber auch mit dem Streikführer Frank Beever, einem Mitglied des örtlichen Streikkomitees von Stocksbridge. Er sagte: **„Wir sind 14 Gewerkschaften, aber wir lernen aus diesem Streik. Hast du vor dem Streik einen von uns gefragt: ‚Was bist du?' Dann hieß es, Hochofenmann, oder Schlosser oder Elektriker oder weiß der Henker was. Wenn du nach dem Streik diese Fragen stellst, wirst du nur noch eine Antwort hören: Stahlarbeiter!"**

ANMERKUNGEN

„Eiserne Lady" wird die reaktionäre britische Regierungschefin Margaret Thatcher genannt. Dieser Aufkleber der streikenden Stahlarbeiter gibt dazu den passenden Kommentar: „Smelt the iron lady" — „Schmelzt die eiserne Lady ein!"

* Inzwischen sind tatsächlich Bergarbeiter in Südwales in den Streik getreten.

** Gleichzeitig mit den Bergarbeitern haben sich auch die Stahlarbeiter des privaten Sektors aus Solidarität dem Streik angeschlossen, obwohl sie bereits vor dem Beginn des Stahlarbeiterstreiks im staatlichen Bereich einen neuen Tarifvertrag erhalten hatten.

*** Der oberste Richter Britanniens hat den Streik im privaten Bereich der Stahlindustrie sofort verboten. Die Kollegen jedoch streiken trotzdem weiter.



Im Streiklokal in Stocksbridge. Mitte: der bärtige Streikführer Frank Beever.



„The Dreamers" — „Diese Träumer". Gemünzt ist dieser Spruch der Streikposten auf die Regierung Thatcher („Maggie") und die Kapitalisten und auf ihren Versuch, an dem vermeintlich „schwächsten Kettenglied" der britischen Arbeiterfront, den Stahlarbeitern, einen Schlag gegen die ganze Arbeiterklasse zu führen. Obwohl die britischen Stahlarbeiter seit über fünfzig Jahren nun ihren ersten gewerkschaftlich organisierten offiziellen Streik führen, kämpfen sie wirklich vorbildlich. Sie sind dabei, die reaktionäre Thatcher-Regierung in eine politische Krise zu stürzen.



„Us today! You tomorrow!" — „Heute wir! Morgen ihr!" Ein Aufkleber, mit dem die Stahlarbeitergewerkschaft ISTC die Arbeiter in anderen Industriezweigen zur Solidarität auffordert.

Solidarisiert euch mit den britischen Stahlarbeitern!

Spenden über:
Thomas Scheffer, 3582 Vellmar, Postscheckkonto: 267 380—601 Frankfurt, Stichwort: „England"

Besuche in England und Solidaritätserklärungen anmelden bzw. schicken über: Thomas Scheffer, Postfach 3142 in 3582 Velmar

Aufruhr in mittelamerikanischen Staaten

Die US-Imperialisten morden die Völker Salvadors und Guatemalas

Brutaler CIA-Terror soll Kampf um die Unabhängigkeit ersticken

SAN SALVADOR / GUATEMALA CITY. — In nahezu gänzlicher Stille sind die USA-Imperialisten dazu übergegangen, die erstarkenden Unabhängigkeitsbewegungen in den mittelamerikanischen Staaten im Blut zu ersticken. Getrieben von der immer wilderen Ausbeutung und angefeuert durch die siegreiche Revolution in Nicaragua waren sowohl in El Salvador als auch in Guatemala und — in geringerem Maße — in Honduras Millionenmassen aufgestanden, um ihrer Forderung nach Demokratie, Unabhängigkeit und besserem Leben Nachdruck zu verleihen. Allein im Januar mußten das rund 2000 von ihnen mit dem Leben bezahlen.

Der Versuch der USA-Imperialisten, in El Salvador mit dem Putsch gegen ihren eigenen langjährigen Lakaien, Oberst Romero, eine pseudodemokratische Militärjunta zu installieren, war schon nach wenigen Wochen gescheitert. Denn mit Ausnahme der revisionistischen KP Salvadors hatten sich alle Parteien der Volksbewegung gegen eine Zusammenarbeit mit der Junta ausgesprochen und diese — zu Recht — als Schöpfung Washingtons verurteilt. Im Dezember, nur drei Monate nach ihrer Regierungsübernahme, war diese Junta zerfallen, und es wurde eine neue geschaffen, die jetzt offen reaktionär zusammengesetzt war und auch die Unterstützung der revisionistischen Partei verlor.

Trotz aller dieser Winkelzüge haben sich seit August letzten Jahres die Kämpfe der Bauern um Land, der Arbeiter um Lohn und der städtischen Bevölkerung insgesamt um Demokratie ständig weiter verstärkt.

Neben der regulären Armee, die vom Pentagon ausgerüstet und ausgebildet wird, hat sich vor allem die faschistische Schöpfung der CIA, die Killertruppe ORDEN, im Massenmord hervorgetan. Mehr als 1000 Menschen starben unter den Feuerüberfällen dieser gekauften und vom CIA gedrillten Gorillas.

Trotzdem reißt die Kette der Landbesetzungen, Streiks und riesigen Massendemonstrationen nicht ab. Allein im ersten Monat dieses Jahres war fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung auf der Straße, um gegen das Regime zu protestieren.



Seit langem behaupten die USA-Imperialisten ihre Herrschaft in Guatemala mit blankem Terror. Vor rund anderthalb Jahren ermordeten Geheimdienstagenten den Gewerkschaftsführer Mario Mujia — bei seinem Begräbnis in der Stadt Huehuetenango folgten 15000 Menschen dem Sarg, fast die ganze Einwohnerzahl der Stadt.

Die USA-Diplomaten, Botschafter White und Sonderbotschafter Bowdler, haben im Dezember 13mal mit der sogenannten Regierung konferiert und im Januar diese Tätigkeit sogar noch intensiviert. Ohne Dementi konnte eine französische Zeitung schreiben, daß es keine Sitzung der Junta von Salvador gäbe, die nicht vom amerikanischen Außenministerium geleitet werde.

Der brutale Massenmord der Armee an allen Anwesenden der spanischen Botschaft in Guatemala hat sehr plötzlich nun auch die Ereignisse in diesem Nachbarland Salvadors und Nicaraguas in den Vordergrund des Interesses gerückt. Dort entwickelt sich seit dem vom CIA organisierten Putsch Anfang der fünfziger Jahre pausenlos ein bewaffneter Kampf, der in den letzten Jahren wieder erstarkte und in den letzten Monaten breiteste Ausmaße annahm. Auch die guatemaltekische Armee wird, wie die aller mittelamerikanischen Militärdiktaturen, vom Pentagon ausgerüstet und ausgebildet.

In Guatemala war 1979 das Jahr mit den meisten Streiks und meisten Landbesetzungen seit über 25 Jahren, und auch dort sind, trotz absolutem Verbot, Hunderttausende auf die Straße gegangen.

Jetzt soll auch dort die Volkserhebung, die wie in Salvador immer deutlicher revolutionäre Züge trägt, im Blut erstickt werden. Erst zu Beginn dieses Jahres bekam die guatemaltekische Armee eine große Lieferung sogenannter „Anti-riot-arms", Schnellfeuergewehre und leichte Maschinenwaffen für den Straßenkampf.

Hatten die USA-Imperialisten noch gegenüber den Sandinisten in Nicaragua und mit der Ersetzung von Romero durch die Junta versucht, mit ihrer neuen flexiblen Taktik die revolutionären Entwicklungen sozusagen abzufangen, so hat ihnen seitdem sowohl die Entwicklung der Bewegung in diesen Ländern selbst als auch die Entwicklung in Mittelost einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Jetzt regiert in den mittelamerikanischen Staaten wieder der offene blutige Terror des Pentagon und des CIA! Verschwunden sind auch die Repräsentanten jenes flexiblen Kurses der amerikanischen Diplomatie, die Viron Vacy oder Andrew Young — sie sind im Moment nicht zu gebrauchen. Jetzt handeln wieder die alten „Spezialisten" à la Bowdler, der wie White bekannt ist für seine Zusammenarbeit mit dem CIA.

Aber es spricht alles dafür, daß die USA-Imperialisten selbst mit einem riesigen Blutbad ihre neokoloniale Herrschaft in diesen Ländern, zumindest in dieser absoluten Form, nicht mehr lange werden aufrechterhalten können. Denn die Massenmorde haben bislang nur zu einer Beschleunigung, nicht aber zum Abwürgen der Bewegung geführt.

Heftige Kritik afrikanischer Staaten an Großbritannien

200 000 demonstrierten in Salisbury

Ian Smith wirbt für Nkomo

SALISBURY. — Die für Ende Februar angesetzte Wahl in Zimbabwe (Rhodesien) klärt die politischen Fronten im Lande immer nachdrücklicher. Bei der Ankunft des ZANU-Führers Robert Mugabe demonstrierten in Salisbury 200000 Menschen für eine wahre nationale Unabhängigkeit und gegen alle Marionetten des rassistischen Regimes. Die vorübergehende britische Verwaltung unternimmt gemeinsam mit den Rassisten inzwischen alle denkbaren Anstrengungen, die ZANU an einem Wahlsieg zu hindern.

Nachdem der letztjährige Regierungschef Bischof Muzorewa bei seiner gesamtnationalen Wahlkundgebung in der Hauptstadt lediglich 10000 Menschen mobilisieren konnte, lag es für die britischen Imperialisten und die rassistischen weißen Kapitalisten Zimbabwes auf der Hand, daß sie sich offensichtlich einen neuen — schwarzen — Mann suchen mußten, der ihre Interessen zumindest zum Teil unangetastet läßt.

Diese Kräftverhältnisse brachte jetzt der frühere Diktator Zimbabwes, Ian Smith, auf die einfache Formel, daß bei der Wahl nur Nkomo oder Mugabe gewinnen könnten, und da sei Nkomo die „bessere Lösung". Als die bessere Lösung empfahl sich Nkomo für die Reaktion durch sein Versprechen, einen prowestlichen Kurs zu steuern, und vor allem durch seine Bereitschaft, mit seiner eventuellen Regierungsübernahme eine gemeinsame Armee aller ehemaligen bewaffneten Kräfte also auch der Rassistentruppen und Muzorewas Privatgarde, zu bilden.

Eine solche bewaffnete Macht bzw. ihre Erhaltung ist das Ziel der ganzen Tätigkeit der verschiedenen reaktionären Kräfte. Dafür haben die britischen Beauftragten selbst die Bestimmungen des Londoner vertrags verletzt und 6000 südafrikanische sowie 2000 britische Söldner unter Waffen gehalten und zum Teil den Aufsichtstruppen angegliedert. Deswegen hatten verschiedene afrikanische Staaten auf eine Debatte im Sicherheitsrat der UNO gedrängt, bei der die britische Regierung des Vertragsbruchs angeklagt wurde, aber die Vertagung eines Beschlusses erzwingen konnte.

Die ZANU, das hat die Massenkundgebung anläßlich Mugabes Rückkehr deutlich gezeigt, ist heute die wohl stärkste und angesehenste politische Kraft unter der Bevölkerung.

Seit der Legalisierung der ZANU, eines der Zugeständnisse im Londoner Vertrag, hat die gesamte Organisation im Landesmaßstab eine breite politische Aufklärungsarbeit organisiert, die mit Mugabes Ankunft einen ersten Höhepunkt erreichte und dabei gezeigt, daß sie auch mehr Menschen auf ihrer Seite hat als Nkomo, während Muzorewa außerhalb aller Debatten steht. So bestätigt sich im Nachhinein überdeutlich, was Mugabe schon anläßlich des sogenannten Wahlsieges Muzorewas in letzten Jahr gesagt hatte: daß die damaligen Wahlen ein Betrug waren, der den schwarzen Lakai der weißen Rassisten, eben Muzorewa, an die Regierung bringen sollte — dieses Manöver ist nun endgültig zerschlagen.

Rasende Inflation

120 000 Arbeiter streiken in Isreal

Wachsende Militärausgaben, sinkende Sozialausgaben

TEL AVIV. — Einen eintägigen Streik gegen das Wirtschaftsprogramm der zionistischen Regierung führten 120000 Arbeiter in Israel durch. Sie wollten damit ihrer Forderung Nachdruck verleihen, die Regierung solle ihre Wirtschaftspolitik ändern. Offiziell werden für 1980 rund 32 Prozent der staatlichen Ausgaben für die Aufrüstung und den Terrorkrieg gegen die Palästinenser und die Nachbarstaaten ausgegeben.

405 Milliarden israelische Pfund umfaßt der zionistische Staatshaushalt für das Jahr 1980. Davon ist der Kriegsetat mit 131 Milliarden Pfund der absolut größte Einzelhaushalt. Die Kriegsrüstung ist auch der einzige Sektor, der nicht gekürzt, sondern sogar gesteigert wurde. 20 Milliarden Pfund wurden in anderen Bereichen gekürzt.

Insbesondere der Etat des Wohnungsbauministeriums, im Jahre 1977 als der Wahlschlager schlechthin des Likud-Blocks präsentiert, wurde zum dritten Mal hintereinander beschnitten und dadurch vollends als leere Versprechung enthüllt. Mehrere hundert Protestversammlungen mit weit über hunderttausend Teilnehmern fanden gegen diese Maßnahme statt.

Alle diese antisozialen Maßnahmen begründet die zionistische Regierung mit der Inflation, die sie durch ein wirtschaftliches Sparprogramm angeblich eindämmen will. **Von Januar 1979 bis Anfang Februar 1980 stiegen die Preise in Israel um sage und schreibe 125 Prozent!**

Den großen Warnstreik löste aber der Beschluß aus, bis April 1981 alle Tarifverhandlungen auszusetzen und lediglich einen Inflationsausgleich von ungefähr 28 Prozent zu bezahlen. Dies hätte die Auswirkung, daß die Löhne bis dahin, angesichts der weiter wachsenden Inflationsrate, nicht einmal mehr halb so hoch wären wie heute.

Von der rassistischen und imperialistischen Politik der Tel Aviver Zionisten profitieren nur die Reichen des Landes, die sich arabischen Grundbesitz beschaffen — die Arbeiter, die Werktätigen müssen diesen Kurs der Kriegstreiber bezahlen. Seit 1973 ist ihr Lebensstandard ständig gesunken, jetzt soll er radikal verschlechtert werden.

Die Tatsache, daß der 24-stündige Warnstreik, der im wesentlichen von Metallarbeitern getragen war, sowohl jüdische als auch arabische Werktätige in der Aktion vereinigte, zeigt, daß die Wirkung der rassistischen Propaganda allmählich nachzulassen beginnt, und die Werktätigen Israels beginnen, sich auf ihre wahren Interessen zu besinnen.

Dieser Warnstreik soll, so die — vom Gewerkschaftsverband Histadrut nicht autorisierten — Sprecher von 13 Betriebsräten, zu einem Generalstreik ausgebaut werden, wenn die Regierung ihre wirtschaftlichen Beschlüsse nicht noch ändert. Schon jetzt hatte das gesamte Leben in Israel stillgelegen, da sich auch weit über zehntausend Beschäftigte des öffentlichen Dienstes am Warnstreik beteiligten.

Chile: Streikbewegung geht weiter

SANTIAGO. — Nach wie vor im Streik befanden sich Ende Januar die Arbeiter der Kupfermine „El Teniente". In mehreren Metallbetrieben wurden Streiks für Lohnerhöhungen organisiert.

Die chilenischen Kapitalisten gehen brutal vor. In einem großen Metallbetrieb wurden bereits am ersten Tag zwölf Arbeiter gekündigt und 300 weiteren mit Kündigung gedroht.

Ägypten: Verbilligtes Öl für Israel

KAIRO. — Immer tiefer verstrickt der US-Lakai Sadat sein Land in die reaktionäre Allianz zwischen Washington und den Tel Aviver Zionisten.

In der letzten Woche meldete die palästinensische Nachrichtenagentur WAFA, daß ein Abkommen getroffen wurde, nach dem sowohl schweres als auch leichtes Öl von Ägypten an Israel für fünf US-Dollar je Barrel unter dem normalen ägyptischen Preis geliefert werden muß.

Wie in der Schweiz: Nummernkonten in Ungarn

BUDAPEST.— Ungarische Bankkreise gaben der westlichen Presse gegenüber bekannt, daß seit kurzem, nach Schweizer Muster, Nummernkonten an Ausländer vergeben werden.

Dies gehört zu den zahlreichen immer offeneren kapitalistischen Praktiken der ungarischen revisionistischen Machthaber, die sie entgegen aller Beteuerungen entlarven. Jeder weiß, welche Machenschaften alle möglichen Gauner, wie zum Beispiel der Schah von Iran, mit solchen Konten organisiert haben. Jetzt, wo es in der Schweiz allmählich zu auffällig wird, kommen die neuen ungarischen Kapitalisten und bieten sich der internationalen Reaktion an.

Panama: Generalstreik der Hafenarbeiter

PANAMA CITY. — Seit mehreren Tagen streiken die Hafenarbeiter aller großen Häfen des Landes gegen ein neues Gesetz der Regierung.

Mit diesem Gesetz soll eine der größten Errungenschaften des Kampfes der panamensischen Arbeiterklasse, die Unkündbarkeit, beseitigt werden. Für die Unkündbarkeit hatte, im Angesicht großer Arbeitslosigkeit, eine jahrelange Kampagne der Gewerkschaften stattgefunden.

UdSSR: Krisenerscheinungen

MOSKAU. — Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der sowjetischen Sozialimperialisten werden allmählich so groß, daß sie selbst von offizieller Seite nicht mehr geleugnet werden können.

So gab die Statistische Zentralverwaltung bekannt, daß im Jahre 1979 in der Landwirtschaft statt eines geplanten Produktionszuwachses von 5,8 Prozent, ein Rückgang von 4 Prozent hingenommen werden mußte. Bei der Industrie lag die Steigerung, trotz Teuerung, bei nur 3,4 Prozent, gegenüber geplanten 5,7 Prozent.

Die Sorgen des Herrn Stoltenberg

„Die Kritik an den Multis bekommt zunehmend antikapitalistische Züge"

Eine neue Propagandakampagne wird lanciert

BONN.— Gerhard Stoltenberg, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, und von der CDU wohl wegen seiner Brokdorfer Aktivitäten als Energieexperte benannt, machte sich in der letzten Woche arge Sorgen. Die zunehmende Kritik am Geschäftsgebaren der Ölmultis, so meinte er vor der Presse, stelle eine Gefahr dar. Sie leite Wasser auf die Mühlen aller antikapitalistischen Kräfte, gefährde die Grundordnung. Wie auf Bestellung erschienen in den Tagen danach gerade in solchen Tageszeitungen, die früher oft ein kritisches Wort für die Multis gehabt hatten wie die „Süddeutsche Zeitung" zum Beispiel spaltenlange Artikel mit „Verständnis" für die Multis.

Nun ist es wohl tatsächlich so, daß die Kritik an den Multis oder richtig gesagt der Haß der Werktätigen gegen diese schamlosen Preistreiber allerdings zunehmend antikapitalistische Züge bekommt. Dies hat seinen Grund nicht in irgendwelchen Kampagnen, sondern im schrankenlosen Raubzug der angloamerikanischen Ölmagnaten gegen die Werktätigen der westlichen Welt. Folgende unvollständige und nur mit offiziellen Zahlen erstellte Tabelle erweist die Explosion der Gewinne der Monopole, für die allein die Werktätigen bezahlen mußten.

Umsatz von 7,6 Milliarden Dollar im Jahre 1979 und einem gebuchten Gewinn von 0,57 Milliarden Dollar nur an 14. Stelle in der Rangliste der größten Ölmultis zu finden. Das Rockerfeller-Syndikat investiert über diesen Betrieb aber runde 2 Milliarden Dollar, etwa 1,2 davon aus Abschreibungen, was wiederum dem geschätzten Gesamtprofit von rund 2,2 Milliarden Dollar dann nahekommt.

Die Erhöhung der OPEC-Preise hat also vor allem zunächst einmal einen Gewinner, das sind die Ölmultis, die hinter ihnen stehenden Finanzgruppen.

Monopol	Umsatz 78/79 (Mrd. Dollar)	Gewinn 78/79 (Mrd. Dollar)	Gewinn aufs eingesetzte Kapital	Davon Übersee
Exxon	**64,4 / 84,5**	**2,76 / 4,31**	**16,3%**	**67%**
Mobil Oil	**35,2 / 48,1**	**1,05 / 2,01**	**20,8%**	**64%**
Texaco	**29,1 / 39,1**	**0,85 / 1,76**	**17,7%**	**63%**
Gulf Oil	**19,3 / 26,1**	**0,78 / 1,32**	**16,3%**	**68%**

Während also die Umsätze dieser „vier Schwestern" im Durchschnitt um ein Drittel stiegen, schnellten selbst die offiziell angegebenen Gewinne um drei Viertel bis auf das Doppelte empor. Weitere Monopole wie die Standard Oil of Indiana (1,5 Milliarden Dollar), Standard Oil of California-Chevron (2,6 Milliarden Dollar), Union Oil (0,57 Milliarden Dollar) und Marathon Oil (0,32 Milliarden Dollar), die alle zur Rockerfellergruppe gehören, erzielten ebenfalls Gewinnsteigerungen von bis zu hundert Prozent bei Umsatzsteigerungen von rund einem Drittel.

Das schmutzige Spiel, das hier gespielt wird, wird noch deutlicher, wenn man sich allein das letzte Vierteljahr 79 betrachtet, als die OPEC keinen einheitlichen Preis mehr hatte. Exxon machte in dieser Zeit rund 29 Prozent des Jahresumsatzes und ebenfalls des Gewinns, Mobil rund 27 Prozent und Texaco fast 31 Prozent des Jahresgewinns.

Aber auch die vorgenommenen Investitionen lassen Rückschlüsse auf die wahren Verhältnisse zu. So investierte Exxon im Jahre 1979 die beträchtliche Summe von 7,7 Milliarden Dollar, die Hälfte davon über Abschreibungen, was realistisch betrachtet purer Profit ist. Also kann man dem für das letzte Jahr angegebenen Gewinn von 2,7 Milliarden Dollar allein aus Abschreibungen nochmals 3,7 Milliarden hinzufügen, womit man schon wesentlich näher an die — von kritischen amerikanischen Wirtschaftsjournalisten geschätzte — Profitsumme für 1978 von rund 9 Milliarden Dollar bei Exxon kommt. Entsprechend dürfte die diesjährige Steigerung ausfallen.

Und auch wenn man kleine Ölkonzerne betrachtet, ergibt sich dasselbe Bild. Die Union Oil zum Beispiel ist mit einem

Auffallend ist, daß die Richtung des investierten Kapitals sich allmählich wieder ändert. War die Exploration im amerikanischen Raum in den letzten Jahrzehnten immer mehr zurückgegangen, so fließt das Kapital jetzt wieder vor allem in die USA selbst, wo es ja, laut offizieller Propaganda, gar keine unentdeckten Ölfelder mehr gäbe. Das wird widerlegt durch die Tatsache, daß Exxon 44 Prozent, Mobil 65 Prozent, Texaco 60 Prozent, Gulf 63 Prozent der für 1980 geplanten Investitionen in den USA selbst tätigen wollen und zwar ausschließlich zur Erforschung von Lagerstätten.

Das ist ohne Zweifel eine Reaktion nicht so sehr auf die OPEC-Preispolitik, sondern vor allem auf die politische Lage im Persischen Golf nach der iranischen Revolution und angesichts wachsender Unruhen in fast allen Golfstaaten.

Aber nicht nur wirtschaftlich auch politisch ziehen die Herren der Ölgiganten ihre Schlußfolgerungen aus dem wachsenden Widerstand, der ihnen in den letzten Jahren entgegenschlägt.

Die britischen Finanzkönige haben bei der Tory-Regierung, die nicht zuletzt durch die Kampagne der von ihnen kontrollierten Presse gewählt wurde, die Erhöhung der Preise für britisches Öl um fünf Dollar durchgesetzt, womit das britische Öl die größte Preissteigerung von allen Ölsorten erzielte: 107 Prozent in elf Monaten.

Jetzt wurde auch der Gaspreis für die privaten Kunden um 27 Prozent erhöht, ebenfalls ein Regierungsbeschluß.

Aber nicht nur in dieser Hinsicht drängen die Ölmagnaten ihre Politiker zu Entscheidungen. Das British Petroleum Institute veröffentlichte erst in den letzten Tagen eine Studie, die der Regierung übergeben wurde und in der betont wurde, daß der britische Rückzug aus dem Mittleren Osten zu weit gegangen sei und die Unterstützung der Regierung für Carters aggressive Pläne gegen den Iran und die Völker des Golfs zu gering sei — und das, obwohl die britische Regierung von allen NATO-Staaten diejenige war, die Carters Kampagne am nachdrücklichsten unterstützte, und selbst die Anwesenheit ihrer Armee im Golfbereich wieder verstärkte.

In den USA selbst ist es ein offenes Geheimnis, daß die Vertreter des Rockerfeller-Syndikats am entschiedensten auf Strafaktionen gegen den Iran drängen. Wortführer dabei ist der frühere Stipendiat der Rockefeller Foundation, Henry Kissinger. Im letzten halben Jahr legten die University of Chicago, Aktionär der Exxon, durch eine Rockefellerschenkung gegründet, die Rockefeller Elite University of New York und 21 weitere Universitäten, die von den Rockefellerstiftungen betrieben werden, mehr als dreißig sogenannte wissenschaftliche Werke vor, an deren Erarbeitung über 250 Professoren beteiligt waren, die allesamt zur Schlußfolgerung kommen, es sei nötig, gegen Iran aktiv zu werden.

Die hysterische Propaganda kampagne im amerikanischen Privatfernsehen, über das die Rockefellers zu über 70 Prozent verfügen, hat das Syndikat mehr als 250 Millionen Dollars gekostet — bezahlt nicht zuletzt aus Erdölprofiten.

Die Geschichte einer Erfindung

Welche Rolle spielt der Petrodollar?

Die Legende von der Weltherrschaft der Ölscheichs

WASHINGTON. — Am 23. Januar des Jahres 1973 wurde eine Legende geschaffen, eine Propagandalüge, die seitdem in der halben Welt zu finden ist. Hubert Horatio Humphrey, Exvizepräsident der USA und in jungen Jahren Anwalt der Rockefeller Foundation, sagte in Washington in einem Interview mit dem „Wall Street Journal": *„Wenn die Entwicklung der OPEC-Macht so weitergeht, werden die Ölscheichs in wenigen Jahren den Dollar kontrollieren!"* Seitdem wird dieses Argument immer vorgebracht, wenn in der prokapitalistischen Presse über Öl geschrieben wird.

Wahnsinnige Summen wurden da genannt. Der US-Professor für Nationalökonomie, A. Berle, berechnete wenige Tage nach Humphreys Rede, daß bis zum Jahre 1980 die Scheichs über die Summe von 400 Millionen Dollar verfügen würden, mit der sie die Weltwirtschaft kontrollieren könnten.

Der sogenannte Arabienexperte des Deutschen Fernsehens, G. Konzelmann, veröffentlichte kurz danach seinerseits ein Buch, in dem er diese Thesen der Rockefellerpropaganda voll übernahm.

Nun ist, spätestens seit dem gerichtlichen Beschlagnahmebeschluß gegen iranisches Kapital in USA und der Bundesrepublik, der auf Betreiben der Rockefeller/Morgan-Banken gefaßt wurde, zumindest klar, daß die Machtverhältnisse sich durch das höhere Einkommen der OPEC-Länder keinesfalls verändert haben. Das Kapital aus diesen Staaten wird von den westlichen, hauptsächlich den US-amerikanischen Banken genutzt, um Geschäfte damit zu machen.

Und die Summe dieser Vermögen beträgt nach Auskunft führender Banken Anfang 1980 nicht 400 Milliarden, sondern 160 Milliarden Dollar, die in den letzten 12 Jahren — seit 1968, als zum ersten Mal der Ölpreis erhöht wurde — angesammelt wurden. Ein Betrag, den in diesem Zeitraum allein das Ölimperium der Rockefellers leicht überbietet.

Dabei muß eingerechnet werden, daß in dieser Zeit der Dollar ständig gefallen ist. Der französische Wirtschaftsexperte Georges Corm berechnete zu Beginn dieses Jahres, daß der Ölpreis, den Frankreich zu bezahlen hatte, von Anfang 1974 bis Ende 1978 um 25 Prozent gestiegen sei, während die Preise für die französischen Exporte nach Arabien um 40,8 Prozent gestiegen seien. Dabei verwies er ausdrücklich darauf, daß dieses Verhältnis in der Bundesrepublik noch viel günstiger sei, da die D-Mark im Kurs zum Dollar wesentlich besser abschneide als der Franc.

So ist es auch nicht erstaunlich, wenn zum Beispiel bei den Goldreserven der Welt sämtliche OPEC-Staaten zusammen über 3 Prozent verfügen, während die westlichen kapitalistischen Staaten und die revisionistischen Länder Osteuropas zusammen über 91 Prozent dieser Reserven verfügen.

Ein Faß Rohöl (159 Liter) kostete am 1. Juni 1971 2,19 Dollar, stieg auf 5,09 Dollar zum 1.10.73 und wurde zum 1.1.74 auf 11,60 Dollar erhöht. Im Herbst 1979 lag der Preis um 25 Dollar, wie er auch heute noch von Saudi-Arabien, dem größten Lieferanten, gehalten wird. **Britisches, amerikanisches und kanadisches Öl sind wesentlich teurer.**

Die vielberufenen Petrodollars, das kann man so feststellen, sind erstens wesentlich weniger als von der Propaganda behauptet wird, sind zweitens im Verhältnis zu den Kapitalien der britischen und amerikanischen Finanzgruppen nach wie vor recht gering und haben es drittens — und das muß gegen die kapitalistische Propaganda hervorgehoben werden — den erdölexportierenden Ländern nicht ermöglicht, sich aus der Abhängigkeit des Imperialismus zu befreien. Die Tatsache zum Beispiel, daß Saudi-Arabien einen ständigen Sitz im Internationalen Währungsfonds zugesprochen bekam, hatte als Auswirkung vor allem, daß diese von den USA-Imperialisten geführte Institution mehr Geld als Kredite an Staaten mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten vergeben konnte, wobei die in aller Regel äußerst brutalen Bedingungen nach wie vor von den USA befohlen werden.

Schließlich muß noch erwähnt werden, daß, je nach Land unterschiedlich, die angloamerikanischen Ölmonopole auch noch direkt an den nationalen Ölförderungsgesellschaften beteiligt sind, und so, in den Vereinigten Arabischen Emiraten zum Beispiel, einen Teil des OPEC-Preises mitkassieren. In anderen Fällen gibt es zahlreiche konkrete Verträge, so daß in Saudi-Arabien zum Beispiel mehr als 3 000 Angestellte der Exxon ihre Löhne aus dem OPEC-Geld bekommen.

Die Fälscher



WIEVIEL IM ÖLGESCHÄFT VERDIENT wird, *dürfte in Zukunft um so mehr interessieren, je stärker die Preise für Heizöl und Benzin steigen. Hier hilft den Ölgesellschaften nun ein Offenlegen der Zahlen. Unsere Graphik bezieht sich auf die Kalkulation einer Tonne Rohöl, welche die Deutsche BP AG, Hamburg, für das vergangene Jahr aufgemacht hat. Es handelt sich also um Angaben der BP. Demnach verbleibt bei einem Aufwand von 604 DM je Tonne und einem Verkaufspreis von 611 DM ein Gewinn von 7 DM je Tonne, der nicht als unmäßig hoch bezeichnet werden kann.* (SZ)

Die nebenstehende Statistik ist einer der neuesten Versuche der Ölmultis, ihre Rekordprofite zu verleugnen. Im Interesse der BP wurde sie in der „Süddeutschen Zeitung" vor einigen Tagen veröffentlicht. Mit solchen Fälschungen soll der Eindruck erweckt werden, es sei alles gar nicht so schlimm wie allgemein angenommen. Interessant ist auch, daß selbst in diesem Machwerk der Preis pro Tonne Rohöl bis zur Raffinerie mit 308 Mark angegeben wird, während westdeutsche Publikationen verschiedentlich die schlicht erlogene Summe von 400 Mark nannten.

Trotzdem ist dieses statistische Schaubild eine pure Fälschung. Die Kosten, die hier berechnet werden, sind zu einem nicht geringen Teil fiktive Kosten, die nur in den Rechnungsbüchern der Ölmonopole auftauchen.

So bezahlt also die BP laut diesen Angaben 12 Mark pro Tonne an Seefracht. Das kann stimmen. Nur: Sie bezahlt sie an die BP Trading and Shipping Company, ihre eigene Tochterfirma.

Auch die 11 Mark Pipelinekosten können nicht darüber hinwegtäuschen, daß zum Beispiel, die Nord-West-Ölleitung, die Deutsche Transalpine Ölleitung, die Rhein-Main Rohrleitungstransportgesellschaft, die Norddeutsche Ölleitungsgesellschaft der BP zu je 25 bis 50 Prozent gehören, also auch hier Gelder, die von der einen Tasche in die andere desselben Monopols fließen. Daß die Ölmonopole über ihre eigenen Raffinerien verfügen, die durch Aufträge für die Chemieindustrie große Profite erzielen, also keineswegs nur ein Kostenfaktor sind, dürfte allgemein bekannt sein. Zieht man diese drei Beträge, rund 44 Mark zu zwei Dritteln ab, ergibt das dreißig Mark. Zusammen mit den 7 Mark eingestandenen Gewinns sind das etwa 37 Mark. Diese Zahl entspricht der langjährigen Umsatzrendite der Ölmonpole zwischen 6 und 7 Prozent.

Daß daran noch mehr gefälscht sein muß, ergibt sich aus der simplen Tatsache, daß die Monopole im letzten Jahr Rekordprofite erzielten.

Wieder sehr aktuell!



„Energieknappheit? — Die gemachte Krise", eine Broschüre aus dem Verlag Roter Morgen, wurde im August 1979 veröffentlicht. Vier Artikel des „Roten Morgen" wurden leicht überarbeitet und die Erklärung des Zentralkomitees unserer Partei zur Energiepolitik beigefügt.

In dieser Broschüre wird gezeigt, daß von einem wirklichen Mangel an Energierohstoffen nicht die Rede sein kann, daß vor allem die Kohle ein Opfer des kapitalistischen Profitstrebens wurde.

Die Hintermänner der Ölmonopole und deren Macht werden dabei ebenso aufgedeckt wie die Gründe für das Fehlen einer eigenen westdeutschen Erdölindustrie.

Die Interessen der Monopole Westdeutschlands, die die staatliche Energiepolitik diktieren, die die Kampagne für AKWs lenken werden enthüllt.

So enthält diese kleine Broschüre in kurzer Form wesentliche Erläuterungen für jeden, der sich mit der Ölpreistreiberei beschäftigen muß.

Erschienen im Verlag Roter Morgen, 32 Seiten
Preis DM 1,80

Über die neue Parteischule der KPD/ML

Wissen ist Macht!

Insbesondere seit dem IV. Parteitag schenkt die KPD/ML der Schulung ihrer einfachen Mitglieder und Kandidaten sowie ihrer Kader erhöhte Aufmerksamkeit, denn der IV. Parteitag hatte klipp und klar festgestellt: „Damit die Partei in der Lage ist, die ihr vom Klassenkampf gestellten Aufgaben zu erfüllen, muß sie ständig bemüht sein, ihr ideologisches Niveau zu heben. Das erfordert vor allem, die Schulungsarbeit zu verbessern und zu verstärken. In dieser Frage hat die Partei in der Vergangenheit große und schwerwiegende Versäumnisse gehabt."

Schon vor einiger Zeit ist den Grundeinheiten der Partei eine spezielle Kandidatenschulung zugegangen, mit der die angehenden Parteimitglieder gut auf ihre Mitgliedschaft vorbereitet werden können.

Regelmäßig werden auf zentraler oder Bezirksebene Konferenzen zu speziellen Problemen abgehalten, vor allem was die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit betrifft.

Das Rückgrat der verstärkten und verbesserten Schulungsarbeit der Partei bilden zweifellos die öffentliche Grundschulung, das parteiinterne Parteilehrjahr und die Kaderschulung, mit der vor allem proletarische Parteimitglieder und Funktionäre gefördert werden sollen.

Gerade darauf hatte auch der IV. Parteitag größten Wert gelegt. „Gerade die Förderung proletarischer Kader (ist) eines der wichtigsten Probleme der Partei. Das neue Zentralkomitee muß dieser Frage größere Beachtung schenken. Es muß eine besondere Schulung vor allem zur Entwicklung der proletarischen Kader geschaffen werden", heißt es in der Resolution „Über die nächsten Aufgaben der Partei", und weiter: „Es muß untersucht werden, inwieweit wir nicht auch unter den Bedingungen der Halblegalität in Westdeutschland eine Parteischule zur Ausbildung der Parteikader organisieren können."

Das vom IV. Parteitag neugewählte Zentralkomitee hat diese Frage untersucht. Ergebnis dieser Untersuchung: Seit dem Herbst letzten Jahres verfügt unsere Partei über eine solche Parteischule, die ersten Teilnehmer haben bereits im letzten Jahr den ersten Kurs erfolgreich absolviert.

Wie sehen solche Kurse aus, wie lang sind sie, wie läuft der Unterricht ab, wer kann teilnehmen, lauter Fragen, denen ich auf den Grund gehen wollte. Aus diesem Grunde traf ich mich mit einem Genossen der Abteilung für Agitation und Propaganda beim Zentralkomitee der Partei, der für die Schulung verantwortlich ist.



Ich fragte den Genossen, ob jedes Parteimitglied, das Interesse an einem Kurs an der Parteischule hat, auch teilnehmen kann.

„Ganz so ist es nicht!" erhielt ich zur Antwort. „Die Teilnehmerzahl ist natürlich beschränkt, einmal aus Platzgründen, aber auch aus pädagogischen Gründen, denn mit einer kleinen Anzahl von Genossen kann man besser und intensiver arbeiten als mit einer Riesengruppe."

„Es wird also eine Auswahl getroffen! Kannst du erklären, wie das abläuft?"

„Jede Genossin und jeder Genosse können sich zu einem Kurs anmelden. Die Termine für den nächsten Kurs liegen übrigens den Zellenleitern vor. Stellt sich heraus, daß die Zahl der Anmeldungen die Kapazität der Parteischule übersteigt, treffen die jeweiligen Parteileitungen eine Auswahl, wobei die letzte Entscheidung naturgemäß beim Zentralkomitee liegt.

Die Auswahlkriterien sind klar. **Herangezogen werden vor allem proletarische Genossen, insbesondere solche, die Leitungsfunktionen in der Partei ausüben.**"

Welche Themen im nächsten Kurs behandelt werden, wollte ich als nächstes wissen.

Ich erfuhr, daß dem nächsten Schulungskurs sechs Themenbereiche zugrundeliegen.

- **Die leninistische Theorie des Imperialismus unter besonderer Berücksichtigung des westdeutschen Imperialismus** (welche Strategie verfolgt er; welches sind die vorherrschenden Monopole etc.); weiter geht es dabei um neue Erscheinungen, zum Beispiel mulinationale Gesellschaften, staatsmonopolistischer Kapitalismus etc.
- **Der moderne Revisionismus unter besonderer Berücksichtigung der Strategie und Taktik der DKP**, wobei insbesondere auf die Verfälschung der Einheitsfronttaktik durch die DKP eingegangen wird.
- **Die leninistische Partei unter besonderer Berücksichtigung der bolschewistischen Regeln und Normen**, die das innerparteiliche Leben bestimmen; weiter geht es um Fragen des demokratischen Zentralismus, über richtige Aufnahmepolitik etc.
- **Die Strategie und Taktik der kommunistischen Partei**, wobei vor allem taktische Probleme, die für die Partei von aktueller Bedeutung sind (Volksfronttaktik, Gewerkschaftsarbeit etc.) erörtert werden.

Bis hierhin handelt es sich um Themenbereiche, wie sie schon auf dem Kurs im letzten Herbst behandelt wurden. Bei den restlichen zwei Themen wurden nicht zuletzt auf Wunsch der Schulungsteilnehmer Änderungen vorgenommen. Dazu sagte mir der Genosse:

„Einmal haben wir **die politische Ökonomie** neu hineingenommen. Das Thema Klassen und Klassenkampf haben wir dafür fallenlassen; es kommt ohnehin in dem ebenfalls neu geschaffenen Themenbereich **‚Über den Staat'** vor, denn bei der Erörterung von Fragen um den bürgerlichen und den proletarischen Staat wird man notwendigerweise auch auf das Problem der Klassen, des Klassenkampfes und des Klassencharakters des Staates zu sprechen kommen.

Weggefallen in der Parteischule ist das Thema ‚Mao-Tsetung-Ideen', weil darüber bereits in der Partei hinreichend große Klarheit herrscht, so daß diese Geschichte auf der Parteischule nicht mehr vertieft zu werden braucht."

Das sind natürlich eine ganze Menge Themen, deren Behandlung und Vertiefung großen Einsatz und Engagement voraussetzt, sowohl bei den Referenten als auch bei den Kursusteilnehmern.

„Kannst du unseren Lesern kurz schildern, wie solch ein Kursus abläuft? Wird der Kursus im Vorlesungsstil bestritten? Welche Bedeutung hat die gemeinsame Diskussion?"

„Ein Kursus dauert jeweils 14 Tage. Für jedes Thema stehen zwei Tage zur Verfügung, und ein bis zwei Tage sind als Ruhetage vorgesehen.

Zu Anfang wird über das gerade anstehende Thema ein Referat von etwa zweistündiger Dauer gehalten. Anschließend haben die Genossen die Aufgabe, sich mit Texten der marxistisch-leninistischen Klassiker zu den entsprechenden Themen intensiv zu befassen. Zum Abschluß findet dann ein Seminar statt. Dort werden zunächst Fragen, die unklar geblieben sind, geklärt. Vor allem werden dann Probleme unserer politischen Praxis diskutiert, die mit dem anstehenden Thema in Zusammenhang stehen.

Insbesondere das konzentrierte Selbststudium empfanden die Genossen als sehr fruchtbar, denn wer kommt schon im Rahmen der betrieblichen oder örtlichen Arbeit dazu, wirklich konzentriert und systematisch die Klassiker zu bestimmten Problemen des Klassenkampfes zu studieren?

Und allen, die jetzt bereits das Gefühl bekommen haben, die Parteischule sei nur was für Leute, die gewohnheitsmäßig viel lesen oder gar ihren Marx vorwärts und rückwärts können, sei gesagt, daß zwei Drittel der letzten Schulungsteilnehmer Genossen aus den Betrieben waren!"



„Die Theorie wird zur Gewalt, wenn sie die Massen ergreift!" sagt Karl Marx. Es kommt nicht darauf an, Wissen anzuhäufen, sondern zu begreifen, welche Rolle das, was man lernt, im gesellschaftlichen Leben spielt. Das Bild — es stammt aus der Arbeiter-Illustrierten-Zeitung Nr. 27 von 1932 — zeigt Arbeiter und Angestellte auf einem Kursus der Marxistischen Arbeiterschule, kurz MASCH genannt.

Brief von Parteischulabsolventen an das Zentralkomitee

Die Teilnehmer der ersten Parteischule der KPD/ML übersenden euch zum Abschluß des vierzehntägigen Kurses herzliche und kämpferische Grüße. Einheit in Wort und Tat zeichnen die bolschewistische Partei aus. Entsprechend dem Auftrag des IV. Parteitages wurde die Aufgabe, das ideologische und politische Niveau der Partei ständig zu erhöhen, mit der Errichtung der Parteischule entschieden vorangetrieben.

Wir sind stolz darauf, Teilnehmer der ersten Parteischule gewesen zu sein. Unser Dank gilt dem Zentralkomitee und allen Genossen, die an der Vorbereitung und Durchführung beteiligt waren, besonders den Referenten.

Alle Teilnehmer sind einhellig der Meinung, daß diese 14 Tage ein voller Erfolg waren. Gewappnet mit dem, was wir hier gelernt haben, versprechen wir der Partei, unsere Anstrengungen im Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland an unseren Arbeitsplätzen zu verstärken.

Mängel bei der öffentlichen Grundschulung der KPD/ML

Nachdem wir die wichtigsten Fragen, die im Zusammenhang mit der Parteischule der KPD/ML stehen, geklärt hatten, wollte ich noch wissen, wie es um die anderen wichtigen Schulungen der KPD/ML bestellt sei, dem Parteilehrjahr und vor allem der öffentlichen Grundschulung:

„Nach dem IV. Parteitag sind das Grundschuljahr und das Parteilehrjahr als regelmäßige Veranstaltung durchgeführt worden. Das ist zweifellos eine gute Sache, ein echter Fortschritt in der Schulungsarbeit der Partei, die von den Genossen einhellig begrüßt wird.

Natürlich gibt es — wie bei allem, was man neu anfängt und bei dem man sich nicht auf allzuviele Erfahrungen stützen kann — Probleme bei der Durchführung. Es gibt Mängel und Fehler. Hier drei Beispiele:

1. Bei der Durchführung der Grundschulung hat sich herausgestellt, daß die Vorträge und Referate noch zu kompliziert sind, daß es deshalb immer noch schwierig ist, Kolleginnen und Kollegen, die noch nicht der Partei angehören, zur regelmäßigen Teilnahme zu bewegen. Wir werden uns deshalb bemühen, die Referate entsprechend zu überarbeiten.

2. Ein anderes Problem, das ich hier auch erwähnen will, ist, daß die von uns ausgearbeiteten Referate nicht immer pünktlich in den Ortsgruppen waren, so daß bereits angesetzte Termine verschoben werden mußten.

3. Es gibt aber auch das Problem, daß manche Genossen noch nicht das notwendige Bewußtsein über die Notwendigkeit der öffentlichen Grundschulung verfügen, was sich dann in unzureichender Werbung ausdrückt. Manchmal wird die Schulung über der praktischen Arbeit auch einfach vergessen.

Ich würde mir wünschen, daß das Grundschuljahr in Zukunft besser besucht wird, daß unter den Kollegen mehr Werbung betrieben wird, vor allem dann, wenn die Mängel, die ich eben erwähnt habe, behoben sind. Dann wird es bestimmt auch leichter sein, mehr Kollegen aus Betrieb und Gewerkschaft oder aus dem Wohngebiet für solche Schulungen, Kurse, Bildungsabende oder wie immer man das nennen will, zu gewinnen."

Strategie und Taktik der Revolution

Zum ersten Thema des nächsten Parteilehrjahres

Das Parteilehrjahr der KPD/ML dient dazu, das Verständnis der Parteimitglieder für die Politik der Partei zu vertiefen. Die Themen des Parteilehrjahres werden vom Politbüro der Partei ausgewählt. In diesem Jahr beginnt das Parteilehrjahr mit dem Thema „Strategie und Taktik der proletarischen Revolution". Unter anderem werden dabei folgende Fragen behandelt:

- **Womit beschäftigt sich die marxistisch-leninistische Lehre von der Strategie und Taktik des Proletariats überhaupt?**
- **Was gehört zum Bereich der Strategie und was zum Bereich der Taktik?**
- **In welchem Verhältnis steht die Taktik zur Strategie?**
- **Was sind die wesentlichen Elemente der taktischen Kampfführung?**
- **Über die richtige Wahl der Losungen, der Kampf- und Organisationsformen.**
- **Worin unterscheiden sich die revolutionäre und die reformistische Strategie und Taktik?**

Alle diese Fragen sollen im engen Zusammenhang mit den strategischen und taktischen Auffassungen unserer Partei diskutiert werden.

Generell sind die Schulungen im Rahmen des Parteischullehrjahres so angelegt, daß alle Genossen ohne besondere Vorbereitung daran teilnehmen können. Den Genossen, die sich speziell auf dieses Schulungsthema vorbereiten wollen, empfehlen wir zum Studium folgende Texte von J.W. Stalin:

- Zur Strategie und Taktik der russischen Kommunisten
- Über die Grundlagen des Leninismus, Kapitel VII, Strategie und Taktik.

Beide Texte sind im Band I der im Verlag Roter Morgen erschienenen zweibändigen Ausgabe der ausgewählten Werke von J.W. Stalin enthalten. In der Gesamtausgabe der Stalin-Werke kann man die genannten Texte im 5. und 6. Band finden.

„Die Absicht, Fernsehen als Beherrschungsinstrument zu benutzen, muß sich zum Alptraum steigern, wenn man nur beginnt, die unendlichen Möglichkeiten des Fernsehens in dieser Richtung konsequent zu Ende zu denken." — Der diese Worte sagte, kann sie nicht anders als zynisch oder heuchlerisch gemeint haben: Sie stammen von Christian Schwarz-Schilling, dem Medienexperten der CDU; jener Partei, die zusammen mit der CSU daran arbeitet, die elektronischen Medien Rundfunk und Fernsehen den großen Kapitalisten, diesen alten Verderbern Deutschlands, vollständig auszuliefern.

Aufgrund der erstrangigen Bedeutung, die Rundfunk und Fernsehen für die politische Meinungsmache und Manipulation besitzen, haben die Herrschenden seit dem Bestehen der Bundesrepublik alles unternommen, um die Medien so fest wie möglich in ihre Hand zu bekommen.

Der Kampf um die Medien hat nun eine neue Stufe erreicht. Mit der Zerschlagung des Norddeutschen Rundfunks (NDR) droht privater Rundfunk und privates Fernsehen in die Medienlandschaft der Bundesrepublik eingeführt zu werden. „Das ist eine Sache", erklärte der NDR-Zertrümmerer Albrecht, „die fast so groß ist wie Gorleben. Wir werden über den NDR das ganze Rundfunkwesen neu gestalten".

Profitfunk — nein!

Was steckt hinter den Vorgängen um den NDR? (1. Teil)

Der neue Zweiländervertrag über den NDR zwischen den CDU-regierten Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein soll bis zum 11. Februar unterschrieben und den Landtagen zugeleitet werden. Dann wird die Zerschlagung des NDR als Dreiländeranstalt, in seiner ursprünglichen Konzeption, endgültig besiegelt und der Einführung privaten Rundfunks und Fernsehens Tür und Tor geöffnet sein.

Schon bei den — gescheiterten — NDR-Verhandlungen hatte der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht die Zulassung privater Sender zur Bedingung des Fortbestehens des NDR als Dreiländeranstalt gemacht. Am 23. Januar — bei der Vorstellung des Zweiländervertrags — kündigte er an, daß Zeitungsverlegern in absehbarer Zeit die Möglichkeit eröffnet werden soll, ein privates Hörfunkprogramm zu betreiben. Und der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Stoltenberg tönte: „Nach einer entsprechenden Entscheidung des Landesgesetzgebers soll der NDR verpflichtet sein, Frequenzen (...) einem anderen Träger zu überlassen, wenn die Regierung eines Landes dies verlangt."

Da in der Bundesrepublik bisher die Sendeanstalten öffentlich-rechtlichen Charakter tragen und das alleinige Sendemonopol besitzen, bedeutet die Einführung privaten Rundfunks und Fernsehens praktisch die Aufhebung und Zerstörung des bisherigen Rundfunksystems. Darin liegt auch die Bedeutung der Vorgänge um den NDR. Seine Zerschlagung ist ein Angriff auf das öffentlich-rechtliche System im Bereich der elektronischen Medien. — Wir wollen kurz auf den Begriff des öffentlich-rechtlichen Systems, das im Schnittpunkt der Auseinandersetzungen steht, eingehen.

Die öffentlich-rechtliche Struktur der Sendeanstalten

Die wesentlichesten Charakteristika der öffentlich-rechtlichen Struktur von Rundfunk und Fernsehen hat das Bundesverfassungsgericht 1961 formuliert. Im Urteil, das dieser Gerichtshof nach dem Versuch der Adenauer-Regierung fällte, ein zentrales staatliches Fernsehen einzurichten, finden sie sich in folgender Formel zusammengefaßt: Artikel 5 des Grundgesetzes verlangt, daß diese Instrumente der Meinungsbildung **„weder dem Staat noch einer gesellschaftlichen Gruppe ausgeliefert"** werden und die Veranstalter von Rundfunk- bzw. Fernsehdarbietungen so organisiert sein müssen, „daß alle in Betracht kommenden Kräfte in ihren Organen Einfluß haben und im Gesamtprogramm zu Wort kommen können, und daß für den Inhalt des Programms Leitgrundsätze verbindlich sind, die ein Mindestmaß von inhaltlicher Ausgewogenheit, Sachlichkeit und gegenseitiger Achtung gewährleisten".

Also weder eine direkte private Verfügungsgewalt noch privatkapitalistischer Besitz über Rundfunk und Fernsehen! Beide Massenmedien sollten ihre Tätigkeit auf „breiter gesellschaftlicher Grundlage" entfalten. Das fand seinen Niederschlag auch in einigen demokratischen Leitsätzen, die Landesrundfunkgesetze enthalten: Die Darbietungen in Rundfunk und Fernsehen sollen „dem Frieden, der Freiheit und der Völkerverständigung dienen" (Hessen); „internationale Verständigung fördern, zum Frieden und zur sozialen Gerechtigkeit mahnen, die demokratischen Freiheiten verteidigen und nur der Wahrheit verpflichtet sein" (Hamburg); sie sollen „von demokratischer Gesinnung, von kulturellem Verantwortungsbewußtsein, von Menschlichkeit und Objektivität getragen sein" und dürfen „weder einseitig einer politischen Partei oder Gruppe noch Sonderinteressen, seien sie wirtschaftlicher oder persönlicher Art, dienen" (Bayern).

Die Realität des öffentlich-rechtlichen Systems

In der Realität erwiesen sich diese Bestimmungen jedoch alle meist als hohle Worte. Der öffentlich-rechtliche Status führte nicht dazu, daß die elektronischen Medien zu einem Hort der Demokratie und des Fortschritts wurden oder gar die Interessen der Werktätigen verfochten. Vielmehr machten die Monopole und ihre politischen Repräsentanten, abgesichert durch Statuten und die personelle Zusammensetzung der Leitungsgremien, sie immer mehr zu ihrem Instrument. Die „Aufsichtsratsgremien", die eigentlich über die Unabhängigkeit der Sender wachen sollten, wurden zu Institutionen der Zensur und Kontrolle. Die im Bundestag vertretenen Parteien beherrschen entweder über ihre Landtagsfraktion die Aufsichtsräte vollständig oder aber sie üben die Machtkontrolle im Verein mit den sogenannten gesellschaftlich relevanten Kräften nach einem bestimmten „ständisch gegliederten" Schlüssel aus, der den Repräsentanten des imperialistischen Staates und den Monopolen ein eindeutiges Übergewicht sichert.



Kinder vor dem Bildschirm. — Die elektronischen Medien stellen eine ungeheure Macht der Meinungsbildung und -beeinflussung dar.

Ein Beispiel: Die 66 Mitglieder des Fernsehrates des ZDF werden (mit Ausnahme der Kirchenvertreter) von den Ministerpräsidenten der Länder direkt berufen. Vertreten sind diverse gesellschaftliche Organisationen, so die Industrie- und Handelskammer, der Verband der Zeitungsverleger, die Kirchen, bürgerliche Lehrervereine, der Sportbund und andere mehr. Die Länder entsenden je einen, die Bundesregierung drei und die im Bundestag vertretenen Parteien zusammen zwölf Vertreter; die Vertreter der Parteien werden von ihren Vorständen bestimmt. Der Verwaltungsrat besteht aus neun Mitgliedern: davon werden drei von den Ministerpräsidenten der Länder und einer von der Bundesregierung berufen, fünf vom Fernsehrat gewählt.

Die Besetzung der Schlüsselpositionen in den Aufsichts- und Verwaltungsräten erweist sich deshalb als so weitreichend in ihren Auswirkungen, weil diese Gremien für die Wahl der Intendanten und der leitenden Angestellten verantwortlich zeichnen, weil sie entscheidenden Einfluß auf die gesamte Personalpolitik und die Praktiken an den Sendern bestimmen, weil sie nicht zuletzt die politischen, ideologischen und kulturpolitischen Grundlinien der Programme bestimmen.

Die Ergebnisse dieser reaktionären Medienpolitik werden uns vor allem in der letzten Zeit drastisch vor Augen geführt: Absetzungen von kritischen Sendungen, Zensureingriffe, Maßregelung unliebsamer Journalisten und Autoren. Das Klima ist so weit gediehen, daß nicht einmal mehr die „Notizen aus der Provinz" eines Dieter Hildebrandt auf der Mattscheibe geduldet werden, geschweige denn die frechen und respektlosen Sprüche eines Henning Venske. Ein Höhepunkt der reaktionären Ausrichtung von Radio und Fernsehen sind die jüngsten Angriffe gegen die kritisch-aufklärerische Jugendsendung „Radiothek" im WDR, denen diese Sendung in ihrer charakteristischen Form zum Opfer zu fallen droht.

Warum die reaktionären Angriffe?

Angesichts dieser Situation in den „öffentlich-rechtlichen" Anstalten, angesichts des Einflusses, den die Kapitalisten, ihre Verbände und Parteien darin ausüben, stellt sich die Frage: Warum eigentlich wollen sie überhaupt das öffentlich-rechtliche System abschaffen und zerstören? Dient es denn nicht ihren Interessen zur vollen Zufriedenheit?

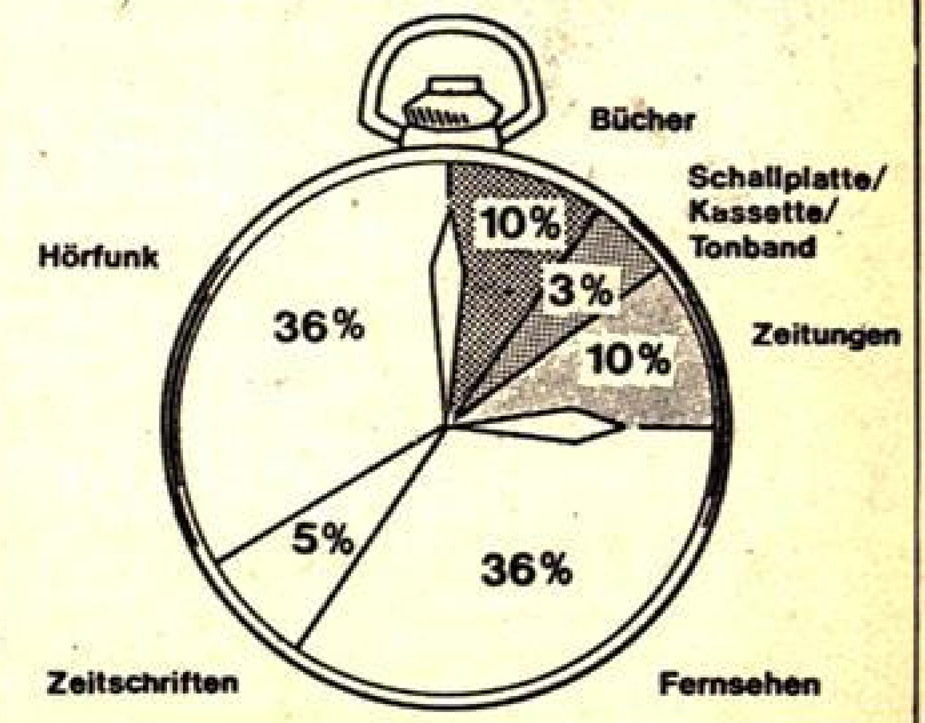
Es sind vor allem drei Gesichtspunkte, die die Angriffe auf das „öffentlich-rechtliche System" erklären.

Einmal ist die Möglichkeit der Kontrolle und Einflußnahme auf die Arbeit und Programme der Sendeanstalten der Reaktion im Rahmen des „öffentlich-rechtlichen" Systems noch nicht vollständig genug. Hinlänglich bekannt sind die reaktionären Klagen über einen angeblichen „Rotfunk", über ein „einseitiges", teilweise „durch monotonen Marxismus bestimmtes" Programm (Stoltenberg). Die Reaktion hat es, trotz aller günstigen Statuten und der Verhältnisse in den Gremien, nicht geschafft, den kritischen Journalismus ganz von den Bildschirmen und aus den Rundfunkempfängern zu verbannen — wenn auch die reaktionäre Ausrichtung an den Sendeanstalten schon ungeheuerliche Ausmaße erreicht hat.

Zweitens behindert das „öffentlich-rechtliche System" den Kampf der Staatsparteien — vor allem der CDU — um den entscheidenden Platz an den Hebeln der Massenbeeinflussung und -indoktrination. Die Medienfrage ist eine Machtfrage. Das bestehende Rundfunksystem läßt vor allem die CDU nicht so wie sie meint, daß es ihr entsprechend der politischen Verhältnisse zusteht, an der Gängelung der Programme teilnehmen. So beklagte sich Albrecht über den NDR: „Ich bin es leid, mich immer an der SPD zu stoßen." und: „Jetzt wird man anerkennen müssen, daß die Mehrheit der norddeutschen Bevölkerung die CDU gewählt hat." — Übrigens rühren auch solche lächerlichen Dinge wie der Kampf eines Franz Josef Strauß um vorteilhaftere Darstellung im Fernsehen aus diesem Konflikt. — Aber ein Strauß ist halt kein Pfau, ebensowenig wie ein Erdferkel als Gazelle auf den Bildschirm zu bringen ist, auch bei noch so „günstiger" Ausleuchte und Kameraeinstellung! — Alle diese ebenso besorgt klingenden wie verlogenen Rufe nach „Ausgewogenheit" der Sendungen, nach „Pluralismus", nach stärkerer Behandlung regionaler Probleme haben doch nur das Streben nach Diktatur der eigenen Partei und Meinung zum Hintergrund. Wobei das Schlagwort von der „Regionalisierung" — ausgegeben im Kampf um die Zerschlagung des NDR — auf die ganz Dummen zugeschnitten ist: Albrecht und Stoltenberg wollen sich und ihre Partei nur häufiger — und entsprechend aufbereitet — auf dem Bildschirm sehen! Das ist alles.

Drittens schließlich, und das ist der wesentlichste Punkt, verhindert das Sendemonopl der öffentlich-rechtlichen Anstalten die Einrichtung von privaten Sendern. Zwar sind die Medienkonzerne wie Springer oder Bertelsmann bereits in Ateliers, Film- und Fernseheinkaufgesellschaften vertreten; zwar haben sie sich mit den öffentlich-rechtlichen Anstalten 1970 bereits vertraglich den Markt für das Kassettenfernsehen aufgeteilt; der letzte Schritt aber, das Betreiben eigener Sender und das Ausstrahlen eigener Sendungen, wurde ihnen bisher durch das Sendemonopol der „öffentlich-rechtlichen" Anstalten verwehrt. Daher die Angriffe auf den „öffentlich-rechtlichen Charakter der Anstalten, denn mit der Zerstörung der öffentlich-rechtlichen Struktur der Medien fällt auch das Sendemonopol. Dem Privatfunk steht erst dann nichts mehr im Wege.

(Der Artikel wird fortgesetzt. Im zweiten Teil behandeln wir unter anderem die Themen:
- **Was ist Privatfunk?**
- **Die Medienkapitalisten erwarten das große Geschäft**
- **SPD, CDU/CSU und Privatfunk**
- **Widerstand gegen Privatfunkpläne**



Ein paar Prozentzahlen machen die ungeheure Bedeutung von Fernsehen und Rundfunk für die Beeinflussung der öffentlichen Meinung deutlich. Rund 185 Stunden pro Monat beschäftigt sich der Bundesbürger im Durchschnitt mit Medien. 75 Prozent dieses Zeitaufwands — fast 139 Stunden — entfallen auf elektronische, 25 Prozent auf Lesemedien. (Nach „Metall", 17/79).

NDR

Der Norddeutsche Rundfunk (NDR) ist der zweitgrößte Sender im Verband der ARD, der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland. Mit 3345 Beschäftigten liefert der NDR einen Programmanteil von 19 Prozent für das Erste Deutsche Fernsehen — darunter die Sendungen „Tagesschau" und „Tagesthemen". Täglich bestreitet der Sender 59 Hörfunk- und 12 Fernsehstunden auf verschiedenen Programmen. — Allein schon von seiner Größenordnung her gesehen bedeutet die Zerschlagung des NDR eine einschneidende Änderung der westdeutschen Medienlandschaft.

Wie andere Sender war auch der NDR besonders in der letzten Zeit Zielscheibe der Reaktionäre. Der CDU-Rundfunkrat Boysen nannte den NDR „Stimme der Revolution" und die „Bild"-Zeitung denunzierte ihn als „Anarchisten-Sender Nord". Die NDR-Leitung reagierte mit Zensur und Unterdrückung. Der beliebte und mitunter kritische Moderator Henning Venske mußte gehen. Die Sendung „Der Betriebsrat" wurde aus dem III. Programm gekippt und konnte erst wieder gesendet werden, nachdem jede Folge durch einen „ausgewogenen" Kommentar ergänzt wurde.

Der NDR wird gegenwärtig noch von den Bundesländern Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein gemeinsam betrieben; der Staatsvertrag, der die Zusammenarbeit regelt, ist jedoch schon am 8. Juni 1978 vom schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten gekündigt worden. Stoltenberg begründete damals diesen Schritt mit angeblich „einseitiger Berichterstattung", namentlich über die Vorgänge in Brokdorf. Die Springer-Zeitung „Die Welt" dagegen nannte das Kind gleich beim richtigen Namen. Zwei Tage nach der Vertragskündigung schrieb sie: „Die wichtigste Regelung des neuen Staatsvertragsentwurfs bleibt die, daß das Sendemonopol gebrochen und der privaten Initiative die Tür aufgemacht wird."

Vor allem an der Frage des privaten Rundfunks sind bisher alle Verhandlungen gescheitert. Seit dem Mai 1979, als Albrecht erstmals öffentlich die Zulassung privater Sender forderte, ist überdeutlich geworden, was Albrecht und Stoltenberg mit ihrem Vorgehen gegenüber dem NDR vor allem bezwecken: Über die Zerschlagung des NDR in seiner bisherigen Form das öffentlich-rechtliche System der Rundfunkanstalten insgesamt aufzubrechen und die Installierung von Privatfunk — sprich: Profitfunk — in der Bundesrepublik zu ermöglichen.

Majakowski-Ausstellung **Gegenwärtig wird in der Düsseldorfer Kunsthalle die von Majakowski selbst zusammengestellte Ausstellung „20 Jahre Arbeit" gezeigt. Sie enthält eine große Anzahl Originaldokumente über das weitgefächerte Wirken Majakowskis und ist bis zum 17. Februar täglich von 10 bis 18 Uhr zu sehen. Majakowski schrieb über seine Ausstellung: „Hauptziel dieser Ausstellung ist es, eure Vorstellung von der Tätigkeit des Poeten zu erweitern, aufzuzeigen, daß der Lyriker nicht ein Mensch ist, der wie ein krauslockiger Hammel umherstampft und blökend empfindsame Liebesthemen zum besten gibt, daß der Poet vielmehr ein Mensch ist, der in unserer Zeit schärfsten Klassenkampfes seine Feder dem proletarischen Waffenarsenal einverleibt."**

Künstler des sozialistischen Realismus

Wladimir Majakowski

Majakowski — dieser Name ist hierzulande vielen nur im Zusammenhang einiger von Ernst Busch gesungener Lieder („Linker Marsch") bekannt. Oder sie verbinden mit diesem Namen



Majakowski in der Ausstellung „20 Jahre Arbeit" 1930

die Erinnerung an merkwürdig geformte und gebrochene Verszeilen — Majakowski setzte einzelne Worte und Satzteile innerhalb eines Verses gegeneinander ab, um den Rythmus der Verse besser herauszuarbeiten, um die Wörter in ihrer Bedeutung und Betonung klarer gegeneinander abzugrenzen.

Diese auffallende stilistische Eigenart war jedoch nicht die entscheidende Neuerung der Dichtung durch Majakowski. Er war neben Gorki einer der Mitbegründer des sozialistischen Realismus. Er entwickelte und bereicherte vor allem die Lyrik um neue Forme und Inhalte; mit seiner Tribünenlyrik, seinen Zeitgedichten, Sprechmärschen, satirischen Versfeuilletons, Poemen, dramatischen Massenrevuen, Kindergedichten, Werbeplakatversen, rythmisierten Parolen, Flugblattreimtexten etc. schrieb er die Dichtung der proletarischen Revolution in Rußland. Stalin bezeichnete ihn 1936, sechs Jahre nach seinem Tod, als den „besten und begabtesten Dichter der Sowjetepoche".

Majakowski wurde am 19. Juli 1893 in Bagdadi/Georgien geboren. Seine ersten Veröffentlichungen standen unter dem Einfluß der Futuristen, einer bürgerlich-dekadenten Strömung. Majakowski erkannte 1917 die Große Sozialistische Oktoberrevolution vorbehaltlos an und stellte sein gesamtes Schaffen in den Dienst der proletarischen Sache. Unter dem Einfluß der Revolution vollzog sich schnell seine Wende von futuristischen zu realistischen künstlerischen Positionen; sein Schaffen gewann zunehmend an Volkstümlichkeit und Klarheit. Ab 1922 reiste Majakowski neunmal ins kapitalistische Ausland, unter anderem nach Deutschland, Frankreich und den USA. Die während und unter dem Eindruck dieser Reisen entstandenen Gedichte spiegeln den Stolz und das Selbstbewußtsein des neuen Sowjetmenschen wieder, der dem in seiner Heimat bereits überwundenen Kapitalismus begegnet („Deutschland", „Zweierlei Berlin", „Black and White", „Die Brooklyn-Brücke", „Verse vom Sowjetpaß").

Höhepunkte im Werk Majakowskis sind die großen Poeme „Wladimir Iljitsch Lenin" (1924) und „Gut und Schön" (1927), letzteres über den Weg Rußlands vom Februar 1917 bis 1927. In seinen letzten Jahren verstärkte sich das satirische Element in Majakowskis Schaffen; in beißenden Gedichten attackierte er die Bürokraten, Heuchler, Opportunisten und Karrieristen, die in der Sowjetunion ihr Haupt zu erheben suchten („Großmogul", „Beamtenseele", „Leitfaden für angehende Speichellecker").



Illustration W. Majakowskis zu seinem Gedicht „Stinnes".

Ähnliche Thematik hatten auch die Theaterstücke „Die Wanze" und „Das Schwitzbad". — Majakowski war jedoch nicht nur Dichter; er war auch Schauspieler, Vortragskünstler, Rezitator seiner eigenen Verse, Zeichner, Hersteller von Agitationsplakaten etc. Kurz vor seinem Tod stellte er die Ausstellung „20 Jahre Arbeit" zusammen. — Am 14. April 1930 schied Majakowski freiwillig aus dem Leben.

In der ausgezeichneten Übersetzung von Hugo Huppert sind die wichtigsten Werke Majakowskis in einer dreibändigen Taschenbuchausgabe (je zehn Mark) des „insel taschenbuch"-Verlags erschienen.

Empfehlenswert ist auch die Biographie „Wladimir Majakowski" von Hugo Huppert (rororo bildmonographie 102, 6.80 Mark).

W. Majakowski: Zwei Kulturen

Einlud mich
eine Frau von Geist
(wie doch ein Name leicht entfällt!)...
Bei der Madame
verkehrte meist
die kultivierte Geisteswelt.
Das Essen
tut auch Dichtern
mitunter leider not.
Drum sitz als Gast ich
schüchtern
am Tisch
beim Abendbrot.
Die feinen Leut
sind wirklich besser;
ich beiße mir
die Lippen wund.
Den Fisch
ißt keiner
mit dem Messer,
das Messer
führt kein Menscł.
zum Mund.
Nach Tisch
soll Tanz
die Spannung lösen.
Da fädelt
jedes Tango-Bein
imaginären Zwirn
durch Ösen,
beschreibt
burleske Schnörkelein.
Dann hört man,
besten Weines voll,
geleerte Gläser
schellen.
Romanzen plärren
heiratstoll
zwei reifere Mamsellen.
Aus Blähungsgründen
muß man dem
und jenem
laut berichten:
wer ein Verhältnis hat
mit wem —
und beßre Bettgeschichten.
Der Gräfin
reicht der Graf
den Pelz,
weiß strahlen
die Manschetten...
Welch guter Ton
mit Zuckerschmelz:
gesüßte Etiketten!
Die Gäste gehn,
und scheidend stehn
zwei Diener
auf den Haustürstufen.
Da läßt Madame
nun die Helen',
des Hauses Köchin,
rufen.
„Was taten
Sie mit den Salaten!
Und wo verbleibt
der Rest vom Braten?"

Madame verliert die Observanz;
Madame, ach, brüllt
wie ein Schimpans';
Madame ist wild
und rot vor Wut:
„Ganz
ungenießbar war die Gans,
zerkocht
war auch die Suppe ganz.
Sie ausgewachsner Tunichtgut!
kulturlos unverschämte Brut!"
Mordsflüche
schickt sie in die Küche,
die kultivierte Frau von Geist.
So lebt sie
unter falscher Tünche,
und ihre Fratze
wölbt sich feist.

Paris
nahm Madame auf
mitsamt ihren Lieben
(ins Ausland flohen
die Unterjocher).
Die Köchin Helen'
ist im Lande geblieben,
vom Herdloch
erlöst
und vom Spirituskocher.
Auf sowjetisch bedeutet Kultur
kein Naschen,
kein Tänzergetändel
vor Glückspanoramen.
Auch wir werden
kochen, bohnern und waschen,
nur ganz gewiß nicht
für bessere Damen.
Die Arbeit
kennt keine Rangabzeichen:
Kein Mühen gilt „höher",
kein Mühen gilt „minder".
Weberin, Weber
sind im Werktag die gleichen,
denn beide
nennt Mutter Fabrik
ihre Kinder.
Schenk uns
eine Straße,
anders gebaut —
Revolution, greif tiefer!
Bau
unserm Leib
ein anderes Haupt:
vernünftiger, operativer!
Neue Kultur,
sei gegrüßt,
die uns ziert!
Geh auf
in den Herzen und Köpfen:
unsern sowjetischen Staat
regiert
die Bäuerin,
jawohl,
und die Köchin.

(*1928*)

Literaturpreis für Wallraff

CDU boykottiert Preisverleihung

HANNOVER. — Der neugestiftete Gerrit-Engelke-Literaturpreis der Stadt Hannover wurde am vorletzten Wochenende an die Autoren Günter Wallraff und Günter Herburger verliehen. Die Preisverleihung wurde jedoch von der CDU-Ratsfraktion der Stadt Hannover boykottiert, nachdem der niedersächsische CDU-Landesgeschäftsführer Bobzien schon vorher mit Diffamierungen gegen die Preisverleihung vorgegangen war. — Wallraff hatte in den letzten Jahren mit seinen Büchern „Der Aufmacher" und „Zeugen der Anklage" den reaktionären Geist und die verbrecherischen Praktiken der „Bild"-Zeitung angeprangert.

Die CDU-Fraktion boykottierte die als Diskussionsabend gestaltete Preisverleihungsfeier, weil sie, wie es in einer Verlautbarung hieß, nicht anerkenne, daß die Arbeiten des Preisträgers Günter Wallraff den hohen Idealen vom Menschen, von Gerechtigkeit und Redlichkeit entsprächen. — Was versteht denn die CDU unter „hohen Idealen vom Menschen"? Etwa das Menschenbild, das die „Bild"-Zeitung, diese Fanfare der schwarzen Reaktion in Westdeutschland, entwirft? Diese „Ideale" hat Wallraff allerdings angegriffen; er hat sie gleichsam seziert und ihr Inneres nach außen gekehrt und der Öffentlichkeit gezeigt, was darinnen steckt: Dreck, Lüge, Menschenverachtung, Geilheit, Mord- und Rassenhetze. — Wer Wallraffs journalistischer und schriftstellerischer Tätigkeit Gerechtigkeitssinn und Redlichkeit abspricht, zeigt damit nur seinen eigenen Standpunkt.

Mit ihren Angriffen und Diffamierungen gegen Wallraff, Herburger und andere fortschrittliche Schriftsteller stellt sich die CDU sichtbar in die Tradition derer, die schon einmal in Deutschland fortschrittliche Literatur auf das widerwärtigste angegriffen, verhetzt, boykottiert und schließlich verbrannt haben.

Wallraff kontra „Bild"

Presserat vertagte sich

BONN. — Der Deutsche Presserat hat sich am Montag und Dienstag vergangener Woche in einer Sondersitzung mit den Beschwerden im Zusammenhang mit dem Buch „Zeugen der Anklage — Die Bildbeschreibung wird fortgesetzt" von Günter Wallraff befaßt. Zwölf Fälle aus dem Buch waren benannt worden, zu denen sich der Springer-Verlag äußern sollte. Dabei geht es unter anderem um den Wahrheitsgehalt von Meldungen mit Schlagzeilen wie „Hausfrau erschlägt sich mit Hammer", „Schüler ziehen Lehrerin aus" und ähnliches. Bisher sind jedoch nur acht „Gegenäußerungen" aus dem Springer-Verlag bei dem Deutschen Presserat eingegangen. Da außerdem der „Bild"-Chefredakteur die Wiederaufnahme der Prüfungen zu dem Buch „Der Aufmacher" beantragte, vertagte der Presserat zunächst die Klärung des Komplexes. Auf wann? Wird man nun beim Presserat den Vorgang erleben können, der schon von dem alten Sprichwort umschrieben ist: „Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus"?

Literaturpreis für P. P. Zahl

Schriftsteller gegen Isolationsfolter

BREMEN. — Ebenfalls gegen den Protest der CDU wurde dem seit 1972 inhaftierten antifaschistischen Schriftsteller und Staatsfeind Peter Paul Zahl am 26. Januar in Bremen der Literaturförderpreis der Freien Hansestadt verliehen. Eine einstweilige Verfügung des zuständigen Gerichts gegen die Anstaltsleitung in Werl, die Zahls Antrag auf Hafturlaub bzw. „Ausführung" aus „Sicherheitsbedenken" abgelehnt hatte, ermöglichte seine Teilnahme an der Preisverleihung.

Während der Bremer Wissenschafts- und Kunstsenator Francke auf der Veranstaltung die rein literarische Bedeutung der Preisverleihung beschwor, ergriff Zahl in seiner Rede die Gelegenheit und prangerte die Isolationsfolter und die Schaffung von sogenannten „Hochsicherheitstrakts" an. Er führte aus:

„Am Anfang stand ein Programm. Das Programm stammt vom Bundeskriminalamt (BKA). Das Programm steht für die Vernichtung der physischen und psychischen Gesundheit von politischen Gefangenen. Das Programm heißt — harmlos — ‚Häftlingsüberwachung'. Seit kurzem hat es seinen architektonischen Ausdruck gefunden: die ‚Hochsicherheitstrakte'. Die ‚Häftlingsüberwachung' existiert seit etwa zehn Jahren. Ich unterlag ihr vom ersten Tag der Haft an, seit dem 14. Dezember 1972 (...).

Wissenschaftler nannten dies ein Programm zur Herbeiführung sozialer und sensorischer Deprivation, verbunden mit andauernder Streßmanipulation. Ich nannte und nenne dieses Programm: **Folter.** Sie führte in einigen Fällen — Astrid Proll etwa und Werner Hoppe — zu Haftunfähigkeit und akuter Lebensgefahr. Es wird weitergefoltert. Ich zum Beispiel unterlag den ‚Maßnahmen der Häftlingsüberwachung' mit verschiedenen Abstufungen — offiziell bis Ende März 1979, die letzten wurden im Dezember 1979 abgesetzt.

Der Zeitpunkt der Aufhebung der Weißen Folter bei mir war auch der Zeitpunkt der Beendigung meiner sechsjährigen Arbeit an dem Schelmenroman ‚Die Glücklichen'. Er wurde verfaßt ‚unter Bedingungen, unter denen von uns die wenigsten auch nur eine Zeile zu Papier brächten', schrieb H.P. Piwitt in seiner Rezension. Piwitt überschätzt damit sich und andere. Was Nerven und Zeit und Kraft kostet, kann auch Nerven und Zeit und Kraft geben. Schreiben ist: Widerstand leisten."

Peter Paul Zahl soll im Dezember 1972 auf Polizisten geschossen haben. Ein Gericht verurteilte ihn zunächst zu vier Jahren Gefängnis wegen Widerstands und Körperverletzung gegenüber zwei Polizisten. Das Bundesverfassungsgericht hob das Urteil auf und ein anderes Gericht verurteilte Zahl wegen „Mordversuchs" zu 15 Jahren. Zahl saß bisher in den Anstalten Köln-Ossendorf, Bochum und Werl ein. Vor kurzem ist sein Schelmenroman „Die Glücklichen" erschienen.

München: Schülerin gemaßregelt

Wegen „Stoppt-Strauß"-Plakette Schulverbot

MÜNCHEN. — Wegen einer Plakette mit der Aufschrift „Stoppt Strauß!" wurde am Münchner Klenze-Gymnasium die 16jährige Schülerin Dagmar Henn für eine Woche vom Unterricht ausgeschlossen. Wegen des gleichen „Delikts" wurde der Schüler Franz Bissinger an der Münchner Fachoberschule mit einem verschärften Verweis gemaßregelt.

Der Schulleiter des Klenze-Gymnasiums, Krywalski, begründete seine Maßnahme mit „Nichtbefolgung einer Anordnung". Dagmar war trotz Verbot und Direktoratsverweis vier Wochen zuvor wieder mit einer „Stoppt-Strauß"-Plakette vor ihrer Schule erschienen.

Schützenhilfe und Rückendeckung erhielt der Direktor Krywalski vor allem vom bayrischen Kultusministerium. Dieses erklärte, daß die Schule über Sinn und Zweck einer solchen Maßnahme selbst zu entscheiden habe wie es in der Allgemeinen Schulordnung geschrieben stehe. Es handle sich überdies um einen eindeutigen Fall politischer Werbung in der Schule, die nach der Schulordnung im Schulbereich verboten ist.

Alle derartigen Rechtfertigungen können aber nicht über den wahren Kern und Zusammenhang der Disziplinierungsmaßnahme hinwegtäuschen:

Angesichts der Kanzlerkandidatur des Franz Josef Strauß sucht die Reaktion verstärkt mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln, die Gegner dieses Kandidaten einzuschüchtern und mundtot zu machen, den Widerstand aus dem Weg zu räumen und Strauß zur Macht zu verhelfen. Da ist schon eine Plakette mit der Aufschrift „Stoppt Strauß" zuviel! Und dieser Anlaß reicht aus, um einen ganzen reaktionären Kulturklüngel, von einem schwarzen Schuldirektor bis hinauf zum Kultusministerium, in Bewegung zu setzen!

Die Maßregelung der Schüler Henn und Bissinger in München sind keine Einzelfälle. In Iserlohn wurde ein Arbeiter wegen einer solchen Plakette gekündigt und die Kündigung anschließend vom Arbeitsgericht bestätigt. Bundesweit steigt die Zahl der Prozesse, die in Sachen Strauß von Strauß und seinen politischen Freunden angestrengt wurden und werden — zur Knebelung der fortschrittlichen, antifaschistischen und oppositionellen Kräfte. Angesichts dieser Entwicklung braucht es nicht viel Phantasie, um sich auszumalen, was unter einem Kanzler Strauß auf die Bundesrepublik zukommt.

Stoppt Strauß!



Wegen einer „Stoppt-Strauß-Plakette" wurde die Schülerin Dagmar Henn (Foto) für eine Woche vom Unterricht ausgeschlossen; der Schüler Franz Bissinger erhielt einen verschärften Verweis. In einem offenen Brief schrieben beide: „Wir werden den Anstecker weiterhin tragen. Programm und Vergangenheit des Unionskanzlerkandidaten Franz Josef Strauß beweisen hinlänglich, daß die Durchführung seiner Vorstellungen eine radikale Einschränkung der demokratischen Rechte zur Folge haben würde. Man erinnere sich nur an seine Aufforderung in Herne: ‚Jagt die Radikalen, jagt die Marxisten...' Solche Äußerungen beschwören nicht nur in der Bundesrepublik die Erinnerung an Zeiten herauf, in denen tatsächlich auf alle Gegner des Regimes Jagd gemacht wurde. Breitesten Widerstand gegen solche Ansichten zu zeigen (zum Beispiel mit dem Anstecker) ist deshalb, auch an Schulen, unbedingt erforderlich".

Analphabet als US-Botschafter?

Die USA sind wahrhaftig das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten". Geld und Beziehungen vorausgesetzt, kann auch ein Flachkopf, dem man woanders nicht einmal einen Zigarettenbauchladen anvertrauen würde, aufsteigen in die Kommandostäbe der Politik und mitmischen in dem menschenmörderischen Spiel dieser Supermacht, die ihre Krallen in die Länder der Welt geschlagen hat oder sie nach ihnen ausstreckt...

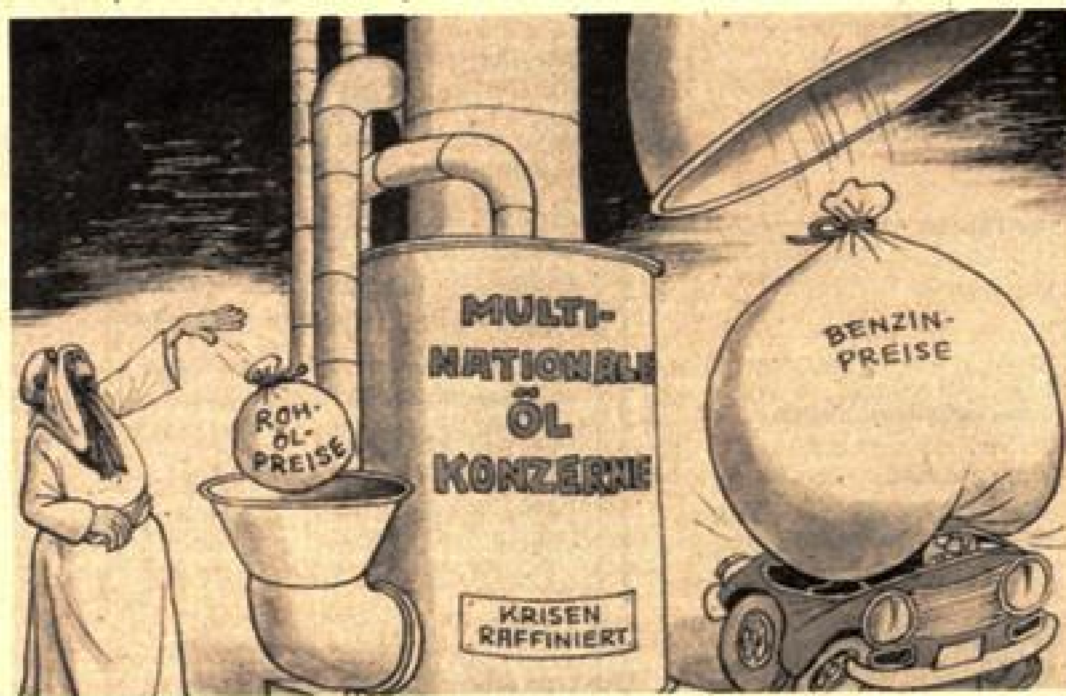
Richard Kneip überraschte als neuernannter Botschafter der USA in Singapur nach seinem Amtsantritt seine Mitarbeiter mit den Fragen: „Sie meinen, es hat einen Krieg zwischen Indien und Pakistan gegeben? Worum ging es dabei eigentlich? Haben sie gesagt, es gibt zwei verschiedene koreanische Regierungen? Wie kommt denn das?" Die Fragen des Botschafters waren nicht als Scherz gemeint. Er wußte tatsächlich nichts — weder über den indisch-pakistanischen Krieg von 1971 noch über den Krieg, mit dem im Jahre 1950 das Amerika der Wall-Street-Bosse Korea überzogen hatte.

Die politische Ahnungslosigkeit Kneips erwies sich im Zuge seiner „diplomatischen Tätigkeit" (von der man nicht weiß, wie man sie sich ausmalen soll) als schlichtweg uferlos. Von den bedeutenden asiatischen Politikern (und Spitzbuben) Mahatma Gandhi, Jawaharlal Nehru, Sukarno und Tschiang Kai-Schek zum Beispiel hatte er noch nie etwas gehört. Auch, daß es in der Deutschen Bundesrepublik einen Bundeskanzler Helmut Schmidt gibt, in Frankreich einen Präsidenten Valery Giscard d'Estaing und in Großbritannien (damals noch) einen Premierminister namens James Callaghan, wußte er nicht.

Ob der Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika wenigstens lesen und schreiben konnte, ob er fähig war, einem Gespräch zu folgen, ob er auch andere als Mickey-Mouse-Filme aufnehmen und geistig verarbeiten konnte — darüber schweigen sich die Quellen aus. Wir wissen nur, daß Kneip vor seiner Botschaftertätigkeit in Singapur, wohin er auf Betreiben Jimmy Carters gekommen war, den Posten eines Gouverneurs von Süd-Dakota bekleidet hat.

Bekannt — und dies namentlich — ist allerdings der Mann, der die aufgeführten Einzelheiten über das geistige Profil des Botschafters Kneip enthüllt hat: Es ist der Ostasienexperte Ingraham, ein ehemaliger Mitarbeiter und Untergebener Kneips in der US-Botschaft in Singapur, und die Enthüllungen sind veröffentlicht in einem langen Artikel im „Foreign Service Journal", einem Monatsmagazin, das von der „Amerikanischen Vereinigung des Auswärtigen Dienstes" herausgegeben wird.

Ohne Kommentar



Lehrer im unbefristeten Streik

Rüstungsindustrie sahnt ab — Schulsystem bricht zusammen

Bankdirektoren diktieren Schulpolitik

CHICAGO. — Während Kriegsgewinnler und Spekulanten der Wall-Street-Börse gleichsam die Tür einrennen, um sich die im Kurs ständig steigenden Aktien der Rüstungskonzerne zu ergattern, sind die Lohnkassen für 49 000 Chicagoer Lehrer seit Anfang des Jahres leer. Der Schulbehörde fehlen rund 225 Millionen Dollar, um den Schulbetrieb an den 647 Schulen bis zum Frühjahr aufrechterhalten zu können.

Da die Lohnzahlungen für viele Lehrer bereits am 3. Advent ausgeblieben sind, hat die Lehrergewerkschaft zum unbefristeten Streik aufgerufen. Das Schulsystem seht kurz vor dem Zusammenbruch. Weder die Banken noch die zuständigen staatlichen Stellen sind bereit, das erforderliche Geld zur Verfügung zu stellen.

Die Milliarden an Steuergeldern fließen spätestens seit der massiven Carterschen Kriegshetze auf der Einbahnstraße der Rüstungsindustrie. Während die Rüstungskonzerne sich um die lukrativsten Aufträge balgen — das „Handelsblatt" schreibt von den „fetten Jahren" für die US-Rüstung — werden die Belange der Bevölkerung auf Sparflamme gesetzt. Das Regiment haben die Manager in den Chefetagen der Banken an sich gerissen.

Sie haben den Chicagoer Schulbehörden jeden Kredit gesperrt — es sei denn, die Schulbehörde kürzt ihren Etat auf der Stelle um 60 Millionen Dollar. Das bedeutet, 2 180 Lehrer müssen entlassen werden. Insgesamt steht Chicago mit 570 Millionen Mark bei den Banken in der Kreide. Die Leidtragenden sind die Lehrer und vor allem die 500 000 Schüler und ihre Eltern.

Währenddessen jubelt ein Sprecher der amerikanischen Werftindustrie über 18 Milliarden Dollar, die die US-Regierung für den Bau von 95 Kriegsschiffe lockermachen wird. „Das rettet uns vor der Katastrophe!"

Tips

Samstag, 9. Februar, 20.15 Uhr, WDR III

Mahagonny. Ein Songspiel mit Texten von Bert Brecht. Musik: Kurt Weill. Das Songspiel „Mahagonny" führte schon 1927 bei der Uraufführung in Baden-Baden öffentliches Eklat. — Das Songspiel bildete die Vorstufe zu der 1930 uraufgeführten Oper „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny" von Bert Brecht und Kurt Weill.

•

Sonntag, 10. Februar, 10.30 Uhr, ZDF

ZDF-Matinee: **Don Giovanni.** Oper von Wolfgang Amadeus Mozart. Die 1787 entstandene Oper erregte bei ihren ersten Aufführungen großes Aufsehen, da sie die damals noch übliche Ehrfurcht vor dem Adel vermissen ließ. Das ZDF-Matinee zeigt Ausschnitte einer Aufführung an der Oper im Jahre 1954 auf den Salzburger Festspielen. Anhand der schönsten und bekanntesten Arien wird eine chronologische Zusammenfassung des Inhalts zu sehen sein.

•

Sonntag, 10. Februar, 20.00 Uhr, DDR-Fernsehen I

Herr Puntila und sein Knecht Matti. — Bühnenstück von Bert Brecht aus dem Jahre 1940. Das komisch-derbe Volksstück handelt von den zwei Seelen eines Gutsbesitzers: In der Trunkenheit ist er menschlich, nüchtern wird er wieder zum unbarmherzigen Ausbeuter.

•

Sonntag, 10. Februar, 22.55 Uhr, ARD

Kritik am Sonntagabend: **Öffentlich-rechtlicher Rundfunk.** Ein Bericht von Jürgen Hassel in der Reihe „Glashaus — TV intern". In dem Bericht soll unter anderem die Entstehung und Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Bundesrepublik dargestellt werden. — Bestimmt interessantes Material vor dem Hintergrund aktueller Angriffe auf das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem und der Bestrebungen zur Einführung von Privatfunk.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD/ML, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel. 0231/83 23 28, geöffnet: Mo-Fr 17-19 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeiten zur Partei: „Bücherstube", Alleestr. 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di und Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML' REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18.30, Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di, Do und Fr 17-18.30 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit", Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstr. 13, Tel.: 089/260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr. 16-18, Sa 11-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.